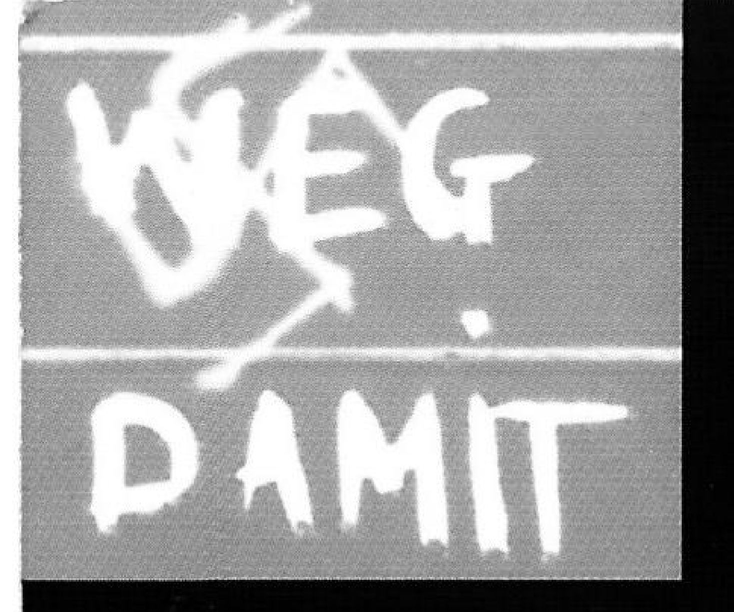
Antifaschistisches info Blatt

Nr. 100 | Herbst 2013 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

Homophobie und die extreme Rechte



Inhalt

AIB 100 3 · 2013

Rubriken



Foto: youtube.de



Titel

NS-Szene

Braunzone

Antifa

Gesellschaft

Rassismus

Geschichte

Repression

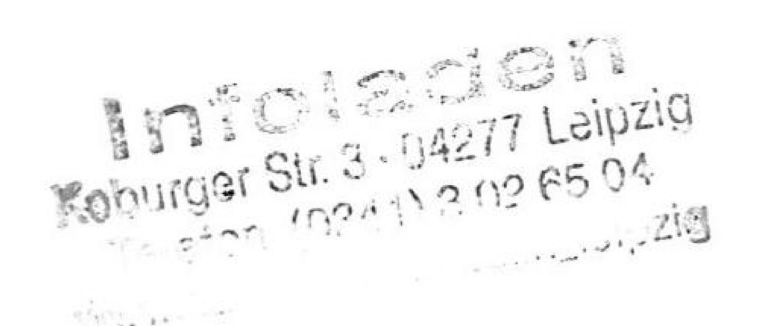
International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt
www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
9A93 A6CE EBBE 6DB5 D1CB 21C4 C5E4 FDA9 E521 4388

Titelfoto: www.mikolajnowacki.com

Editorial



Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

100 Ausgaben Antifaschistisches Infoblatt! Wir haben also 19.600.375 Zeichen, 6.200 Seiten und über 26 Jahre guten Antifaschismus zu feiern. Das Jubiläum haben wir zum Anlass genommen, in einer Sonderbeilage frühere Beteiligte und heute Aktive des Antifaschistischen Infoblatts über die Geschichte des Projekts zu Wort kommen zu lassen, sowie Freund_innen zu fragen, was ihnen am AIB gelegen ist. Klar, dass wir die 100. Ausgabe auch ordentlich mit Euch feiern werden: Am 4. Oktober im Berliner SO36 am Kreuzberger Heinrichplatz. Es treten Feine Sahne Fischfilet (Punk), Waving the Guns (Hip Hop) und Yok (Pocketpunk) auf – ihr seid herzlich eingeladen zur großen antifaschistischen Party des Jahres!

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe beschäftigt sich mit einem antifaschistischen »Randthema«: Dem Verhältnis von Homophobie und der extremen Rechten. Da Homophobie in einem weiteren Zusammenhang betrachtet werden sollte und nicht lediglich als ein Ideologieelement extremer Rechter gesehen werden kann, zieht sich das Thema diesmal auch über den Schwerpunkt hinaus durch die Ressorts. Es geht um Homphobie im Rechtspopulismus, familienpolitische Kampagnen der Neonazis, den Mythos vom schwulen Nazi, um die antiemazipatorische Männerechtsbewegung, Homophobie in Frankreich... aber lest selbst.

Machen wir mit erfreulichen Nachrichten weiter: Der Nürnberger Antifaschist Deniz K. wurde am 5. Juli nach über 14 Monaten Gefängnisaufenthalt entlassen. Das Gericht hatte einer Haftbeschwerde stattgegeben. Auch im Fall des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König (siehe AIB 99) musste das Verfahren ausgesetzt werden und wird nun wohl neu aufgerollt. Im Prozessverlauf waren entlastende Beweise aufgetaucht, die scheinbar von den Ermittlungsbehörden zurückgehalten worden waren. König war im Zusammenhang mit antifaschistischen Protesten in Dresden wegen eines vermeintlichen schweren Landfriedensbruchs angeklagt.

Aktuell kommt es wieder zu rassistischen Mobilisierungen in Deutschland nach dem altbekanntem Muster aus den 1990er Jahren: Presseberichte über eine sogenannte »Flüchtlingswelle«, lokale Inszenierungen von lautstark verkündeten »Bürgersorgen« als Vehikel für rassistische Stereotype und organisierte Neonazis, die eine feindliche Stimmung politisch aufgreifen und anheizen. Schlagzeilen machten solche Mobilisierungen u.a. in Duisburg, Berlin-Hellersdorf (siehe Seite 36) oder im sächsischen Rackwitz. Anschläge wie eine Brandstiftung an einer im Bau befindlichen Flüchtlingsunterkunft im Brandenburgischen Premnitz am 18. September, oder ein Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim im brandenburgischen Luckenwalde am 16. August 2013, bei welchem ein Brandsatz über die Torzufahrt geworfen wurde zeigen, wie schmal der Grat von der bloßen Hetze zur potentiell tödlichen Tat ist. Auch wenn hier keine größeren Brände entstanden waren, sind solche Vorkommnisse vor dem Hintergrund der aktuellen rassistischen Hetze sehr ernst zunehmen. Wie schon in den 1990er Jahren, können sich auch jetzt lokale Neonazis als »Vollstrecker des Volkswillen« begreifen. In diesem Kontext beleuchten wir auch die Ereignisse um die »Erstaufnahmestelle« in Eisenhüttenstadt (siehe Seite 38).



Am Rande sei erwähnt: Zwei Tage vor dem Bandanschlag auf das Heim in Luckenwalde hatten mutmaßlich Neonazis auf dem Gelände des ehemaligen Jugendkonzentrationslagers und späteren Vernichtungslagers Uckermark randaliert. Für die notwendigen Reparaturen bittet die »Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.« dringend um Spenden:
Initiative für einen Gedenkort ehem. KZ Uckermark e.V.
Spendenkonto 468 579 106, Postbank Berlin 100 100 10

Wieder gibt es auch rechte Morde zu beklagen. Eines der Opfer ist ein 34-jähriger aus Kasachstan stammender Mann. Neonazis prügelten ihn im bayerischen Kaufbeuren zu Tode (siehe Seite 5). Ein weiteres Opfer ist Pavlos Fyssas aka Killah P, ein Antifaschist und Rapper aus Athen, der am 18. September 2013 aus einer Gruppe von 15 bis 20 Faschisten erstochen wurde. Der Täter, Giorgos Roupakias, soll Golden-Dawn-Mitglied sein. In diesem Fall gab es zumindest angemessene Reaktionen durch griechische Antifaschist_innen in den Tagen darauf. ■

Korrektur:
Der in der letzten Ausgabe im Artikel »Kampfsport, Kohle, Kriegsverbrecher« als »Fritz Kersting« aufgeführte Kampfsportler, heisst korrekt Timo Kersting. Kersting trainierte in der Vergangenheit Dortmunder Neonazis, lokale Ultras und Hooligans in einer städtischen Turnhalle und zeigte ein »Solidarität mit dem NWDO«-Transparent in der Dortmunder BVB-Kurve nach deren Verbot.

Nachtrag:
Der Artikel »Flüchtlingsunterbringung in Sachsen-Anhalt« im AIB 99 war ursprünglich als gemeinsamer Text der Flüchtlingsinitiative und »no lager« geplant. Da die Lage zur damaligen Zeit in Vockerode sehr angespannt war, wurde »no lager« von den Flüchtlingen gebeten, den Text zu verfassen. Er spiegelt dementsprechend nur die Sicht von »no lager« wieder.

Neonazis planten Bombenanschlag

Die Staatsanwaltschaft Freiburg und das örtliche Landeskriminalamt ermitteln mit verschiedenen Polizeidirektionen wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Waffen- und das Sprengstoffgesetz gegen vier Neonazis. Die Gruppierung bestehend aus Sascha H. aus Freiburg, Robert E. aus Malterdingen, Karl W. aus Baiersbronn und dem zur Zeit obdachlos gemeldeten Oliver R. plante offensichtlich einen Bombenanschlag auf Linke. Sie wollten nach Angaben der Ermittler mit einem selbstgebauten Sprengsatz in einem Modellflugzeug eine antifaschistische Kundgebung angreifen. Oliver R. hatte bereits am 31. August 2013 bei einer Demonstration der Partei »Die Rechte« in Dortmund einen Böller in Richtung von Gegendemonstrant_innen geworfen. Dadurch erlitten insgesamt fünf Personen Verletzungen. Am 4. und 5. September 2013 wurden in Freiburg, Emmendingen und Freudenstadt die Wohnungen der Beschuldigten sowie ein Neonazitreffpunkt durchsucht. Beim mutmaßlichen Hersteller konnten eine funktionsfähige Sprengvorrichtung und mehrere Modellflugzeuge sichergestellt werden. Entschärfer des LKA machten den Sprengsatz unschädlich. Bei den Durchsuchungen wurden außerdem verschiedene Chemikalien, elektronische Datenträger und eine Videokamera sichergestellt. In Südbaden war zuletzt im August 2009 mit Thomas B. ein Neonazi enttarnt worden, der Linke mit Bomben ermorden wollte. ■



Fotos: linksunten.indymedia.org



[1] Die Beschuldigten stehen im Verdacht, mit diesem Modellflugzeug als Tatwerkzeug einen Anschlag geplant zu haben.

[2] V.l.n.r. Die Tatverdächtigen Sascha H., Karl W. und Oliver R. posieren im Juli 2013.

Neonazi-Rapper vor Gericht

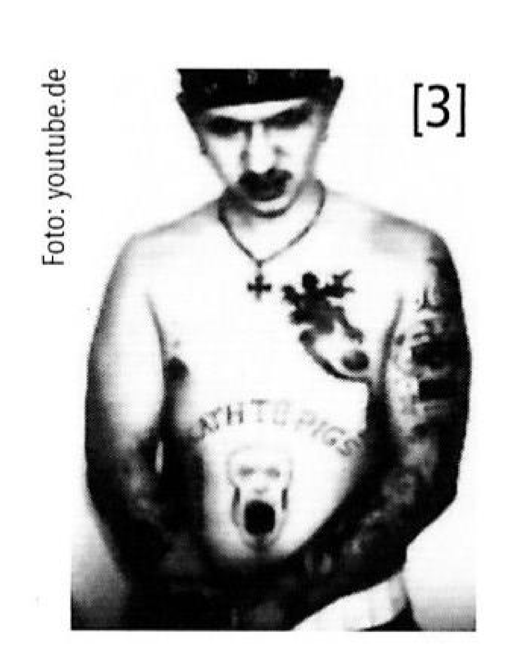


Foto: youtube.de

[3] Als Künstler »Sash JM« präsentiert sich der mutmaßliche Mörder im Internet.

Mehr Informationen unter: »Nazi-Rapper vor Gericht« von Andrea Röpke/Tim Dreyer unter www.bnr.de

Der 25-Jährige Neonazi Alexander K. muss sich wegen Mordes vor dem Landgericht Hannover verantworten. Ihm wird vorgeworfen, die Sexarbeiterin Andrea B. in Hannover erstochen, zerstückelt und die Leichenteile nach und nach in einem See entsorgt zu haben. Seine ehemalige Freundin Camilla W. wurde gefilmt, wie sie mit der Bankkarte des Opfers Geld abhob. Davon kaufte sich Alexander K. einen Winkelschleifer, um die Leiche zu zerteilen. Als Anwohner wegen nächtlicher Ruhestörung die Polizei riefen, erschien die zwar mit vier Beamten, da der Wohnungsinhaber wegen Gewaltdelikten aktenkundig war, ließ sie sich jedoch wieder abwimmeln. Der Staatsanwaltschaft zufolge tötete Alexander K. aus Mordlust, niedrigen Beweggründen und zur Befriedigung des Geschlechtstriebs. Für die Ankläger scheint der rechte Background des mutmaßlichen »Maschsee-Mörders« eher unklar. Laut der Aussage seiner Ex-Freundin soll sich die getötete Andrea B. über K.s Interesse an Hitlers »Mein Kampf« und dessen politische Ansichten lustig gemacht haben. Alexander K. hatte sich zuvor als Nationalist »mit Leib und Seele« bezeichnet, der »Rechts-Rap« mache. Bei Youtube sind Videos unter seinem Künstlernamen »Sash JM« abrufbar, darunter der Song »Ewiges Deutschland« des ehem. NPD-Bundespräsidenten Kandidaten Frank Rennicke. Alexander K. veröffentlichte Lieder gegen Nichtdeutsche, Israel, die Kirche, Politiker und für das »heilige Reich«. Vor Jahren stach Alexander K. in Minden (NRW) im Streit einen Libanesen nieder und verletzte ihn schwer. Im März 2011 beteiligte er sich als Wahlkampfhelfer für die »Freien Wähler Bremen e.V.«. Gemeinsam mit einem bekannten extremen Rechten aus Hannover sammelte er Unterstützerunterschriften für die populistische Partei auf dem Bahnhofsvorplatz der Hansestadt. Weitestgehend untätig blieben scheinbar Verfassungsschutz und die zuständige Staatsschutzabteilung in Bielefeld, nachdem ein ehemaliger Mitbewohner sie 2011 über die politische Radikalität und die Gewaltphantasien von Alexander K. informiert hatte. Demnach befürchtete der Informant, K. könnte tatsächlich jemanden töten. Die Polizei in Bielefeld leitete die Informationen an die zuständige Behörde am neuen Wohnort in Hannover weiter. Dort wurden zwar »perverse und gewaltverherrlichende Inhalte« auf K.s Internetseiten registriert, Straftatbestände hätten aber nicht vorgelegen, so ein Polizeisprecher gegenüber den Medien. ■

Neonazi-Mord in Kaufbeuren

Neonazis griffen auf einem »Tänzelfest« in Kaufbeuren mehrere Menschen aus rassistischen Gründen brutal an, einer der Attackierten verstarb später.

Am 17. Juli 2013 zum Ende des Festes begannen mindestens sieben Männer im Alter von 22 bis 53 Jahren drei Spätaussiedler zu provozieren. Ein 36-jähriger Thüringer und andere aus der Gruppe beleidigten die drei jungen Männer zuerst rassistisch, danach griffen sie diese an. Die Angegriffenen konnten sich gegen die rassistischen Schläger zur Wehr setzen. Eine unbeteiligte Gruppe von fünf Personen, darunter auch ein 34-Jähriger aus Kasachstan stammender Mann, folgte aus bloßem Interesse den Security-Kräften, die sich zum Ort der Auseinandersetzung begaben. Die Neonazis provozierten auch die dazukommende, unbeteiligte Gruppe und wurden erneut gewalttätig: Der 36-jährige Rassist schlug auf sein 34-jähriges Opfer bis zur Bewusstlosigkeit ein. Der Angegriffene musste vor Ort reanimiert werden. Der Mann verstarb am 18. Juli 2013. Noch am Abend wurden in unmittelbarer Tatortnähe der 36-jährige Haupttäter Falk H. (Meiningen) und der 22-Jährige Markus V. (Meiningen) festgenommen. Der 36-Jährige ist wegen »rechtsmotivierten Taten« polizeibekannt. Wegen des dringenden Verdachts des Totschlags wurde gegen ihn Haftbefehl erlassen. Markus V. kam wieder frei, da ihm keine unmittelbare Nähe zur Tat nachgewiesen werden konnte. Die Angreifer arbeiteten im Auftrag einer ostthüringischen Baufirma auf Baustellen in der Region. Die Festgenommenen stehen nach Informationen des bayerischen a.i.d.a. Archivs in Verbindung zu neonazistischen Kreisen. Falk H. hat im vergangenen Jahr auf einem Volksfest »Heil Hitler« gerufen und den Arm zum Hitlergruß gereckt. Auf dem facebook-Profil von Markus V. sind Bilder der »schwarzen Sonne« der SS zu finden. Zu sehen ist hier auch eine positive Bezugnahme auf die Mordserie des NSU: Markus V. hat eine »Pink Panther«-Figur mit Maschinengewehr gepostet. Zu seinen Online-Freunden gehören u. a. thüringer und sächsische Neonazis, die Jugendorganisation von »Pro Deutschland« sowie der aus Bayern stammende frühere NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt. »Dass die mutmaßlichen Täter ideologische und soziale Verbindungen in die organisierte Thüringer Neonazi-Szene besitzen, belegen auch die freundschaftlichen Verbindungen und Verknüpfungen im Internet zu fünf Thüringer Rechtsrock-Bands und zum NPD-Landesvorsitzenden Patrick Wieschke, welcher einst selbst wegen eines rassistisch motivierten Sprengstoffanschlags verurteilt wurde«, erklärte dazu Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Hervorzuheben ist der Umstand, dass beide Hauptverdächtigen ein erhöhtes Interesse am Kampfsport aufwiesen, der Ältere von beiden publizierte im Internet etwa Fotos, die ihn bei einem professionellem Ringwettkampf zeigten. »Die Täter wussten scheinbar sehr genau, was sie taten«, so König. ■

Weitere Informationen unter: aida-archiv.de und haskala.de

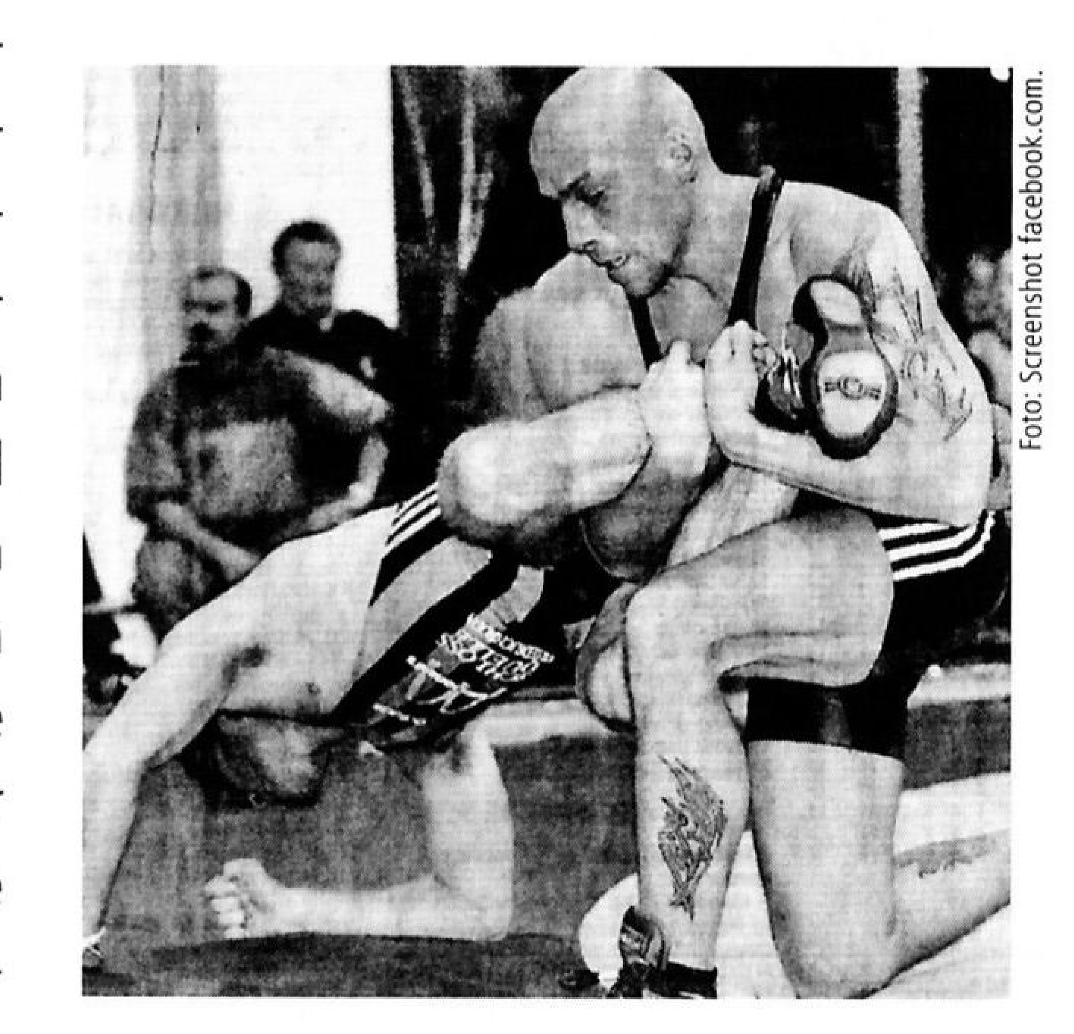


Foto: Screenshot facebook.com.

Der Hauptverdächtige Falk H. aus Meiningen präsentiert sich im Internet als Ringer. (Bild: Screenshot facebook.com: http://haskala.de/wp-content/uploads/2013/07/foto-kaufbeuren.jpg)

Durchsuchungen bei »Werwolf Kommando«

Am 17. Juli wurden insgesamt elf Wohnungen, Haftzellen und Geschäftsräume von sechs Neonazis aus Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden durchsucht. Den Verdächtigen wird die »Bildung einer terroristischen Vereinigung« (§129a), namens »Werwolf Kommando« vorgeworfen. Als Kopf wird der einschlägig vorbestrafte und zur Zeit inhaftierte 25-Jährige Schweizer Sebastien Nussbaumer genannt, dessen Gefängniszelle durchsucht wurde. Nussbaumer werden seit längerem Verbindungen auch nach Deutschland nachgesagt. Bereits 2008 hatte er eine Pumpgun mit Munition aus der Schweiz nach Hamburg geschmuggelt, die 2009 bei Hausdurchsuchungen der »Weiße Wölfe Terrorcrew« (WWT) gefunden wurde. Nachdem er im Mai 2012 in Zürich einen Mann niedergeschossen hatte, wurde er nach kurzer Flucht in Hamburg festgenommen. (s. AIB 95) Durchsuchungen gab es auch in Buchholz i.d. Nordheide. Betroffen waren dort zwei Wohnungen von Denny R., der im September 2012 die neonazistische »AG Nordheide« mitgegründet hat. Zusammen mit Heiko W., der von 2007 bis 2009 den neonazistischen Versandhandel »germaniashop« betrieb und dessen Haus in Blowatz neben seiner Wohnung in Burgwedel durchsucht wurde, sind bzw. waren alle drei bei der WWT organisiert. Doch nicht nur in der Schweiz und Deutschland gab es Durchsuchungen. In den Niederlanden rückte der zu diesem Zeitpunkt 19-Jährige Jeroen B. in den Fokus der Ermittlungen. Er ist seit 2009 in der NS-Szene, häufig als Teilnehmer von Demos der neonazistischen NVU, auffällig. Seit einiger Zeit ist er auch vermehrt in Deutschland zu beobachten. 2011 im Juli in Giessen sowie im Oktober auf einer Demonstration der inzwischen verbotenen Kameradschaft Hamm und zuletzt am TDDZ am 1. Juni 2013 in Wolfsburg. Neben seinen Internetaktivitäten als »Weisser Wolf«, pflegt er u.a. Kontakte zur niederländischen Neonazigruppe »663« bzw. »Free-Fight-Crew«. Des Weiteren sind Bilder aufgetaucht, die B. bei paramilitärischen Übungen der »Skinhead Front Niederlande« zeigen. Konkrete Ergebnisse und auch Festnahmen erfolgten aus den Durchsuchungen bislang nicht. Doch auch wenn hier keine einsatzbereite Terrorgruppe ausgehoben wurde, zeigen diese und auch jüngere Vorfälle die kontinuierliche Beschäftigung von Neonazis in waffenaffinen Strukturen. ■


TOTGESCHLAGEN
TOTGESCHWIEGEN
DEN
HOMOSEXUELLEN OPFERN
DES
NATIONALSOZIALISMUS

Homophobie und die extreme Rechte

Homophobie ist ein als solcher wenig beachteter, aber zentraler Bestandteil extrem rechter Ideologie und ermöglicht es der extremen Rechten bis weit in die »gesellschaftliche Mitte« anschlussfähig zu sein. Die zentrale Stellung von Homophobie in extrem rechten Strukturen ist darauf zurückzuführen, dass sich die extreme Rechte auf ein traditionelles Familienideal stützt, dem die Annahme von Geschlechterdifferenz und Heterosexualität zu Grunde liegt. Die Ideologie beinhaltet eine patriarchale Ordnung, in deren Zentrum die heterosexuelle Familie steht. Diese wird als Keimzelle der herbeigesehnten »Volksgemeinschaft« verstanden, dessen Träger der deutsche »Volksgenosse« ist: Der Mann als Beschützer der Familie und »politischer Soldat« und die Frau als Mutter und Hüterin des Heims. Der Zugehörigkeit zur »Volksgemeinschaft« stand und steht der Ausschluss alles »Fremden« gegenüber. Diejenigen, die den Vorstellungen der »Volksgemeinschaft« nicht entsprechen, werden abgewertet, bedroht, ihre Existenz negiert oder vernichtet. Neben Migrant_innen, Geflüchteten, Jüdinnen und Juden sowie Linken werden Homo-, Inter- und Transsexuelle von der extremen Rechten als unnatürlich und »volksschädigend« stigmatisiert. Daraus ergibt sich eine politische Praxis, die auch Menschen zum Ziel rechter Gewalt macht, die sich nicht in die Matrix von Zweigeschlechtlichkeit und Heterosexualität einordnen lassen.

Ein theoretischer Einstieg

In der Rechtsextremismusforschung sind Sexismus, Homophobie und Transphobie als Idelogieelemente der extremen Rechten selten Hauptanalysegegenstand, sondern treten eher als Randerscheinungen auf. Ursula Birsl beschreibt in ihrer Einführung zum Sammelband »Rechtsextremismus und Gender«[1] zwei Dimensionen, die der extrem rechten Ideologie zugrunde liegen. Die »Ideologie der Ungleichheit der Menschen« unterteilt sich in eine »Differenzierung nach außen« und in eine »Differenzierung nach innen«. Während die erste durch biologistische Zuschreibungen eine Hierarchie zwischen vermeintlichen »Ethnien und Rassen« herleitet, macht die zweite diese an sozialen Gruppen und Geschlecht fest. Beide versuchen eine »Ungleichwertigkeit und eine Hierarchisierung der Gesellschaft« durch biologistische Argumentation zu legitimieren. Die zweite Dimension extrem rechter Ideologie macht Birsl an der »Gewaltperspektive« fest. An der Akzeptanz von Gewalt erkennt sie den Unterschied zwischen konservativer und extrem rechter Ideologie, die sich in Hinblick auf die Konstruktion von Familie, Geschlecht und Sexualität ansonsten nicht unterscheiden. Die Beschäftigung mit Homophobie setzt daher sowohl eine Auseinandersetzung mit der extremen Rechten, als auch mit der Gesellschaft voraus. Denn genauso wenig wie Rassismus können Homophobie und Sexismus in der extremen Rechten untersucht werden, ohne die gesellschaftliche Ebene mit in Blick zu nehmen. Nach der Intersektionalitätstheorie lassen sich Macht- und Herrschaftsverhältnisse nicht an einer einzigen Kategorie festmachen, sondern zeigen sich in einer Verschränkung von »class, gender und race«. Die Verschränkung von Machtverhältnissen, die sich aus der Unterdrückung und Diskriminierung von Menschen aus rassistischen, klassistischen und sexistischen Gründe ableiten, sind leider alltägliche Phänomene in der Gesellschaft. Homophobie ist nicht nur in der extremen Rechten ein Thema zur Mobilisierung, sondern auch in der sogenannten »Mitte der Gesellschaft« herrschen starre Geschlechterbilder und -Normen vor, die ihren Ausdruck in der Diskriminierung jener finden, die nicht in die hetero-normative Matrix[2] passen.

Die Verhandlung von Homosexualität fokussiert in der Regel männliche Homosexuelle, was auf die Konstruktion männlicher Hegemonialität in der Gesellschaft zurück zu führen ist. Tatsächlich nämlich, so stellt die australische Soziologin Raewyn Connell fest, existiert heute »keine Beziehung unter Männern, die mehr symbolische Last tragen würde als jene zwischen Schwulen und Heterosexuellen.«[3] Homophobie ist daher keine angeborene Eigenschaft oder irgendein natürlicher Instinkt, sondern resultiert aus der Abwehrhaltung der nach Hegemonialität strebenden Männlichkeit. Der als verweiblicht dargestellte homosexuelle Mann gilt als Bedrohung des Männerbundes, der sich bis heute in →

1| Birsl, Ursula (Hrsg.): Rechtsextremismus und Gender, Opladen 2011.

2| Der Begriff der heteronormativen Matrix stammt von Judith Butler und kritisiert sowohl die »Zweigeschlechtlichkeit«, die »Zwangsheterosexualität« als auch die Dominanz von »Männlichkeit« über andere Geschlechter in der Gesellschaft. (vgl. Butler: Körper von Gewicht, 1997, S. 23, 36.)

3| Robert W. (heute Raewyn) Connell, Der gemachte Mann, Wiesbaden 2006, S. 165.

Politik, Wirtschaft, Militär, Sport usw. wiederfindet. Die in erster Linie gegen Schwule gerichtete Homophobie kann daher als eine Art Korrektiv einer sich heterosexuell gebenden hegemonialen Männlichkeit verstanden werden.

Schwule Nazis?

Wie ist trotzdem zu erklären, warum es immer wieder (männliche) Nazis in der »Szene« gab und gibt, die sich mehr oder minder offen zu ihrer Homosexualität bekennen oder eine ideologische Verknüpfung von »Nationalsozialismus und Homosexualität« (so der Titel eines in den 1980ern formulierten Pamphlets von Michael Kühnen) versuchten? Der vermeintliche Widerspruch lässt sich auflösen, wenn man sich die Äußerungen dieser in der Quantität seltenen Protagonisten anschaut, die ihre Homosexualität stets rechtfertigen müssen. Sie müssen argumentieren, dass ihr sexuelles Begehren keine Auswirkungen auf ihre Zuverlässigkeit als »politische Soldaten« habe und sie nicht daran hindere, »richtige« Männer zu sein. Der heterosexuelle Neonazi hat in der Bewegung als Kamerad zu dienen, der schwule Neonazi muss zusätzlich seine Männlichkeit unter Beweis stellen. Die eigene Homosexualität muss also stets mit der Betonung ungebrochener Männlichkeit erkauft werden. Rosa von Praunheim hat diesen Aspekt in seinem Film »männer helden schwule nazis« aufgegriffen.

Homosexuelle im Nationalsozialismus

Schwule und Lesben wurden bereits im Kaiserreich und in der Weimarer Republik aufgrund des § 175 (»widernatürliche Unzucht«) verfolgt. Die Nationalsozialisten verschärften diesen Paragraphen im Jahr 1935 und begannen mit der Verfolgung tausender homosexueller Männer. Der Nationalsozialismus pflegte zu Beginn ein ambivalentes Verhältnis zu männlicher Homosexualität. Spielte die Homosexualität des SA-Führers Ernst Röhm für Adolf Hitler noch 1931 angeblich keine Rolle und galt ihm als »Privatangelegenheit«, wurden Homosexuelle nach dem Machtantritt der Nazis 1933 brutal verfolgt. Die NS-Ideologie sah Homosexualität als »Seuche«, an der »unser Volk« zugrunde gehe. Heinrich Himmler, seines Zeichens SS-Reichsführer und Chef der Deutschen Polizei, erklärte 1937 auf einer SS-Gruppenführerbesprechung, dass »der Homosexuelle ein durch und durch psychisch kranker Mensch« sei. Besonders in einer übertriebenen »Vermännlichung« sah Himmler eine Gefahr, der er mit stärkerer Förderung von heterosexuellen Beziehungen auch schon zwischen minderjährigen Jungen und Mädchen begegnen wollte. Dem »Männerbund«, der noch die SA prägte, setzte er die SS-Sippengemeinschaft gegenüber. Daneben aber forcierten die Nationalsozialisten den Ausschluss von Homosexuellen aus der »Volksgemeinschaft«. Der im Jahr 1935 verschärfte Paragraph 175 machte die Verfolgung tausender homosexueller Männer möglich. Sowohl Sex als auch »unzüchtige Handlungen« konnten zwischen sechs Monaten Gefängnis und zehn Jahre Zuchthausstrafe bedeuten. Die Zahl der Verurteilungen verzehnfachte sich auf jährlich 8.000. In der von Himmler eingerichteten »Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und der Abtreibung« sowie auf sog. Rosa-Listen erfassten die Nazis etwa 100.000 homosexuelle Männer. Bedeutete die Verfolgung homosexueller Männer zu Beginn noch meistens Gefängnisstrafen, in denen sie schikanösen Sonderbedingungen unterlagen, änderte sich dies fundamental ab 1940. Himmler verfügte, dass homosexuelle Männer, die als nicht mehr »erziehbar« galten, nach ihrer Haftstrafe in Vorbeugehaft in ein KZ zu nehmen seien. Dort erhielten sie den »rosa Winkel« und wurden teilweise gezielt in Mordaktionen der SS getötet. Schätzungsweise gelang es nur ca. 40 Prozent jener Männer mit dem rosa Winkel, das Lagersystem zu überleben. Einige von ihnen wurden nach 1945 wiederum inhaftiert, weil sie ihre Freiheitsstrafe nach dem weiterhin gültigen Paragraphen 175 noch nicht verbüßt hatten. Lesbische Frauen standen dagegen weniger stark im Fokus der Verfolgungsbehörden als schwule Männer. Da sie zudem im Konzentrationslagersystem meistens das schwarze Dreieck für »Asoziale« erhielten, fiel ihre Präsenz dort im Vergleich zu den homosexuellen männlichen Gefangenen weniger auf – was ihre Nichtbeachtung in der historischen Forschung nach sich zog.

Unter Stigmata wie »sexuelle Abweichungen« oder »Asozialität« wurde zudem auch ein im nationalsozialistischen Sinne »unangepaßtes Verhalten« von Kindern und Jugendlichen geahndet. Der Vernichtungswille, welcher der »Differenzierung nach innen« folgend bereits sozialabweichendes Verhalten umfassen konnte, führte die Betroffenen in die Maschinerie eines sog. Jugendschutzlagers.[4]

Fehlende Entschädigung

Für viele Homosexuelle bedeutete auch der 8. Mai 1945 mitnichten die Freiheit: Der Paragraph 175 galt, wenn auch etwas abgemildert, weiterhin, sodass zahlreiche homosexuelle Männer entweder noch eine Reststrafe aus der Zeit des »Dritten Reiches« zu verbüßen hatten, oder aber erneut verurteilt werden konnten. In der DDR blieb der Paragraph 175 bis 1968, in der BRD bis 1969 in Kraft, doch auch danach galt er in beiden Staaten lange Zeit weiterhin für Beziehungen mit Jugendlichen. Eine Regelung, die verlogenerweise bei heterosexuellen Beziehungen nicht angewendet wurde. Aus dieser teilweisen Kontinuität der Gesetzeslage konnten sie auch nicht mit Entschädigungszahlungen rechnen. Erst 2002 hob der Deutsche Bundestag NS-Unrechtsurteile gegen Homosexuelle auf, für die meisten

4| Jugendkonzentrationslager wurden im nationalsozialistischen Euphemismus »Jugendschutzlager« oder »Jugendverwahrlager« genannt. Es waren Konzentrationslager zur Internierung widerständiger, »schwer erziehbarer«, »arbeitsscheuer« und unangepaßter Kinder und Jugendlicher.

5| Eike Sanders/ Ulli Jentsch: AN und Gender, In: Autonome Nationalisten, Jan Schedler, Alexander Häusler (Hrsg.), S.145.

6| http://prodjugend.wordpress.com/2013/04/28/homoehe-brauchen-wir-deutschen-das/#more-1300. Stand: 12.9.2013.

7| http://yilmaz-gunay.de/index.php?option=com_content&view=article&id=10:frauen-und-homosexuelle-im-clash-of-civilizations-mit-rassismus-gegen-sexismus-und-homophobie&catid=15:veroeffentlichungen&Itemid=2, Erschienen in Rassistische Verhältnisse. Ausblicke – Tendenzen – Positionen (Broschüre zum 10-jährigen Jubiläum der Opferberatungsstelle ReachOut), Dezember 2010, Seiten 31–34.

8| www.tagesschau.de/ausland/russlandjagdschwule100.html. Stand: 12.9.2013

9| Zeit-online: Putin bestraft »Homosexuellen-Propaganda« www.zeit.de/politik/ausland/2013-06/putin-gesetz-homosexuelle-unterzeichnet Stand: 12.9.2013

10| Heyden, Ulrich: Das gefährlich Spiel mit dem »Patriotismus«, in: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 99.

Überlebenden viel zu spät. Erst 2008 wurde das Denkmal für die verfolgten Homosexuellen des NS im Berliner Tiergarten eingeweiht.

Die Gegenwart

Im Deutschland der Gegenwart lassen sich aktuelle Zahlen und Einschätzungen über Zu- bzw. Abnahme homophober Übergriffe von Rechts nur schwer finden. Immer wieder wird darauf verwiesen, dass das homophobe Motiv eines Übergriffs nicht als solches kenntlich gemacht wird und somit auch nicht in der Statistik auftaucht. Auch gehen die verschiedenen rechten Strömungen unterschiedlich mit dem Thema um. In ihrem Artikel »AN und Gender« im Sammelband »Autonome Nationalisten« zitieren Eike Sanders und Ulli Jentsch ein Video von »Media Pro Patria«, in dem es heißt: »Statt zuzusehen, wie Völker durch Abtreibung, Schwulen- und Mischehen ein neues Gesicht bekommen, trage auch du deinen Teil zu unserer Zukunft bei.«[5] Die Jugend der »Bürgerbewegung Pro Deutschland« distanziert sich auf ihrer Internetseite von Homophobie, um anschließend Homosexuellen jegliches Recht auf Gleichstellung zu versagen: »Wir, als Patrioten wollen ein gesundes Miteinander zwischen Männern und Frauen, egal ob diese heterosexuell oder schwul veranlagt sind; wir wollen jedoch nicht die Abschaffung unserer Gesellschaft, deren Grundgedanke die Kinder sind und die entstehen in dieser Welt durch eine Beziehung zwischen Mann und Frau. Und die Kinder sollten auch die Möglichkeit haben unter einem Dach zu leben, wo es eine Mama und einen Papa gibt. JA zur Familie, JA zum friedlichen Miteinander, und NEIN zur Homoehe, NEIN zum Adoptionsrecht für Schwule und Lesben, NEIN zur Homophobie!«[6] Während die einen versuchen, sich tolerant gegenüber Homosexuellen zu geben, sprechen die anderen ihre Homophobie klar aus. Gemeinsam ist ihnen, dass Sexismus und Homophobie gerne als rassistische Zuschreibungen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund benutzt werden. »Die Rechte von Frauen und von Homosexuellen haben in diesem Zusammenhang eine bemerkenswerte Aufwertung erfahren. Ungeachtet aller Tatsachen wurde ein ›Wir‹ konstruiert, das in seiner Inszenierung als kollektive Identität wie selbstverständlich Sexismus und Homophobie ausgelagert hat. Sätze, die die Wörter ›westlicher Lebensstil‹, ›unsere Kultur/Werte‹ beinhalten, erklären sich heute von selbst. [...] Migrant_innen heißen jetzt nur noch ›Muslime‹ und werden dafür verantwortlich erklärt, dass mit ihnen die vermeintlich überkommenen Phänomene Frauen-, Lesben- und Schwulenfeindlichkeit wieder in ›unser‹ Land ›zuwandern‹.«[7]

Der Kommentar der »Pro Deutschland-Jugend« erschien als Reaktion auf die Proteste gegen das von der französischen Regierung erlassene Gesetz zur Ehe zwischen Homosexuellen. Im Mai 2013 hatten Zehntausende in Frankreich gegen das am 18. Mai in Kraft getretene Gesetz demonstriert. Die Mobilisierungskraft homophober Kampagnen in weiten Teilen der extremen Rechten und ihr Zusammenspiel mit Konservativen gegen die Gleichstellung von Heterosexuellen und Homosexuellen zeigt, wie weit Homopobie in der Gesellschaft verankert ist. Besonders eindrücklich lässt sich die Überschneidung von Homophobie der extremen Rechten und der sogenannten »Mitte der Gesellschaft« aktuell in Russland beobachten. Während Neonazis Jagd auf Homosexuelle machen und im Internet zu Übergriffen aufrufen[8], beschließt die Regierung perfiderweise ein Gesetz gegen »Propaganda für nicht-traditionelle Sexualität«. Das von Wladimir Putin im Juni 2013 unterschriebene Gesetz stellt das positive Sprechen über Homosexualität in Anwesenheit von Jugendlichen oder in Medien unter Geldstrafe. »Ausländer, die gegen das neue Gesetz verstoßen, können mit Geldbußen von bis zu 100.000 Rubel (etwa 2.300 Euro) bestraft werden. Zudem erhalten die russischen Behörden die Möglichkeit, sie bis zu 15 Tage in Gewahrsam zu nehmen und des Landes zu verweisen.«[9] Die Folgen sind gravierend. Wie wir in der letzten Ausgabe des Antifaschistischen Infoblatts berichteten, verletzten drei Männer den 23-Jährigen Vladislav Tornovoi, als sich dieser als homosexuell outete, so stark, dass er kurz nach dem Übergriff an seinen Verletzungen starb. Auch der 39-Jährige Oleg Serdiuk wurde Ende Mai auf der Halbinsel Kamschatka aus homophoben Gründen ermordet.[10] Wie der Internetblog Publikative.org am 6. August 2013 berichtete, gab es nach Angaben des Menschenrechtsaktivisten Dr. Valentin Degtyarev ein weiteres Opfer, das an den Folgen einer homophoben Gewaltorgie gestorben ist. »Unter anderem hatten die Neonazis des schwulenfeindlichen Netzwerks ›Occupy Pädophilie‹ einen jungen Mann aus Usbekistan in einen Hinterhalt gelockt, ihn gedemütigt, geschlagen und misshandelt. Sie filmten ihre Taten und stellten das Video ins Netz.«[11]

In der 100sten Ausgabe des Antifaschistischen Infoblattes beschäftigen wir uns mit dem Thema extreme Rechte und Homophobie. Neben einem Artikel zu den Protesten in Frankreich, werden Artikel zu »Homophobie im Rechtspopulismus«, zur »Familienpolitik von Rechts«, über »Das Kühnen-Papier«, die »Konstruktion männlicher Homosexualität im Nationalsozialismus« und »Homophobie im Maskulismus« versuchen, ein Bild über verschiedene rechte Beegungen, deren Homophobie und Überschneidungen zur sogenannten »Mitte der Gesellschaft« zu zeichnen. ■

11| Gensing, Patrick: Russland: Neonazi-Opfer an Misshandlungen gestorben? www.publikative.org/2013/08/06/russland-neonazi-opfer-an-misshandlungen-gestorben Stand: 12.9.2013

Schwule Nazis

Die Konstruktion männlicher Homosexualität im Blick auf den Nationalsozialismus

Yves Müller

Die These vom »schwulen Nazi«, also einer imanenten Verbindung zwischen Homosexualität und Nationalsozialismus verliert seit Jahrzehnten nicht an Reiz. Bis heute wird immer wieder versucht, den vermeintlich überdurchschnittlichen Anteil an männlichen Homosexuellen in der Führungsebene der »Sturmabteilung« (SA) der NSDAP zu erklären. Diese Erklärungsansätze reichen von der Vorstellung eines homoerotischen Männerbundes, der in der SA gelebt wurde, bis zu psychoanalytischen Interpretationen, die eine Verbindung zwischen brutaler Gewalt und Sadismus sowie »verdrängten« Homosexualitäten aufmachen. Die wiederkehrenden Versuche der Herstellung eines Zusammenhangs zwischen homosexuellem Begehren und nationalsozialistischer Praxis bei führenden Männern des NS sind kritikabel und bergen die Gefahr der Denunziation von Homosexualität.

Der Prototyp des »schwulen Nazis« ist bis heute SA-Stabschef Ernst Röhm, dessen Homosexualität 1931/32 in der sozialdemokratischen und später der Exilpresse immer wieder in denunziatorischer Absicht zum Thema gemacht wurde. Auch nach der Ermordung Röhms und der SA-Führung verstummte die Exilpresse nicht und strickte am Zerrbild einer homosexuellen Naziclique. Die Mär vom von Homosexuellen überschwemmten Nazi-Deutschland wurde weiter verbreitet. Die Homosexuellenverfolgung wurde als »Säuberungsaktion« der Nationalsozialisten untereinander bagatellisiert.

Früh beschäftigte die Röhm-Affäre die noch junge Faschismusforschung. Bereits Theoretiker wie Wilhelm Reich und Erich Fromm verwechselten die homosoziale Strukturierung von Männerbünden mit Homosexualität und verliehen dem Mythos vom »schwulen Nazi« den nötigen wissenschaftlichen Anstrich. Auch Theodor W. Adorno erklärte seinerseits: »Totalität und Homosexualität gehören zusammen«[1].

Zwar versuchte sich ebenso der Männlichkeitsforscher Klaus Theweleit in seinem opus magnum »Männerphantasien« an einer Verknüpfung von Homosexualität und dem Terror der faschistischen Kampfbünde der 1920er Jahre – eine ideologische Motivation spielt bei ihm eine untergeordnete Rolle – und unterstellt eine gewisse Attraktivität der »Bereiche des ›Homosexuellen‹ für den faschistischen Mann«[2]. Letztlich musste er aber feststellen, dass faschistischer Terror nicht der Homosexualität entspringe.

Bis heute scheiden sich an der Frage nach dem »schwulen Nazi« in Wissenschaft und Publizistik die Geister. Eine Kontroverse zwischen Hans Rudolf Wahl, Sven Reichardt und Andreas Pretzel in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) beschäftigte sich mit den tatsächlichen oder konstruierten Dichotomien zwischen Homoerotik und Homosexualität und der Frage nach Bewertung und Einordnung des männerbündischen Prinzips in der SA.[3] Pretzel plädiert dafür, den homophoben Charakter von Männergemeinschaften wie der SA als konstitutiv zu betrachten, statt immer wieder aufs Neue nach dem Homosexuellen zu suchen. Tatsächlich wird das homoerotische Männerbundprinzip des Anhängers der bürgerlichen Wandervogelbewegung Hans Blüher in der ideologiearmen SA kaum eine Rolle gespielt haben. Hierbei von der Person Ernst Röhm auf die Gesamt-SA zu schließen wäre schlicht unwissenschaftlich. Die »Kameradschaft« der SA schloss nicht Homosexuelle ein, sondern alles »Unmännliche« aus. Der ausschließende Gedanke des SA-Männerbundes ist denn auch mehr Ausformung eines heteronormativen Patriarchatsdenkens und Antifeminismus, denn Resultat eines homoerotischen Bestrebens in der NS-Bewegung.

Während die geführte fachwissenschaftliche Debatte in der ZfG einen gewissen Erkenntnisgewinn verspricht, ermüden die wiederkehrenden »Enthüllungen« über die angebliche Homosexualität von diesem oder jenem führenden Nazi nur noch. Adolf Hitler sei sich schon in seiner Jugend seiner Homosexualität bewusst gewesen und habe angeblich homoerotische Beziehungen zu Größen des NS-Regimes gepflegt, so der Autor Lothar Machtan

1| Theodor W. Adorno, Minima Moralia. Gesammelte Schriften, Bd. 4, Frankfurt/Main 1981, S. 52.
2| Klaus Theweleit, Männerphantasien. Männerkörper – zur Psychoanalyse des weißen Terrors, Bd. II, München/Zürich 2005 (zuerst 1977), S. 319.
3| Vgl. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Hefte 3/ 2004, 8/2004, 11/ 2005, 5/2008.
4| Rolf Pohl, »Normal« oder pathologisch«? Eine Kritik an der Ausrichtung der neueren Täterforschung, in: Ders./Joachim Perels (Hg.), Normalität der Täter?, Hannover 2011, S. 24.
5| Regina Mühlhäuser, ›Mannestrieb‹ und ›Manneszucht‹, in: Anette Dietrich/Ljiljana Heise (Hg.), Männlichkeitskonstruktionen im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 2013, S. 102.



[1] Neue Erkenntnisse der Geschichts-Forschung

War Hitler schwul?

Adolf Hitler (1889–1945)

War Hitlers Beziehung zu Eva Braun nur eine Scheinliebe? War er in Wirklichkeit homosexuell? Das behauptet der Bremer Geschichtsprofessor Dr. Lothar Machtan in seinem Sensationsbuch „Hitlers Geheimnis" (erscheint nächsten Dienstag). Schon als junger Mann, so der Forscher, lebte Hitler seine homosexuellen Neigungen aus. Auch als Nazi-Diktator suchte er bewusst die Nähe zu Männern. Welche Rolle dabei andere Nazi-Großen spielten – **Seite 6.**

[1] Faksimile aus der BILD-Zeitung. Der Titel bedient den Mythos vom »schwulen Nazi«.

ohne jegliche Beweise, dafür mit etlichen Spekulationen in »Hitlers Geheimnis. Das Doppelleben eines Diktators«.

Inzwischen belebt Jonathan Littell mit seinem fiktionalen Roman »Die Wohlgesinnten« die Konstruktion des »schwulen Nazis« neu. Man muss sich schon fragen, warum er seinen Protagonisten Maximilian Aue, einen SS-Offizier, zum homosexuellen Sadisten macht. Als Vorlage für die Romanfigur diente ihm der keineswegs homosexuelle belgische SS-Standartenführer Léon Degrelle, der die wallonische SS-Division kommandierte. In seiner parallel zum Roman entstandenen Studie »Das Trockene und das Feuchte. Ein kurzer Einfall in faschistisches Gelände über Degrelle« wandelt der Autor auf den Pfaden Theweleits. Littell zeichnet nicht einen dieser »ganz normalen Männer« (Christopher Browning), die plötzlich zu Massenmördern werden, sondern verrührt homosexuelles Begehren mit Gewaltorgien. Nicht, dass das nicht opportun sein könnte. Doch dienen die immer noch ertragreichen Thesen Theweleits über »Körperpanzer«, den »Nicht-zu-Ende-Geborenen« usw., die sich Littell zu eigen macht, nicht vielmehr der Beschreibung zutiefst heterosexistischer und patriarchaler Strukturen? Körperlichkeitsstrukturen des »soldatischen Mannes« nämlich, der der eigenen Fragmentierung (der Auflösung) durch das Töten zu entrinnen versucht. Die sexualisierte Gewalt, die Littell voyeuristisch beschreibt, ist eben in erster Linie Gewalt – und hat recht wenig mit (Homo-)Sexualität zu tun. Es ist gegen psychopathologische Perspektiven bei der Analyse von NS-Täterschäft überhaupt nichts einzuwenden: Die Sozialpsychologin Nele Reuleaux beispielsweise versucht sich mithilfe des Konzepts des »malignen (bösartigen) Narzissmus« an einer Erklärung, die dem derzeitigen Normalisierungsparadigma – »wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden« (Harald Welzer) – widerspricht.

Dabei geht es keineswegs um eine Dämonisierung der nationalsozialistischen Massenmörder, sondern um einen neuen Blick auf die scheinbare »Normalität« von Genoziden. Wie »normal« ist denn eine Männlichkeit, die homosoziale Vergemeinschaftung über die Vergewaltigung von »Frauen des Feindes« herstellt, wie im Russlandfeldzug 1941/42 täglich geschehen? Egal ob die Opfer weiblich oder männlich sind: es geht um »Annihilierung« (Elfriede Jellinek), um den »vernichtende[n] Zugriff auf den auf bloße Körperöffnungen reduzierten Körper«[4] – und mitnichten um irgendwelches sexuelles Begehren. Wirklich spannend sind daher Untersuchungen, die die »Verwobenheit von Männlichkeitsvorstellungen, kriegerischer Gewalt und Sexualität«[5] behandeln.

Die Suche nach dem »schwulen Nazi« ist in aller Regel einem heterosexistischen Exotismus geschuldet und sagt mehr über die heteronormative Gesellschaft als etwas über Homosexualität aus. Es kann keine hegemoniale Männlichkeit geben, die nicht homophob strukturiert wäre – homosexuelle Politiker_innen bleiben die Ausnahme von der Regel. Es bedarf geradezu des konstruierten Homosexuellen als Anti-Typus. Schwule werden verweiblicht oder dehumanisiert und mittels sozialer Praxen exkludiert. Die Konstruktion vom »schwulen Nazi« kann nicht darüber hinweg täuschen, dass Homosexualität im Koordinatensystem der Männlichkeiten untergeordnet und »an das unterste Ende der männlichen Geschlechterhierarchie« (Raewyn Connell) verbannt ist. ■

Das »Kühnen-Papier«

Ein Neonaziführer argumentiert Homosexualität

Fabian Kunow

Das Jahr 1986 war eine Zäsur für den bundesdeutschen Neonazismus. Nicht das Aufkommen extrem-rechter Parteien mit der Option auf Parlamentssitze, wie DVU oder Republikaner, sondern ein hausgemachter Streit sorgten dafür, dass es ans Eingemachte ging. Jahrelang war die an heutigen Maßstäben gemessen kleine NS-Szene der 1980er Jahre in Deutschland gespalten. Ursache war eine Debatte über die Frage, ob ein Nationalsozialist schwul sein dürfe und wie mit Homosexuellen in den eigenen Reihen zu verfahren sei. Der westdeutsche Neonaziführer Michael Aloisius Alfons Kühnen beantwortete die Frage mit dem Papier »Nationalsozialismus und Homosexualität«. Die Schlussfolgerung seines »Grundsatzpapier« lautete: »Nationalsozialismus und Homosexualität sind vereinbar!«[1] Dies kann als Versuch gewertet werden, auch homosexuellen Männern ihren Platz in der »Bewegung« zu geben und ein nationalsozialistisches Modell des »neuen« Mannes zu entwerfen.

Situation der 1980er Jahre

Eine der schillerndsten Personen des bundesrepublikanischen Neonazismus der 1980er Jahre war der 1955 geborene Michael Kühnen. Seine Funktion lässt sich am Besten mit dem Wort »Bewegungsmanager« beschreiben. Kühnen saß mehrfach wegen seiner neonazistischen Aktivitäten im Gefängnis. 1983 wurde vom Innenministerium die von Kühnen geführte Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten (ANS/NA) verboten. Die ANS/NA hatte zu diesem Zeitpunkt zwischen 300–400 Mitglieder.[2] Diese gingen nach dem Verbot in die FAP bzw. gründeten die Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF), welcher 60–80 Personen angehörten.[3] Im Laufe der Jahre wurden von den GdNF-Kadern eine Reihe von kleinen Vorfeldorganisationen und Parteien geschaffen, mit denen öffentlich Politik gemacht wurde. Ziel von diesen Anhängern der historischen SA war es, eine Wiederzulassung der NSDAP zu erreichen. Inhaltlich wurde sich auf das 25 Punkteprogramm der NSDAP bezogen.

Der Streit

Die Septemberausgabe 1986 der GdNF-Zeitschrift »Die Neue Front« teilt ihrer Leserschaft mit, dass es zu einem internen Umbau gekommen sei. Der in Paris ansässige französische Neonazi Michel Caignet wurde als Herausgeber abgelöst. Grund war seine offen ausgelebte Homosexualität. Er habe damit »der Bewegung schweren Schaden zugefügt«.[4] In der gleichen Ausgabe ist eine Erklärung von Volker Heidel, Jürgen Mosler, Michael Swierzecek, »Steiner« (Thomas Wulff) und Ursula Müller abgedruckt. Diese ist überschrieben mit »Der Kampf geht weiter« und wendet sich gegen den »tückischsten Feind«, »den inneren Zerfall – die Dekadenz«.[5] Für die Autoren ist klar: »schwul ist nicht normal. Es ist vielmehr eine Lebenszerstörende, krankhafte Abnormalität, die es zu bekämpfen gilt (...). Die Zeiten, in denen wir diese Schweinereien nicht aktiv und offen angeprangert haben, sind nun vorbei.«[6] Normal sei hingegen die Beziehung von Mann und Frau, die »den Völkern das Überleben« sichert. Folglich seien Schwule »Verräter am Volk und damit an uns«.[7] Jeder Schwule sei hiermit aus der »Bewegung« ausgeschlossen und solle zum Arzt gehen.

Dem offenen Streit gingen mehrjährige interne Auseinandersetzungen voraus. Als ein Auslöser kann der Mord an dem Neonazi Johannes Bügner, dem Kühnen sein Papier widmete, gesehen werden. »Der damals 26-Jährige wurde am 28. Mai 1981 unter dem Vorwand, es gäbe eine Meldung vom sogenannten Führer, Michael Kühnen, von mehreren ›Kameraden‹ aus der Hamburger Schwulenbar ›Can-Can‹ gelockt. Die Neonazis fuhren gemeinsam aufs Land, wo Bügner mit 21 Messerstichen getötet wurde.«[8] Die Täter rechtfertigten die Tat mit der Aussage, dass Bügner ein »Verräter und Schwuler« gewesen sei.[9]

Dieser Mord war für Kühnen Anlass, sich mit Homosexualität in der »Bewegung« intensiver zu beschäftigen. 1986 greift er mit seinem Papier »Nationalsozialismus und Homosexualität« aus dem Gefängnis die Debatte offen auf. Herausgegeben wurde die

1| Michael Kühnen (1986): »Nationalsozialismus und Homosexualität« S. 8.
2| Handbuch Deutscher Rechtsextremismus
3| Ab den frühen 1990er Jahren 200 Mitglieder vgl. Handbuch Deutscher Rechtsextremismus.
4| »Achtung«. In: »Die Neue Front – Publikation des nationalen Widerstandes 8/86«
5| »Der Kampf geht weiter«. In: »Die Neue Front – Publikation des nationalen Widerstandes 8/86«.
6| Ebd.
7| Ebd.
8| Robert Claus, Esther Lehnert, Yves Müller (Hrsg.): »Was ein rechter Mann ist...«, Männlichkeiten im Rechtsextremismus, Berlin 2010.
9| Ebd.

Schrift von Caignet. Dieser war Generalsekretär der Europäischen Bewegung, Leiter der ANS-Auslandsorganisation und de-facto-Herausgeber der Zeitschriften »Neue Front« und »Neue Zeit«.[10] Eine Austrittserklärung aus der GdNF Kühnens hing der Schrift an.

Kühnens Argumentation

Anders als oft kolportiert, bekennt sich Kühnen nicht selbst zu einer eigenen Homosexualität, sondern erklärt und rechtfertigt, warum Homosexualität und eine NS-Gesinnung doch einhergehen könnten. Formal verweist er darauf, dass es keine Äußerung zu Homosexualität im 25 Punkteprogramm der NSDAP gebe. In Anlehnung an seine Idee vom »Aufbau eines 4. Reiches« versucht er eine »Geschichte der Männlichkeit aus nationalsozialistischer Perspektive zu schreiben«.[11]

Der Nationalsozialismus zeichne sich für ihn als eine Gemeinschaft aus – ein Nationalsozialist dadurch, dass er dieser Gemeinschaft diene und gehorche. Daher gelte für Kühnen die Maxime »Nicht auf das Privatleben eines Kameraden kommt es an, nicht auf seine privaten Neigungen oder auch Schwächen, sondern auf sein Bekenntnis und seinen Einsatz für die Gemeinschaft«.[12]

Homosexualität sei »insgesamt keine sexuelle Perversion, sondern eine vererbte, biologische Veranlagung, gehört also zur biologischen Natur des Menschen«.[13] Kühnen dekliniert Liebe und Sexualität von der Horde der vermeintlichen Urmenschen bis heute durch und kommt zu Schlüssen wie: »Sexuelle Beziehungen zwischen Männern, die aus Freundschaft und Liebe oder gar zur Vertiefung der gemeinsamen Hingabe an die Gemeinschaft entstehen, können niemals schädlich sein für diese Gemeinschaft.«[14] Zudem hätten alle Männerbünde z. B. Sparta, katholische Kirche, SA – auf die bezieht sich Kühnen positiv – immer die Liebe unter Männern in sich getragen, sonst würden diese gar nicht als Männerbünde funktionieren. Der Männerbund war nach Kühnen der Schritt von der Horde zur »Kulturmenschheit«.[15] Zudem sei es für die Gemeinschaft sicherlich förderlicher, »wenn der Mann, der seiner Fortpflanzungspflicht genügt, sich innerhalb eines Männerbundes sexuell betätigt, statt sich der Prostitution zu ergeben oder in fremde Ehen einzubrechen«.[16] Homosexualität denkt Kühnen in seinem ganzen Text immer nur als Sexualität unter kriegerischen Männern. Alle anderen Formen sind folglich aus seiner Sicht abzulehnen.

[1] Die neuen Nazis haben den schlimmsten Eiferer zu ihrem „Führer" gemacht. Es ist Michael Kühnen (rechts), ehemaliger Bundeswehr-Leutnant. Neben ihm der Gründer des „Mädelbundes", Arnd-Heinz Marx

[1] Faksimile aus QUICK Juni 1983.

Das Ende vom Lied

Im Jahr 1988 öffneten sich für Kühnen die Gefängnistore. Er nahm wieder die politische Arbeit im GdNF-Netzwerk auf. 1989 kam es auf Vermittlung der Leiterin der HNG und »Grandame des deutschen Neonazismus« Ursula Müller zur Beilegung des sogenannten Kühnenstreits. Die Kühnentreuen bekamen die GdNF mit ihren Vorfeldorganisationen. Die Gegner Kühnens übernahmen die FAP.

Der hier skizzierte Riss durch die Neonaziszene wird heute verdrängt. Die Debatten um Kühnens Homosexualität werden verschwiegen und auf seine Schrift nicht mehr Bezug genommen, um keine Differenzen aufkommen zu lassen. Gleichzeitig wird Homophobie als Bestandteil hegemonialer Männlichkeit deutlich. Aktuell »wird unterstellte männliche Homosexualität eher als taktische Option genutzt, um politische Gegner und Kontrahenten in den eigenen Reihen zu diffamieren, wobei sich eine stete Abwehr imaginierter ›Verweiblichung‹ durch alle Positionen zieht«[17]. ■

10| vgl. Robert Claus, Esther Lehnert, Yves Müller (Hrsg.): »Was ein rechter Mann ist...«.
11| Vgl. Michael Kühnen (1986): »Nationalsozialismus und Homosexualität« S. 4.
12| Ebd.
13| Michael Kühnen (1986): »Nationalsozialismus und Homosexualität« S. 11.
14| Ebd.
15| Ebd.
16| Ebd.
17| vgl. Robert Claus, Esther Lehnert, Yves Müller (Hrsg.): »Was ein rechter Mann ist...«.

Familienpolitik von Rechts

Juliane Lang

Familienpolitische Forderungen sind in den Wahlkämpfen extrem rechter Parteien der letzten Jahre zunehmend präsent. Allen voran die NPD, die sich neben der Asyl- sowie der Euro- und Währungspolitik das Thema Familienpolitik zentral auf die Agenda des diesjährigen Wahlkampfes gesetzt hat. Dabei geht es einer völkischen Partei wie der NPD mitnichten um das Wohl aller in Deutschland lebenden und aufwachsenden Kinder. Unverhohlen setzt sie Forderungen etwa nach der Erhöhung des Kindergeldes für jedes »deutsche« Kind in Bezug zu Sozialleistungen an Asylsuchende und fordert, »zur gegenfinanzierung ist das kindergeld für ausländer (sic!) zu streichen«. Was unter dem Label einer vermeintlich sozialeren Familienpolitik daher kommt, ist letztlich Teil einer rassistischen Politik, die bestimmt, wer in Deutschland möglichst zahlreiche Kinder bekommen und ein gutes Leben führen und wer des Landes verwiesen werden soll. Hierbei spielt nicht nur »Deutschsein« eine Rolle, sondern auch die heteronormative Vorstellung der Familie – bestehend aus Mann und Frau – als kleinster Zelle der angestrebten Volksgemeinschaft. So fordert die NPD ein »Adoptionsverbot für Homosexuelle und deren Lebensgemeinschaften sowie Aberkennung des ›Familien‹-Status für Homosexuelle«. Nicht zuletzt sind es Forderungen nach der »sofortigen Einstellung aller Gender-Mainstreaming-Maßnahmen«, mit denen die NPD um den Erhalt einer tradierten Geschlechterordnung mit klaren Rollenzuschreibungen an Männer und Frauen ringt.

»Kondome für Ausländer« – Gehalt für ›deutsche‹ Mütter

Nach der eigens publizierten Broschüre »Deutsche Kinder braucht das Land. Familienpolitische Kehrtwende«, erstellt durch die »AG Familienpolitik« innerhalb der NPD[1], finden sich keine Neuerungen in den Verlautbarungen der Partei im diesjährigen Wahlkampf. Bemerkenswert ist lediglich die offene Verknüpfung familienpolitischer Forderungen mit rassistischer und homophober Propaganda. Konzentrierten sich die AutorInnen der Broschüre noch auf die Beschreibung von zu erbringenden Leistungen für »deutsche« Familien, greifen nun Männer der Jungen Nationaldemokraten (JN) das Thema auf und demonstrieren unverhohlen, worum es der extremen Rechten eigentlich geht: um rassistische Bevölkerungspolitik und der Konstruktion eines »Wir«, das sich vermehrt gegenüber einer Gruppe der »Volksfremden«, die von familienpolitischen Leistungen ausgeschlossen bleibt. So ließen die JN im Wahlkampf 2013 Kondome mit der Aufschrift »Kondome für Ausländer und ausgewählte Deutsche« produzieren. Selbstbewusst treten sie an die Öffentlichkeit und kommentieren dies auf den Seiten des NPD-Materialdienstes mit den Worten: »Ab jetzt kann jeder durch die Stadt gehen und aktiv den demografischen Wandel bekämpfen. Einfach diese netten Kondome verteilen.« Unter der Parole »Volkstod stoppen!« widmen sich zahlreiche extrem rechte Kampagnen der letzten Jahre dem Thema des demographischen Wandels. Nicht die Geburtenraten allgemein erfahren hier die Aufmerksamkeit, sondern die Frage, wer in Deutschland Kinder bekommt. Der völkischen Politik geht es darum, mehr ›deutsche‹ Kinder in tradiert heteronormativen Verhältnissen aufwachsen zu sehen. Als »ausgewählte Deutsche« werden »Bundestagsabgeordnete, Minister und Ausländerlobbyisten, die sich in der Vergangenheit besonders durch ihre volksfeindliche Heimatabwicklungspolitik hervorgetan haben« adressiert. Die Familienpolitik dient hier als willkommenes Moment, »Multikulti« – also die Vorstellung der Mischung in sich homogen konstruierter Kulturen – als das Feindbild der extremen Rechten aufund anzugreifen.

Dagegen sind es vor allem Frauen wie die Berliner NPD- und RNF-Politikerin Maria Fank sowie die RNF-Bundesvorsitzende Sigrid Schüssler, die sich als Mütter und Fürsprecherinnen der Familien inszenieren, indem sie die immer selben Forderungen der NPD vortragen. Diese lassen sich in wenigen Sätzen zusammenfassen: eine Erhöhung des Kindergelds für alle »deutschen« Kinder, ein sozialversi-

1| vgl.: Rechter Rand: Lang 2013.



Foto: youtube.de



Bild: Bundesarchiv, Bild 146-1973-010-31 / CC-BY-SA

»Familie« als völkischer Bezugspunkt für Neonazis und Nazis: [1] Ein Kinderfest der NPD in Stralsund und [2] eine Abbbildung aus dem SS-Leitheft.

cherungspflichtiges Müttergehalt – »das selbstverständlich nur an deutsche Mütter ausgezahlt wird« – sowie einen Ehekredit, der mit der Geburt des dritten Kindes als abgezahlt gilt. Die aufgeführten Leistungen sind Teil eines »Fördersystem[s], das ausschließlich deutschen Familien und Kindern zugute kommen darf«. Ziel der Geburtenfördernden Politik der NPD ist es nicht, ein familienfreundliches Klima für alle in Deutschland lebenden Menschen zu schaffen. Ziel ist es, junge deutsche Frauen zum Gebären möglichst zahlreicher Kinder anzuhalten – ganz im Sinne der nationalsozialistischen Lebensborn-Ideologie »ein Kind für den Führer«.

»Beziehungen der Beliebigkeit«

Offener als zuvor – und offensichtlich durch die internationale Debatte um die rechtliche Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften angeschoben – polemisieren NPD und RNF derzeit offen gegen die Anerkennung nicht-heterosexueller Lebensweisen. So fordert der Ring Nationaler Frauen in einem Aufruf zur »Wortergreifung deutscher Frauen« aus dem August 2013 ohne einen erkennbaren Zusammenhang die »Abschaffung des Christopher-Street-Days« und stilisiert damit die bloße Sichtbarkeit von Homosexualität in der Öffentlichkeit zur Gefahr für die völkische Ordnung. Dezidiert markiert die NPD »[d]ie auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau (...) [als] die einzige Familienform, die Förderung und besonderen staatlichen Schutz verdient, denn nur in ihr können Kinder geboren werden.« In dem Zuge, wie nicht-heterosexuellen Partnerschaften die Fähigkeit abgesprochen wird, Kinder zu bekommen und diese aufzuziehen, setzen sie sich in der völkischen Denke gleichsam dem Vorwurf aus, sich der Verantwortung für den Fortbestand des deutschen Volkes zu entziehen.

Und dahinter steckt noch mehr: unter dem Vorwurf der »Beliebigkeit« von Beziehungsformen und Bindungsmodellen delegitimiert völkische Familienpolitik all jene Beziehungsmodelle, die nicht der Norm der heterosexuellen Kleinfamilie aus Vater, Mutter, Kind entsprechen. Gitta Schüßler, familienpolitische Sprecherin der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und Vorstandsmitglied des RNF, erklärt anlässlich des weitgehend unbekannten Internationalen Tages der Familie am 15.05.2012: »Im Gegensatz aber zu anderen Parteien (...) erscheint es uns nicht sinnvoll, sogenannten ›modernen Familienformen‹ hinterherzuhecheln, schwulen Minderheiten Adoptionsrechte einzuräumen und ganz allgemein ›Beziehungen der Beliebigkeit‹ unter dem Deckmantel der ›Moderne‹ zu propagieren.« Die heterosexuelle Kleinfamilie als kleinste Zelle der angestrebten Volksgemeinschaft garantiert in der völkischen Ordnungsvorstellung das Zusammenspiel der Geschlechter. Männern und Frauen kommt qua Geschlecht die Verantwortung für einen jeweiligen Teilbereich zu: Männer sind demnach für die Gestaltung des öffentlichen Lebens – der Politik – und die Verteidigung des Vaterlandes gegen etwaige Feinde zuständig; Frauen gebären und erziehen die Kinder und sorgen für den sozialen Zusammenhalt der völkischen Gemeinschaft. Die Rollenaufteilung wird mit Hinweis auf die »natürliche«, qua Biologie bestimmte Ordnung der Geschlechter argumentiert. Allein die Vorstellung eines sozial hergestellten Geschlechtes – Gender – stellt diese Ordnung in Frage und wird in der extremen Rechten demnach flügelübergreifend abgelehnt. In dem Maße, wie sich gesamtgesellschaftliche Geschlechterverhältnisse modernisieren, hält völkische (Familien-) Politik dagegen und unternimmt den Versuch der (Re-) Stabilisierung tradierter Verhältnisse. In der aktuellen Debatte um die rechtliche Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften mit der bürgerlichen Ehe erhoffen sich NPD und RNF offenbar die Möglichkeit der Teilhabe an gesamtgesellschaftlichen Diskursen – was ihnen bisher jedoch nicht gelingt. ■

Homophobie im Rechtspopulismus*

»Und dieser schwule Iditot [sic!] Volker Beck soll mir bloß aus dem Weg gehen«, twitterte mutmaßlich Pro Köln-Chef Markus Beisicht, nachdem ein Aufmarsch seiner Partei im November 2011 von Gegendemonstrant_innen blockiert wurde.

Yves Müller

Homophobie ist ein zentraler Bestandteil rechtspopulistischer Ideologie. Grundsätzlich positionieren sich rechtspopulistische Parteien in ihren offiziellen Programmatiken konservativ, berufen sich auf eine christliche Wertemoral und propagieren ein heteronormatives Geschlechter- und Familienmodell. Für die Alternative für Deutschland (AfD) ist die Familie die »Keimzelle der Gesellschaft«. Homophobie wird zwar selten offen geäußert, ist aber im heteronormativen Grundgerüst enthalten. Rechtspopulistische Parteien, die sich gegen Gender Mainstreaming oder die Legalisierung von Abtreibungen wenden, sind auch immer homophob. Es scheint, als vermuten sie hinter der Homosexualität eine Art »Verschwörung«, die das »Wir« – »Volk«, »Familie«, »Gemeinschaft« – zerstören soll. Und hier wird klar: Man fürchtet die »zersetzenden« Auswirkungen der Emanzipation von Schwulen und Lesben. Anlässlich des Welt-AIDS-Tages 2008 mutmaßte der fundamentalistische Pro Köln-Arbeitskreis »Christen pro Köln« über den »möglichen Zusammenhang« einer hohen Infektionsrate in der Domstadt mit der angeblich ausufernden Förderung von Homosexuellen. Über den Topos »Krankheit« wird eine physische »Bedrohung« suggeriert, die gerade daher rührt, dass Homosexualität eben nicht physisch wahrnehmbar ist – und gerade so hegemoniale Männlichkeit infrage stellt. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Durch die Markierung des Homosexuellen wird die eigene heterosexuelle Männlichkeit konstruiert.

Die rechtspopulistische Männlichkeitskonstruktion spricht den »kleinen Mann« an und gibt ihm das Gefühl, einer Anti-Political-Correctness-Elite anzugehören. Folglich weckt die Performance rechtspopulistischer Männer Assoziationen und möchte Glauben machen: wir hätten es mit einem einfachen Bürger zu tun – »wie du und ich« –, der »jetzt endlich mal« ausspricht, was sowieso alle denken würden.

Und trotzdem versuchen sich rechtspopulistische Kräfte immer wieder als Sprachrohr von Schwulen und



[1] Website der Demokratischen Schwul/Lesbischen Partei. (Bild: Screenshot vom 11. September 2013).



[1] Transparent von Pro Köln am Rande des CSD am 7. Juli 2013.

(Bild: Website von Pro Köln, Screenshot vom 11.09.13.).

Lesben in Szene zu setzen. Im Dienste des antimuslimischen Rassismus werden Homosexuelle zu bloßen Opfern migrantischer Jugendlicher degradiert. Auch die inzwischen kaum mehr wahrnehmbare Partei »Die Freiheit« hatte sich dem Kampf gegen Homophobie verschrieben. Schwule und Lesben würden Opfer »aufgehetzter Muslime«. Der »Islam« wird als Ursache von Homophobie unter Menschen mit sog. türkischem oder arabischem »Migrationshintergrund« ausgemacht. Diese Exklusion von Homophobie auf den »Anderen« ist rassistisch und homophob zugleich, wird doch der Normalzustand einer homophoben und sexistischen Gesellschaft auf ganz bestimmte ethnisch und religiös definierte Gruppen ausgelagert. Über die Folie des eigenen Kampfes gegen Homophobie kann sich der Rechtspopulismus als Verteidiger »westlicher Werte«, von Aufklärung und Emanzipation darstellen und »die Muslime« als homosexuellenfeindlich markieren.

Da wundert es nicht, dass mit Michael Gabel ein Vertreter von Pro Köln, in der Stadtarbeitsgemeinschaft »Lesben, Schwule und Transgender« sitzt und in dieser Funktion für den rechtspopulistischen »Marsch für die Freiheit« vom Mai 2011 warb. In diesem Jahr versuchte Gabel einen eigenen Wagen für den CSD anzumelden. Der Versuch scheiterte am öffentlichen Aufruhr und der Umzug durch die Rheinmetropole am 7. Juli 2013 fand ohne die Rechtspopulist_innen statt. Auch die AfD hat Schwule und Lesben als potentielle Wähler_innen entdeckt. Sie ist nach eigener Aussage auf »dem schwul-lesbischen Motzstraßenfest in Berlin [...] sehr positiv aufgenommen worden.« Bei den Europawahlen im kommenden Jahr möchte die Demokratische Schwul/Lesbische Partei (DSLP) antreten, deren Vorsitzender Thomas Mosmann zuvor mit der NPD sympathisiert haben soll. Während Gleichstellungsforderungen im, inzwischen von der Homepage entfernten Parteiprogramm kaum eine Rolle spielten, waren genuin rechtspopulistische Themen, wie die Begrenzung von Moscheebauten oder die Bekämpfung von »Parallelgesellschaften« vertreten.

Der Blick nach Österreich (Jörg Haider) und in die Niederlande (Pim Fortuyn) zeigt, dass die Homosexualität von Funktionsträgern in rechtspopulistischen Formationen durchaus geduldet wird, solange die betreffende Person keine explizite »Homo-Politik« betreibt und nicht zuletzt die Anforderungen einer charismatischen Führungsfigur erfüllt. Auch Haider hat die antihomosexuelle Politik der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) stets mitgetragen. Und trotzdem: Steht Homosexualität im Neonazismus tendenziell immer im Ruf, die »Volksgemeinschaft« zu zerstören, kann ein sich auf »westliche Werte« und Gleichberechtigung berufender Rechtspopulismus auch Homosexuelle integrieren. Dezidiert rechtslibertären und auf städtische Milieus ausgerichteten rechtspopulistischen Parteien fällt dies augenscheinlich leichter, als wertkonservativen Strömungen. Kurz gesagt: Die Positionierung zum Thema Homosexualität hängt auch davon ab, ob Begriffe wie »Freiheit« und »Aufklärung« oder eben »Familie« und »Heimat« zentral sind.

Das Verhältnis des Rechtspopulismus zu Homosexualität bleibt widersprüchlich. Homosexuelle werden immer wieder instrumentalisiert, um gegen »den Islam« und »die Muslime« zu hetzen. Auch wenn sich manche weiße Schwule bestätigt fühlen könnten, darf die Instrumentalisierung von Schwulen und Lesben als passive Opfer nicht mit Emanzipation verwechselt werden. Die neu entdeckte Homosexuellenfreundlichkeit der Rechtspopulist_innen ist keine. ■

1| Twitteraccount »Markus Beisicht @ ProKoeln« vom 19.11.2011, Fehler im Original.

2| »Schwulenfreie Zonen bald auch in Berlin?«, Flugblatt der Partei Die Freiheit von 2011.

3| Pressemitteilung vom 19. Juni 2013.

* Der Artikel ist eine gekürzte und aktualisierte Version des Aufsatzes Männliche Homosexualität und Homophobie im deutschen und österreichischen Rechtspopulismus, in: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hrsg.): Rechtspopulismus in der Europäischen Union, Hamburg 2012, S. 79–97.

Vom Kamerad zum Member?



Heß-Gedenkdemonstration 2004 in Wunsiedel: Stelldichein alter Kameraden aus dem Blood & Honour-Milieu
[1] Dirk H. (ehem. B&H Nord-Brandenburg), [2] Stefan Rietz (ehem. B&H Nord-Brandenburg), [3] Hannes Franke (ehem. B&H Hildesheim), [4] Sascha Braumann (ehem. B&H Magdeburg), [5] Holger M. (ehem. B&H Magdeburg), [9] Mirko S. (ehem. B&H Hildesheim).
Ebenfalls anwesend: [8] Thomas Düwell und [6] Ingolf W. (Chemnitz) der im selben Haus wohnte wie das untergetauchte NSU-Trio.
[7] Marc-Oliver Matuszewski (Hannover, mit Kamera) zählt zum engeren Kameradenkreis des mutmaßlichen NSU-Unterstützers Holger Gerlach.

Blood & Honour trifft die Hells Angels auf der »Nordachse«

Die Entwicklung der Strukturen des im Jahr 2000 verbotenen Netzwerkes von Blood & Honour (B&H) lässt sich auch für Rostock und Umgebung nachzeichnen. Bereits vor dem Verbot von B&H orientierten sich einige Mitglieder der Sektion Mecklenburg hin zum Rotlicht- und Rockermilieu. (Ehemalige) Aktive von B&H in Rostock, Hildesheim und dem Raum Magdeburg bilden bis heute ein Netzwerk mit hoher personeller Kontinuität. Dessen Spur führt seit nunmehr 15 Jahren in Wehrsportgruppen, in die völkische Artgemeinschaft, ins Tattoo-Business, in die Rockergruppe Hells Angels und das mutmaßliche Unterstützungsumfeld des NSU.

Die »Nordachse« von Blood & Honour

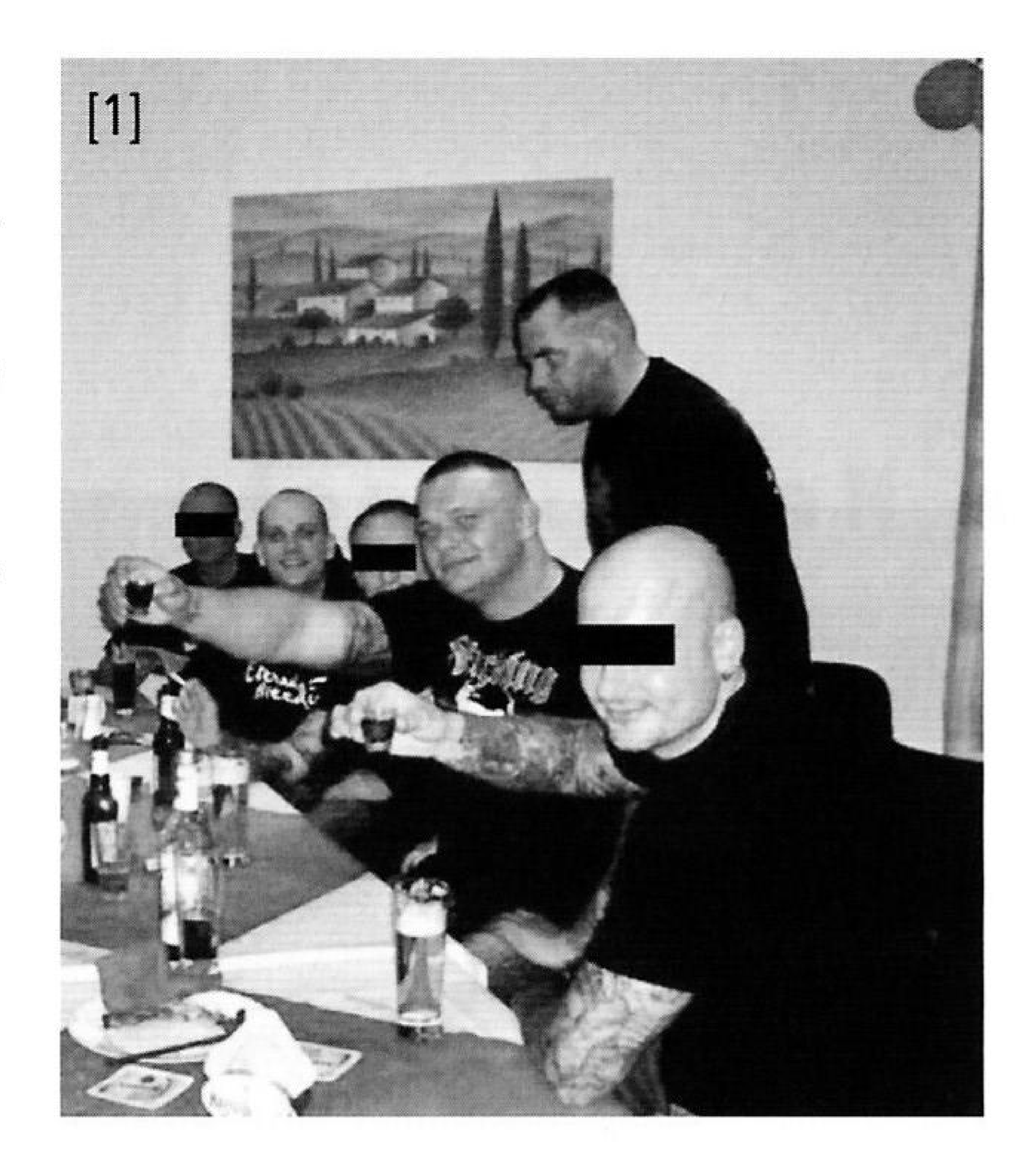
AktivistInnen der ersten Stunde des 1995 gegründeten B&H-Netzwerkes kamen auch aus Rostock. Schon 1995 erschienen Oliver D. (in einem B&H-Shirt) und Anke Z. mit Gefolge auf einer Rudolf-Heß-Demonstration im dänischen Roskilde. Die beiden sollten die folgenden Jahre gemeinsam die Sektion Mecklenburg anführen. Diese galt innerhalb von B&H als eine Gruppe fanatischer NS-AnhängerInnen, für die politische Aktionen stets Vorrang hatten. 1998 waren die Zerfallserscheinungen der deutschen B&H-Division unübersehbar. Die in Berlin ansässige Führung setzte auf Wachstum um jeden Preis, um die völlige Kontrolle des Rechtsrock-Business in Deutschland zu erlangen. Der elitäre Charakter der Organisation weichte auf. Viele BetreiberInnen von B&H-Labels und Versänden arbeiten längst auf eigene Rechnung und standen in Konkurrenz zueinander. Insbesondere AktivistInnen der einflussreichen Hildesheimer Gruppe um Hannes Franke versuchten dem entgegen zu wirken. Sie interpretierten B&H als politische Kampfgemeinschaft und nicht ausschließlich als Label für das Rechtsrock-Business. Vor allem auf Initiative der Hildesheimer wurde eine politische Organisationsleitung von B&H-Deutschland installiert und ein 25-Punkte-Programm als politischer Leitfaden entwickelt. Doch auch dadurch ließ sich die Entwicklung nicht aufhalten und so bildete sich im Norden Deutschlands ein eigenes Netzwerk heraus, das sich der Bundesführung und anderen Sektionen entkoppelte – die sogenannte »Nordachse« oder »Nordallianz«, der neben der Hildesheimer Struktur vor allem (ehemalige) Aktive von B&H aus dem Raum Magdeburg, aus Rostock und der ehemaligen Sektion Nordbrandenburg angehörten.

Die Wehrsportgruppen

Noch zu B&H-Zeiten entstand im Kreis der niedersächsischen Sektion die »Combat & Survival Warrior School«, für die in den vergangenen Jahren der ehemals B&H-Aktive Marcel Ulrich stand. Spätestens 2004 folgte die Gründung der »Schule für Überlebenstraining«, geleitet vom ehemals B&H-Aktiven Johannes Knoch, der seit den 1990er Jahren mit Hannes Franke als unzertrennlich erscheinendes Duo auftritt. Mehrfach haben das AIB und andere Medien über die Umtriebe dieser Wehrsportschulen berichtet.[1] Zum Angebot von Combat and Survival zählte u.a. eine Scharfschützenausbildung. Die Übungen fanden teils auf einem Truppenübungsplatz bei Munster (Lüneburger Heide) statt, wo Knoch jahrelang das Ladengeschäft »Dezentral« betrieb, das militärische Ausrüstung anbot und 2012 Insolvenz anmeldete. An den Trainings nahmen Neonazis aus Nah und Fern teil: (Ehemalige) B&H-AktivistInnen aus Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Rostock - unter ihnen auch Thomas Düwell. Der 1982 in Rostock geborene Thomas Düwell gehörte aufgrund seiner Jugend nicht dem engeren Kreis des »alten« B&H an. Sein →

[1] Treffen »alter« B&H-Kameraden, ca. 2008: v.l.n.r: Holger M. und Sascha Braumann (beide ehem. B&H Magdeburg), Marc B. (ehem. B&H Hildesheim), Thomas Düwell und Mirko S. (ehem. B&H Hildesheim); stehend: Hannes Franke

[2] v.l.n.r.: Thomas Düwell, Hannes Franke (Im 81-Shirt), Stefan Rietz (ehem. B&H Nord-Brandenburg), Mirko S.





Einstieg in die Szene geschah um 1999, als er im Alter von 17 Jahren an einer regionalen Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltung teilnahm. Er erlangte – wohl nicht zuletzt durch seine Partnerschaft mit Anke Z. – Anfang der 2000er Jahre im harten Kern des norddeutschen Post-B&H schnell Reputation. 2008 war Düwell Mitarbeiter des NPD-Landtagsabgeordneten Raimund Borrmann; in der zweiten Legislaturperiode der NPD besetzt er keinen Posten mehr.

Ein Bild eines Combat and Survival-»Lehrgangs« aus dem Jahre 2002 zeigt neun Personen mit Marschgepäck und in Kampfanzügen. Neben Düwell sind auch Knoch, Ulrich, der ehemalige Magdeburger B&H-Funktionär Sascha Braumann sowie Thomas B. und Marc B., beide aus der »alten« Hildesheimer B&H-Truppe von Hannes Franke, zu sehen. Im selben Jahr wurden gegen Teilnehmende eines »Lehrgangs« von Knoch Ermittlungen wegen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz eingeleitet und ein Angeklagter verurteilt. Auch hatte die Polizei 2002 nach einem »Lehrgang« dieser Gruppe in einem Waldstück Munition für ein G3-Gewehr sowie Einschusslöcher festgestellt.

Viele Fragen bleiben ungeklärt: Geschah die Gründung dieser »Schulen«, um militanten Neonazis ein legales Dach für paramilitärische Ausbildung zu schaffen und diese an scharfen Waffen auszubilden? Oder wollte der ehemalige Bundeswehrsoldat Knoch, der in den 1990er Jahren auch an Kampfhandlungen in Südafrika beteiligt gewesen sein soll, mit seiner Passion nunmehr Geld verdienen, wobei ihm die Kameraden von B&H und nachfolgend auch von neonazistischen Kameradschaften als Kunden und Kompagnons (beispielsweise als Ausbilder) nützlich waren? Noch viel drängender ist die Frage, warum die Behörden nie ernsthaft gegen diese Truppen vorgingen, obgleich sie unzweifelhaft wussten, dass dort auch mit scharfen Waffen trainiert wurde.

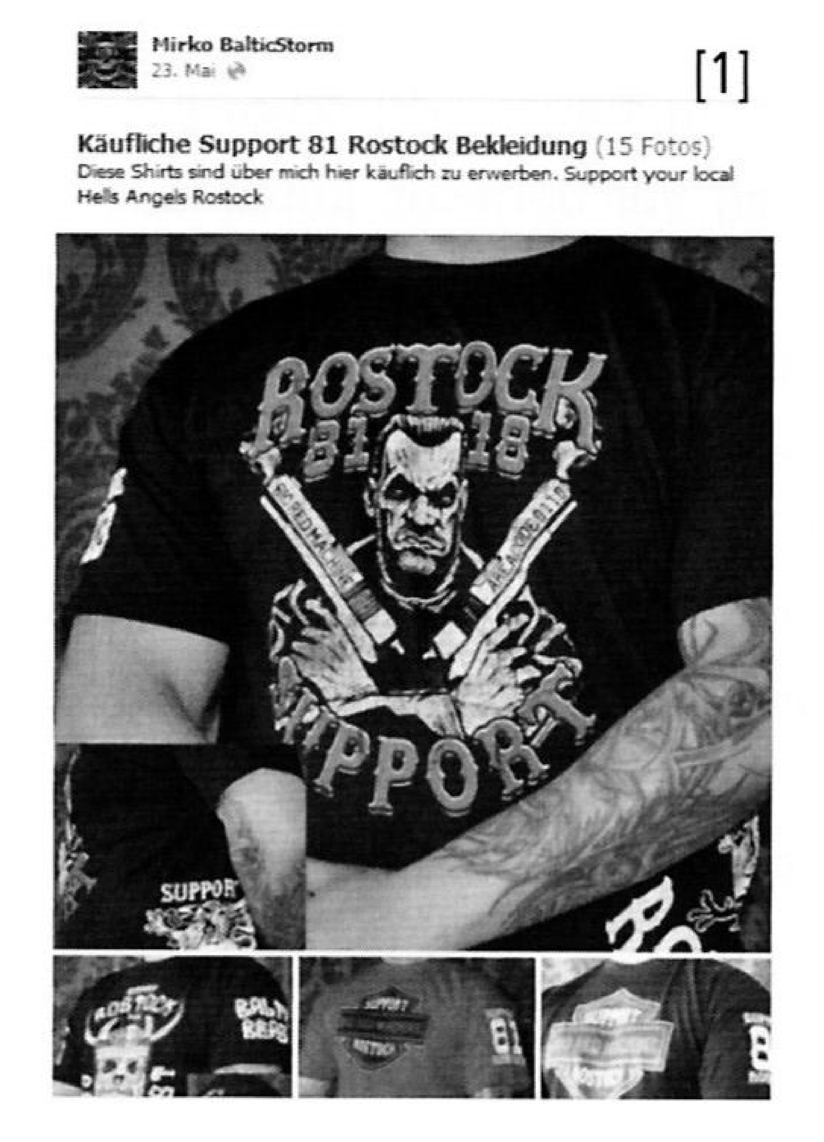
Die Nachfolge von Blood & Honour

Am 16. Juni 2001 kam es zu einem konspirativen Treffen ehemaliger B&H-Angehöriger in der Magdeburger Gaststätte »Zur Tafelrunde«, die Knoch angemietet hatte. Die ca. 40 Teilnehmenden kamen aus Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Niedersachsen und Franken. Die Polizei sah dies als Strategietreffen an, auf dem die zukünftige Entwicklung von B&H nach dem Verbot beratschlagt worden sein soll. Teilnehmende dieses Treffens hatten bereits Konzerte organisiert, die nach dem Verbot von B&H unter dem Label von B&H stattgefunden hatten. Die Ermittlungen der Polizei wegen Weiterführung einer verbotenen Organisation führten 2008 zu einer Verurteilung in Halle an der Saale.[2] Angeklagt und verurteilt wurden: Knoch, Franke, Braumann, Anke Z. aus Rostock sowie der spätere NPD-Funktionär Stefan Rietz[3], ein ehemaliger Funktionär der B&H-Sektion Nord-Brandenburg. Anke Z. und Knoch wurden für schuldig befunden, 2001 an der Organisation eines »Ian Stuart Memorial-Konzerts« im niedersächsischen Tostedt, bei dem auch die Rostocker B&H-Band »Nordmacht« auftrat, beteiligt gewesen zu sein. Das Gericht wertete dies als B&H-Nachfolge-Aktivität. An allen Prozesstagen in Halle/Saale wurde Z. von Thomas Düwell begleitet.

Anke Z. war eine gestandene Person im bundesweiten B&H-Netzwerk. Sie galt in den 1990ern als eine der führenden Köpfe der Sektion Mecklenburg und nahm eine außergewöhnliche Rolle in der B&H-Männerwelt ein, die Frauen in der Regel nicht einmal als Mitglieder zuließ. Auch soll sie zeitweise Schatzmeisterin des bundesweiten B&H gewesen sein. Unter ihrem Spitznamen »Zappi« verfasste sie in den 1990er Jahren in B&H-Magazinen Artikel, bedankte sich u.a. im August 1999 bei Kameradschaften, Freien Nationalisten und der B&H-Sektion Berlin für deren Teilnahme an einer Rudolf Heß-Gedenkveranstaltung in Mecklenburg-Vorpommern. Davor war sie bereits aufgefallen, als sie mit anderen späteren B&H-AktivistInnen an einer Schießübung in Rostock teilnahm.

Trotz der Ermittlungen, die 2001 anliefen, war die Mehrheit der Akti-

1| www.antifainfoblatt.de/artikel/von-%C2%BBblood-honour%C2%AB-zu-%C2%BBcombat-survival%C2%AB
2| www.antifainfoblatt.de/artikel/blood-honour-%E2%80%93-kurzer-prozess-halle
3| www.antifainfoblatt.de/artikel/auf-der-stelle-treten-stagnation-bei-der-brandenburger-npd
4| www.antifainfoblatt.de/artikel/die-%C2%BBvandalen%C2%AB-%E2%80%93-neonazis-mit-%C2%BBrocker%C2%AB-habitus
5| www.antifainfoblatt.de/artikel/ein-neonazi-attentat-und-die-ignoranz-der-beh%C3%B6rden
6| www.antifainfoblatt.de/artikel/mischszenen-hannover





[1] Screenshot von »Hells Angels« -Merchandise »Rostock 81 – 18 Support« der von Mirko Appelt vertrieben wurde (Mirko Balticstorm bei FB).

[2] 1.v.l. hinten Johannes Knoch, , 3.vl Marcel Ullrich, 3. v.r. Marc B., 2.v.r. hinten Thomas Düwell, unten links Sascha Braumann bei einem Combat & Survival Training 2002.

vistInnen der »Nordachse« weiterhin bemüht, politisch aktiv zu bleiben. Um Hannes Franke entstand eine Kameradschaft in Hildesheim, in Rostock um »alte« B&H-Exponenten die Aktionsgruppe Rostock. Als 2002 die Berliner Neonazigruppe »Ariogermanische Kampfgemeinschaft – Vandalen«[4] ihr 20-jähriges Bestehen feierte, zählten Franke, Düwell, Anke Z. und weitere Rostocker B&H'lerInnen zu den Gästen – ebenso Maik Eminger, Bruder von Andre Eminger, einem Angeklagten im NSU-Prozess. Zu dieser Zeit wohnte Maik Eminger noch im sächsischen Erzgebirge. Kurz darauf zog er in die Nähe von Hildesheim und tauchte im Kreis der Kameradschaft Hildesheim auf.

Auf größeren neonazistischen Demonstrationen, beispielsweise im bayerischen Wunsiedel (2003 und 2004) sowie in Magdeburg (2005), lässt sich eine Gruppe erkennen, die stets zusammen lief. Zu dieser Gruppe gehörte Franke und Düwell sowie andere ehemals B&H-Aktive. Auch der mutmaßliche NSU-Helfer Holger Gerlach taucht in Wunsiedel 2003 und Magdeburg 2005 in diesem Kreis auf. Ihn hatte es bereits Ende der 1990er Jahre von Jena nach Hannover verschlagen, wo er sich in der Kameradschaftsszene bewegte.

Die Artgemeinschaft

Nicht nur über Wehrsport und Demonstrationen blieben die ExponentInnen der »Nordachse« miteinander verbunden. Spätestens 2001 war klar, dass man den »alten« Kreis nicht in gewohntem Rahmen zusammenhalten konnte. Kleinere, private Zusammenkünfte waren kein Ersatz. Man brauchte die Gemeinschaft um sich zu präsentieren, sich ideologisch zu vergewissern und um Kontakte zu pflegen.

In den Folgejahren erschienen die »üblichen Verdächtigen« der »Nordachse« mehr oder weniger vollzählig auf den Treffen der Artgemeinschaft im Ausflug- und Ferienhotel Hufhaus/ Harzhöhe in Ilfeld. Dort trafen sie einen exklusiven Kreis von bis zu 300 Neonazis: Altgediente Szene-Eminenzen mit ihren Familien, militante AktivistInnen der frühen 1990er Jahre aus der »Nationalistischen Front« und dem »Weißen Arischen Widerstand«, oder auch Stephan Günther aus Dänemark aus dem Combat 18-Milieu.[5] Die »Artgemeinschaft – Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung« wurde von 1989 bis 2009 von dem mittlerweile verstorbenen Jürgen Rieger angeführt (vgl. Seite 24–25).

Das Programm dieser Treffen bot eine NS-Inszenierung und Raum für private und politische Gespräche. Dabei waren u.a. Anke Z., Düwell, Stefan Rietz, Sascha Braumann und seine umtriebige Lebensgefährtin Ivette S. aus Magdeburg. Hannes Franke kam mit seiner Entourage, auch die Brüder Maik und Andre Eminger fanden sich in diesem Kreis ein. Aktive anderer B&H-Sektionen, beispielsweise aus Thüringen und Sachsen, fehlten komplett.

Das Rockermilieu

Der Rocker-Lifestyle, insbesondere der der Hells Angels, hat nicht nur für die norddeutschen B&H-AktivistInnen eine besondere Anziehungskraft. Hier fanden sie gewohnte Rahmenbedingungen. B&H, wie auch das Rockermilieu, betonen mit ihrem Lifestyle gleichermaßen Männlichkeit und Kameradschaft und präsentieren sich als Männerrackets. Zudem kann das Geschäft im Rockermilieu für den Einzelnen mitunter lukrativer sein als das neonazistische Musikgeschäft.

Die Hells Angels weisen in einzelnen Regionen Deutschlands eine hohe Dichte von (ehemaligen) B&H-Aktiven auf. Von besonderem Interesse ist das Charter Rostock. Dort finden sich eine Reihe »Fullmembers«, die im Kreis von B&H eine Rolle spielten: Knoch, Franke, Mirko Appelt sowie Thomas Düwell als einziger gebürtiger Rostocker. Interessant ist, dass die Niedersachsen Franke und Knoch Mitglieder des Rostocker Charters sind, was die Vermutung nährt, dass die beiden, die sich bereits ab Mitte der 2000er den Hannoveraner Hells Angels angeschlossen hatten[6], wohl zur Unterstützung, wenn nicht gar zum Aufbau des Charters nach Rostock geschickt wurden und dort auf »bewährtes« Personal zu- →

7| Vgl. BNR, 21.12.2012: »Bruderschaft mit braunen Flecken«.
8| www.antifainfoblatt.de/artikel/combat-18-pinneberg.
9| BNR, 22.05.13: »Die ›Macher‹ im Netzwerk«.



[1] Die beiden Rostocker Neonazis und ehemaligen »Blood & Honour«-Aktivisten Anke Z. (Mitte) und Oliver D. (rechts) beteiligten sich 1995 an einem NS-verherrlichenden »Heß-Gedenkmarsch« im dänischen Roskilde.

rückgriffen. Knoch zeigte sich dort öffentlich als Betreuer des Hells Angels Merchandise-Standes bei Tattoo-Conventions. Marcel Ulrich von Combat and Survival verblieb bei den Hells Angels in Hannover; 2008 wurde er dort als Mitgliedsanwärter aufgenommen.

Mirko Appelt aus Ahrendsee (Sachsen-Anhalt) ist ehemaliger Anführer des Selbstschutz Sachsen-Anhalt (SS-SA, auch: Selbstschutz Deutschland), der seit den 1990ern zum harten Kern der militanten Neonaziszene in Deutschland zählte und Security-Kräfte und Ordner bei neonazistischen Veranstaltungen stellte. Auch Angehörige der SS-SA ließen sich von Knoch paramilitärisch ausbilden. Ein Bild eines Combat and Survival-Lehrgangs bei Chemnitz zeigt einen Magdeburger Neonazi, der einen vermeintlich Verletzten birgt und dabei eine Jacke mit dem Logo des Selbstschutz trägt (vgl. AIB Nr. 65). Schon aus SS-SA-Zeiten sind Appelt und Thomas Düwell miteinander bekannt, um 2004 traten beide als Ordner auf einer Neonazidemonstration im brandenburgischen Halbe auf. 2010 zeigten sie sich zusammen, nun in Rocker-Kutten, auf der Beerdigung eines Hells Angels-Mitglieds in Bremen. Bei den Rostocker Hells Angels ist Appelt für die Organisierung der lokalen Tattoo-Convention und dem Vertrieb von Merchandise des Charters zuständig. Dieses Merchandise wies in jüngster Vergangenheit einen zweideutigen Bezug auf. So wurden T-Shirts mit der Aufschrift »Rostock 81 / 18 Support« beworben. Die 81 steht hier für den achten und ersten Buchstaben des Alphabets (HA = Hells Angels) während die 18 gemeinhin für den in der Neonazi-Szene beliebten Zahlencode für »Adolf Hitler« steht, jedoch auch als Anspielung auf die Postleitzahl von Rostock gedeutet werden kann.[7]

Um die Rostocker Hells Angels besteht neben den paramilitärischen »Schulen« und dem Hells-Angels-Merchandising ein Geflecht unterschiedlicher und wechselnder Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen. Einzelne Unternehmen wurden zu den Hells Angels »mitgenommen«, andere neu gegründet. Hier nur ein kurzer und unvollständiger Überblick: Knoch betreibt in Hildesheim ein Inkasso-Unternehmen und das Tattoo-Studio »Last Resort«. Düwell versuchte sich in den vergangenen Jahren als Geschäftsmann für Kosmetikprodukte über den Onlineshop »Creme de luxe« und für »Erotische Clips und Filme aller Art« über das Internetportal »tho-ha«. Für beide Firmen gibt er eine Adresse in Munster an. In derselben Straße, im Nachbarhaus, betreibt Franke den Tattoo-Laden »Bulletproof« und dort war bis 2012 auch der Sitz des Militär-Fachgeschäftes »Dezentral« von Knoch.

Die Tattooläden in Munster und Hildesheim sind erkennbar eng vernetzt mit dem Tattoo-Laden »Crime Art Connection« in Rostock-Toitenwinkel. Bilder zeigen den Personenkreis um Franke bei Parties von »Crime Art Connection« und umgekehrt den Personenkreis von »Crime Art Connection« bei Franke. Der Rostocker Laden wird nach außen von Mirko Appelt und seiner Partnerin Julia B. vertreten.

Auf einer Internetpräsenz eines in der Rocker- und Neonaziszene beliebten Anwalts aus dem Rostocker Umland wurde kürzlich bekannt gegeben. »Ich darf Euch nunmehr darüber informieren, dass ich gerade das Innenministerium MV sowie das LKA MV per Fax, per Mail und telefonisch auftragsgemäß darüber informiert habe, dass sich der Hells Angels MC Rostock am 14.07.2013 mit sofortiger Wirkung aufgelöst hat«. Nach neuesten Informationen konzentrieren sich die Hells Angels nach Vorpommern, wo es in letzter Zeit wiederholt zu Auseinandersetzungen mit Mitgliedern der verfeindeten Rocker-Gruppe Bandidos

gekommen ist. Derzeit kommen sie auch in befreundeten Clubs unter.

Die Recherchen der letzten Jahre belegen ein eng geknüpftes soziales, politisches und geschäftliches Netzwerk, aus dem Thomas Düwell und Hannes Franke hervorragen. Man feiert zusammen Partys, verbringt den »Herrentag« miteinander oder lässt sich, wie im Jahre 2010, von der Polizei beim Koksen im Hells-Angels-Clubhaus erwischen. Mehrfach dabei sind Johannes Knoch und Stefan Rietz von ehemaligen B&H-Strukturen aus Nordbrandenburg sowie Franke-Gefolgsleute wie Marc B. Bilder aus den letzten Jahren zeigen, dass alte Freundschaften offenkundig bestehen blieben, beispielsweise mit führenden Personen der Post-B&H-Strukturen in Sachsen und ehemaligen Führungspersonen der 2002 als kriminelle Vereinigung verurteilten Gruppe Combat 18 Pinneberg.[8]

Anke Z., die heute Mitinhaberin einer Firma bei Rostock ist, zeigt sich mit den oben Genannten seit Jahren seltener in der Öffentlichkeit, tauchte mit ihnen im privaten Kreis aber noch in jüngster Zeit auf.

Die Nähe zum Umfeld des NSU-Unterstützungskreis

Die Nähe zwischen Neonazis in der sogenannten »Halbwelt« und neonazistischem Terror wird beim NSU deutlich. Gerade zur Waffenbeschaffung bediente sich der NSU der Kontakte ehemaliger Aktivisten des Thüringer Heimatschutzes (THS), die bereits Ende der 1990er im Rocker- und Rotlichtmilieu etabliert waren. Ihre neonazistischen Aktivitäten hatte diese lediglich hinten an-, jedoch nie eingestellt.

Die Wahl für den Ort des Mordes 2004 in Rostock-Toitenwinkel kann kaum zufällig getroffen worden sein, so wenig einsehbar der Tatort liegt. Ebenso verhält es sich mit der Sparkassenfiliale in Stralsund, die der NSU 2006 und 2007 überfiel. Schon in den 1990er Jahren waren Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt bei den Rostockern zu Besuch. Mundlos schwärmte später in einem Brief über einen Laden in Rostock, in dem sie sich mit Waffen eindecken wollten.[9] Zudem wohnten um den Zeitraum des Mordes wenigstens zwei (ehemalige) B&H-Aktivisten in der Nähe des Tatortes. Unter ihnen ist Thomas Düwell, der bis mindestens 2002 in der elterlichen Wohnung in Sichtweite zu dem Imbiss wohnte, in dem Mehmet Turgut ermordet wurde.

Nach Informationen des Weser-Kuriers reiste der mutmaßliche NSU-Unterstützer Andre Eminger noch im August 2011 in Begleitung eines Rostocker Neonazirockers zu einem befreundeten Neonazirocker nach Niedersachsen. Wenn im weiteren Kreis eines Milieus von Waffen, Wehrsport und »Halbwelt« Personen wie Holger Gerlach, Maik und Andre Eminger erscheinen, dann alarmiert dies selbstverständlich. Doch es ist unklar, inwieweit Personen aus dem hier skizzierten Kreis des norddeutschen Post-B&H bewusst oder unbewusst in Unterstützungsleistungen für den NSU eingebunden waren.

Seit 2012 agieren Franke und Knoch unauffälliger und auch um die Hells Angels in Rostock ist es bedeutend ruhiger geworden. Hinter Scheinadressen in mehreren Städten Norddeutschlands verbergen sie ihre Existenzen und treten im Stadtbild kaum noch in Erscheinung. Vor wenigen Wochen folgte deren »offizielle« Charter-Auflösung. Ob dies vor allem im Zusammenhang mit Repressionen gegen das Charter Rostock steht, ob die Exponenten dem neu erwachten öffentlichen Interesse an den Neonazi-Rocker-Verbindungen ausweichen oder ob Einzelnen aufgrund der Ermittlungen gegen mutmaßliche NSU-Unterstützer derzeit das Pflaster zu heiß ist, darüber lässt sich nur spekulieren. Die »Nordachse« wird jedoch – in welcher Form und an welchen Orten auch immer – weiterbestehen. Von den Behörden hatten sie bislang kaum etwas zu befürchten. ■



[1] Mirko Appelt (Mitte) und Thomas Düwell (rechts) als Ordner bei einer Neonazi-Demonstration in Halbe im November 2004.

Die Artgemeinschaft: Mehr als braune Heiden

Andrea Röpke

Seit über zehn Jahren führt die »Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft« ihre Treffen ungestört in Ilfeld im Thüringer Wald nahe Nordhausen durch. Die Wanderherberge »Zum Hufhaus« (auch beworben unter Hufhaus und Harzhöhe) bietet nicht nur der bundesweit aktiven, konspirativen Heidentruppe fünf Kilometer fernab von der nächsten Ortschaft Zuflucht, sondern dort tummeln sich immer wieder auch Neonazis aus verbotenen militanten Organisationen wie »Blood & Honour« (B&H) oder der »Nationalistischen Front«.

NSU-Umfeld bei der Artgemeinschaft

Sogar einer der Angeklagten im NSU-Prozess in München, André Eminger, nahm gemeinsam mit seiner ebenfalls beschuldigten Ehefrau sowie seinem Zwillingsbruder Maik, ehemaliger Leiter des Stützpunktes der Jungen Nationaldemokraten in Potsdam, mindestens 2003 und 2004 an Zusammenkünften in Ilfeld teil. Susann Eminger, die Frau des mutmaßlichen Terrornetzwerk-Unterstützers aus Zwickau, bestellte beim Versand der »Artgemeinschaft« Kleidung oder Utensilien.

Als die »Artgemeinschaft« sich noch in der Lüneburger Heide traf, nahm 1997 auch die mutmaßliche NSU-Terroristin Beate Zschäpe an einer sogenannten Hetendorfer Tagungswoche von Jürgen Rieger teil.

Hufhaus – Tummelplatz für Neonazis

Im Schutz des Waldes traf und trifft sich braune Prominenz, darunter auch neonazistische Szenegrößen wie die früheren »B&H«-Aktivisten Stefan Rietz und Hannes Franke. Mit Stephan Günther aus Skandinavien war hier auch ein internationaler Neonazi-Kader mehrfach bei der Artgemeinschaft zu Besuch. Den Neonazi-Liedermacher Frank Rennicke habe er in diesem Jahr vom Grundstück verwiesen, berichtet der Wirt vom »Hufhaus« im Juni 2013. Er selbst habe nichts zu verbergen, sei »sowenig rechts wie links«, seine Restauration sei ein »öffentliches Haus«. In diesem Haus liegt auch die Hufhaus-Publikation »Die Hufhäuser Provakation« vom Inhaber Jacob Lotter aus. In der Ausgabe »Teil 12« war zum Thema »Befreier« u.a. zu lesen: »(...) 14 Millionen Deutsche verloren ihre Heimat, sollen diese heute und ihre Erben, den Einmarsch der Sowjetunion, die Enteignung, Vertreibung, verordnete Vergewaltigung als Befreiung empfinden? (...)« Der Wirt betonte trotzdem, er erlaube nicht, »dass Propaganda für etwas gemacht wird«, welches er, als »extremst verwerflich« erachte, »sei es für Hitler oder Nazis«. Gegen die rund 300 Gäste aus dem neonazistischen Milieu, die zur völkischen Sommersonnenwendfeier bei ihm einkehrten, scheint der Betreiber des riesigen Geländes nichts zu haben. Viele Anreisende kommen mit ihrer ganzen »Sippe« aus Bayern und Baden-Württemberg, aus Sachsen, Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Aber auch aus Österreich und dem mecklenburgischen Lalendorf stammen sie. Dort leben Petra und Marc Müller, das Paar gilt als wichtiges Bindeglied dieser Szene. Sie teilen sich ein Wohnhaus mit der »Sippe« des Artgemeinschafts-Anhängers Jan Knust (früherer Leiter der »Beschaffungsstelle« der »Wiking Jugend«), zugezogen aus dem Lahn-Dill-Kreis in Hessen.

»Kampfverband« seit 1951

Die 1951 gegründete germanisch-heidnische Truppe wurde bis 2009 von dem Neonazi-Funktionär Jürgen Rieger aus Hamburg angeführt. Nach dessen Tod übernahm der Unterfranke Axel Schunk, ehemaliger Pionier der verbotenen neonazistischen »Wiking-Jugend«, die Führung des extrem verschworenen Glaubensbundes. An zahlreichen Fahrzeugen prangt das Wappen der Artgemeinschaft: Ein nordisch-anmutender Adler, der das Symbol des Christentum, einen Fisch, in seinen Klauen trägt.

Hinter der Organisation verbirgt sich mehr als nur eine »Asatru«-benannte Homepage, Schriften und die »Nordische Zeitung«. »Die Artgemeinschaft ist kein ›Schönwetterverein‹...« hatte Rieger betont und ergänzt: »Die Artgemeinschaft ist gezwungen worden, ein Kampfverband zu sein, der um die Möglichkeiten einer artgemäßen Lebensführung kämpfen muss«. Nach außen hin möchte die »Artgemeinschaft« als neuheidnische »Religionsgemeinschaft« Anerkennung finden, spricht von eigenen naturreligiösen »Sittengesetzen« und dem vornehm-

lichen Ziel der »Wahrung, Einigung und Mehrung der germanischen Art«.

Blicke hinter die völkisch-anmutende Kulisse mit spielenden Kindern, Frauen in langen Gewändern und Männern mit messerscharfen Seitenscheiteln und zünftigen Lederhosen, werden schnell mit aggressivem Verhalten geahndet. In Ilfeld bleiben sie völlig unter sich, können Pläne schmieden und am Netzwerk knüpfen. Die Reihen der Altnazis lichten sich. Doch auffällig viele jüngere Teilnehmer haben einen militanten Background, wurden mit Waffen oder einschlägigen Straftaten in Verbindung gebracht.

Illustres Publikum

2012 fand bei einem der Anhänger der Artgemeinschaft eine Polizei-Razzia mit GSG 9-Einsatz statt. Pikanterweise war der Betroffene Bundesbeamter. Weil der Polizeihauptmeister Ralf Rogge aus Rosenheim über eine großkalibrige Waffe verfügte, gingen seine Kollegen damals mit großem Aufgebot gegen ihn vor. Sie fanden laut dem Hamburger Verfassungsschutzbericht Belege für dessen Funktion in der »Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft« sowie bei der neonazistischen »Europäischen Aktion« von Rigolf Hennig und Bernhard Schaub. Zudem sollen sich Hinweise auf eine strafbare Handlung nach dem Straftatbestand der Volksverhetzung ergeben haben.

Es ist eine heterogene braune Gesellschaft, die sich zu den einschlägigen Brauchtumsfeiern oder Gemeinschaftstagen der Artgemeinschaft einfanden und so diese heidnische Bewegung nach innen stärkten. Zu ihnen zählten u.a. Ulli Boldt aus Halbe. Der Anwalt war in der Vergangenheit den Strukturen der Berliner Neonazi-Szene zuzurechnen. Auch Dirk Bredack lebt in Halbe, stammt aber aus Görlitz. Früher engagierte er sich für die Vertriebenen-Jugendgruppe JLO als auch im NPD- »Bildungswerk für Heimat und nationale Identität«. Oder Martin B. aus Kirchberg bei Zwickau, er soll der 2009 verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) angehört haben. Langjährige Teilnehmer der Heidentruppentreffen sind auch Dietmar Sokoll (Regin Verlag) aus Plön, Horst P. aus Stockelsdorf oder der NPDler Herbert Schart aus Allstedt. 2013 reiste auch der Vertreter der Russlanddeutschen in der NPD Johann Thießen zum Hufhaus.

Ein braunes Netzwerk

Die »Artgemeinschaft« betreibt zudem ein sogenanntes »Siedlungswerk« und steht der von Marc Müller seit 2010 angeführten, scheinbar finanzkräftigen »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung« (GfbAEV) sowie der »Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation« nahe. In Trebnitz bei Halle gehört ihnen ein altes Schloss. Betreut wird das Gemäuer vom Neonazi Jens Bauer, der die Artam-Stickerei »germanische Textilveredelung« betreibt. Die Internetpräsenz der GfbAEV erscheint pseudowissenschaftlich, erst bei genauerer Betrachtung ist ein rassistischer Background zu erahnen. Bereits zu Lebzeiten von Jürgen Rieger saß Sigward Knof aus Grafrath mit im Vorstand. Er übernahm den Platz des 2009 verstorbenen Rieger. Die erste Satzung erhielt die Gesellschaft bereits 1962. Die GfbAEV verfolgt das Ziel der Förderung »lebensschützender und erbgesundheitlicher Bildungs- und Aufklärungsarbeit«, »volksgesundheitliche Familienplanung« und »Sozialhygiene«.

Jüngst wurde der »Connemara Versand« gegründet und mit ihm ein weiterer Bauernhof in Lalendorf nahe dem mecklenburgischen Güstrow erworben. Das Anwesen liegt genau gegenüber dem Grundstück der Artgemeinschafts-Anhänger Marc Müller und Jan Knust. Tatsächlich siedeln unmittelbar in der Nähe der ehemaligen Artamanen-Dörfer Klaber und Koppelow immer mehr Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet. Sie stammen aus der NPD oder der HDJ und betreiben nebenher Kleingewerbe, Handwerksbetriebe oder Landwirtschaft. Unter ihnen ist der polizeibekannte Neonazi Lutz Giesen, dessen Lebensgefährtin vorübergehend als Geschäftsführerin des »Connemara Versandes« agierte, dann aber umgehend den Posten an Marc Müller weitergab. ■



[1] Das Hufhaus in Ilfeld ist seit Jahren Veranstaltungsort der Sonnenwendenfeier der Artgemeinschaft. Die sogenannte Queste soll eine Variante der germanischen Irminsul-Symbolik darstellen.

MMA – Neonazis im Kampfsport

In den letzten Jahren tauchte die Sportart Mixed Martial Arts (MMA) immer wieder in den Medien auf, nicht selten im Kontext mit Neonazis. Auch im AIB berichten wir regelmäßig über Kampfsportler aus dem neonazistischen Milieu. Grundlage einer präzisen Bewertung ist auch hier eine differenzierte Betrachtung der Gegebenheiten: Was genau ist eigentlich MMA? Welche Rolle spielen Neonazis tatsächlich im MMA-Sport? Und natürlich: Gibt es Widerstand gegen Neonazis in diesem Sport?

MMA vereint, vereinfacht ausgedrückt, hauptsächlich Techniken aus dem Ringen, dem Thai- und Kickboxen und dem brasilianischen Jiu-Jitsu. Meist finden die Kämpfe in einem Käfig aus Maschendraht statt, der weniger dem martialischen Image als vielmehr dem Schutz der Sportler dient und einen anderen Kampfstil erlaubt, als dies zum Beispiel ein Boxring täte. Entgegen häufiger Annahmen gibt es ein umfassendes, knapp 35 Verbote umfassendes Regelwerk. Entschieden werden die in 3x5 Minuten gegliederten Kämpfe durch eine dem Boxen ähnelnde Punktrichterbewertung, KO oder technischem KO oder die durch Abklopfen (»tappen«) signalisierte Aufgabe eines Kämpfers. Der MMA-Sport gewinnt seit nunmehr über zehn Jahren weltweit rasant an Anhänger_innen, was mit nie geahnten kommerziellen Erfolgen einhergeht. Die US-Amerikanischen Ultimate Fighting Championship (UFC) als größte MMA-Liga der Welt knackte bereits Mitte der 2000er Jahre deutlich die Hundert-Millionen-Dollar-Gewinngrenze, zählt zu den erfolgreichsten globalen Pay-Per-View-Anbietern und hat dem Boxsport in den USA an Popularität und kommerziellem Erfolg schon lange den Rang abgelaufen. Von solchen Bedingungen ist der Sport in Deutschland unzweifelhaft meilenweit entfernt und wird es mittelfristig wohl auch bleiben. Doch auch die deutsche MMA-Szene orientiert sich an der UFC, welche ihre ausverkauften Live-Events inzwischen regelmäßig auch in Europa ausrichtet.

Dass ein Kampfsport, dem das Image anhaftet, der »Härteste« seiner Art zu sein, nicht nur fortschrittliche gesellschaftliche Kräfte anzieht, ist kein Geheimnis. Auch MMA bildet hier keine Ausnahme. Hervorzuheben wäre hier der »Atheltik Klub Ultra« (AKU, AIB 68) aus dem schleswig-holsteinischen Neumünster. Der Kampfsportverein wurde vom ehemailgen Club-88-Betreiber Tim Bartling, dem ehemaligen schleswig-holsteiner NPD-Vorsitzenden Peter Borchert und einem knappen Dutzend weiterer Neonazis bereits 2002 gegründet und kann damit fast schon zu den Pionieren dieser Sportart gezählt werden. Das Schulen des NPD-Ordnerdienstes, das Veranstalten von Rechtsrock-Konzerten in den Vereinsräumen, vor allem aber die Personalien nahezu sämtlicher Gründungsmitglieder ließen nie einen Zweifel an der politischen Ausrichtung des AKU. Ein Statement des Trainers Bartling auf der Homepage des Clubs liest sich dann auch wie ein Bekenntnis, keinesfalls jedoch wie eine Distanzierung zur Neonaziszene. Bartling verklärt diese als »subkulturelle Skinheadbewegung«, mit deren Inhalten er sich »mal mehr mal weniger identifizieren [sic]«[1] könne. Seine multiethnische Schülerschaft muss hier ebenfalls als Feigenblatt herhalten, ohne jedoch ein konkretes Wort der Distanzierung zu Rassismus oder Neonazis zu verlieren. Wozu auch, spricht doch nach wie vor die aktive Teilnahme stadtbekannter aktiver Neonazis am Training für sich.

Während man in Neumünster seit jeher offen zu seiner Gesinnung steht, versucht das »First Fight Team Neubrandenburg« (FFTN, ehemals »Fightclub NB«) sich mit aufwendigen Pressekonferenzen und zahlreichen Mitteilungen auf der eigenen Homepage sowie in diversen sozialen Medien reinzuwaschen, um sich ungestört von antifaschistischer Kritik als lokaler Veranstalter von MMA-Events etablieren zu können. Offenbar wird hier ganz schlicht auf die blinde Gutgläu-

1| www.athletik-klub-ultra.de/C3%BCber-uns/%
2| www.sherdog.com/fighter/Silvio-Dahms-80181

bigkeit des Auditorium gebaut. Anders sind vollmundige Distanzierungen von Rassimus und Neonazis kaum zu erklären, entbehren sie doch offensichtlich jeder Grundlage: Die für das Image des Vereins mitverantwortlichen Neonazis Denis Tomzek und Silvio Dahms, deren Konterfei in der Vergangenheit neben Plakaten für die »Neubrandenburger Fight-Night« auch den Jahreskalender der inzwischen verbotenen »Heimattreuen Deutschen Jugend« zierten, treten weiter fleißig im Namen des FFTN bei Wettkämpfen an[2] – nur führt der Verein sie einfach nicht mehr öffentlich auf seiner Homepage auf.



Auch anderenorts gibt es immer wieder Anlässe zu Diskussionen, wenn beispielsweise einzelne Kämpfer zu Rechtsrock einlaufen oder entsprechende T-Shirts tragen. Eine der häufigsten Reaktionen der Kämpfer und deren Teams ist der Verweis auf das meist multikulturelle Trainingsumfeld, einhergehend mit der Behauptung, dieses würde doch einer neonazistischen Gesinnung widersprechen. Das dies jedoch lediglich Beleg für das diffuse und häufig mangels Trainingsalternativen von »Kompromissen« geprägte Wetlbild des jeweiligen Neonazis, nicht jedoch Entkräftung der Kritik an diesem ist, wird gerne ignoriert und ausgesessen.

Da MMA vom Deutschen Sportbund noch immer die offizielle Anerkennung verweigert wird und auch kein einheitlicher Dachverband existiert, gibt es eine Vielzahl unterschiedlichster Kleinstverbände und autarker Veranstaltungen. Dies gestaltet eine einheitliche Linie zum Umgang mit Neonazis und Sanktionierungen bei entsprechendem Verhalten nahezu unmöglich. Gerade viele kleinere Veranstaltungen lokaler Clubs im Osten Deutschlands zeigen häufig eine bittere Ignoranz und teils sogar offene Sympathie für Kämpfer, Fans und Sponsoren aus der Neonaziszene. So sind nicht nur bei der erwähnten Neubrandenburger »Fight-Night« sondern auch bei »Sachsen kämpft« und der »La Familia Fightnight« Neonazis eher die Regel als die Ausnahme. Versuche organisierter Neonazis, eigene Turniere zu etablieren, gab es mit dem »Kampfsportturnier des Nationalen Widerstands« der inzwischen verbotenen brandenburger »Spreelichter«. Diese wurden klandestin durchgeführt und fanden außerhalb der eigenen Szene keinen Anklang. Über eine Beteiligung deutscher Neonazis an der aus Russland kommenden und international agierenden Veranstaltung des neonazistischen Kampfsportausrüsters »White Rex« berichteten wir ausführlich in der letzten Ausgabe dieser Zeitung.

Doch gerade von Seiten der größeren, an kommerziellem Erfolg und seriösem Sponsoring interessierten Aktiven sind aus antifaschistischer Sicht immer häufiger erfreuliche Trends zu bemerken. Das wohl am professionellsten geführte deutsche MMA-Gym »MMA Spirit« aus Frankfurt a.M. positioniert sich in Videobotschaften offen gegen Rassimus und der Ausrüstungsversand Boxhaus vetreibt T-Shirts mit der Botschaft »Fight Racism«. Die norddeutsche »No Compromise Fighting Championship« (NCFC) forderte in einer Pressemitteilung von ihrem Publikum »gehobene Freizeitkleidung« und benannte »rassistische oder faschistische Zeichen, Bekleidungsmarken, die von entsprechenden Personen häufig getragen werden« und »Fanartikel entsprechender Bands« als eindeutige Ausschlusskriterien, welche »vor Ort rigoros« durchgesetzt würden.[3]

Die derzeit erfolgreichste deutsche Veranstaltungsreihe »Respect.FC« strich 2012 den Leipziger Benjamin Brinsa (siehe AIB 97) kurzfristig von ihrer Fightcard, nachdem die Organisatoren über dessen Verbindungen in die sächsische Neonaziszene informiert wurden. Auf Nazis habe er »absolut keinen Bock«, so Veranstalter Ben Helm damals gegenüber der taz.[4]

Dass im Juli diesen Jahres ausgrechnet die UFC nun eben diesen Brinsa unter Vertrag nahm, muss Helm und vielen Fans wie Hohn erschienen sein. In einem Interview auf Brinsas politische Heimat angesprochen gab sich UFC-Präsident Dana White erstaunt und versicherte, die Angelegenheit von einer Anwaltskanzlei überprüfen zu lassen und im Falle nachweisbarer Verbindungen zur Neonaziszene von dem Vertrag zurückzutreten. Mitte September löste die UFC den Vertrag dann wieder auf, noch vor Brinsas erstem Kampf für die Promotion. Ein erfreuliches Signal von »ganz oben«. ■

3| http://nc-fc.de/kleidungskodex-fur-ncfc-gehobene-freizeitkleidung-keine-colours-u-a/
4| www.taz.de/!89207/

Antifeministische Richtungsstreits

Über Homophobie im Maskulismus

Robert Claus

Die sog. Männerrechtsbewegung bzw. der Maskulismus hat im deutschsprachigen Raum in den vergangenen Jahren erheblichen Aufwind erfahren. Sowohl in bundesdeutschen Leitmedien[1] als auch diversen Internetforen unterliegen Frauenquoten, Frauenförderung und Gender Mainstreaming einer Diffamierung als männerdiskriminierend, wobei maskulistische AktivistInnen nicht einmal davor zurückschrecken, die Adressen anonym arbeitender Frauenhäuser zu veröffentlichen. Nicht nur die männerrechtliche und bürgerlich-konservative Organisation »Agens e.V.« aus Bremen sowie die UserInnen des Forums auf www.wgvdl.com[2] sind im Phantasma geeint, Männer als stete Opfer geschlechterpolitischer Maßnahmen zu wähnen. Darüber hinaus zeigt sich die Szenerie, die so gerne eine mobilisierungsfähige Bewegung wäre, tief zerstritten. Die Konflikte reichen von der Wahl interessenpolitischer Instrumente und der Frage nach der Mitwirkung in demokratischen Diskursen bis hin zum Gemeinschaftsziel maskulistischer Politik zwischen Männerbund und Familie. Zudem streitet man emsig darüber, wer denn als Subjekt der »Bewegung« begriffen wird. Homosexualität bildet hierbei eine der zentralen Konfliktlinien, für deren Existenz im heteronormativen Weltbild des Maskulismus nur wenig Raum bleibt.

Der Maskulismus verfolgt ein überaus traditionelles Gesellschaftsbild, welches auf einem patriarchalen Familienkonzept fußt. In maskulistischer Lesart habe der Feminismus Frauen von ihren familiären Aufgaben zugunsten von individuellen Karriereinteressen entfremdet und folglich die bürgerliche Kleinfamilie als gesellschaftliches Fundament zerstört. Um dem entgegenzuwirken, veröffentlichte »Agens« im Vorfeld der Bundestagswahlen 2013 seine Wahlprüfsteine und fragt dabei, was die Parteien unternähmen, um »Trennungs-/Scheidungsfolgen z.B. durch Information und Prävention zu reduzieren«[3]. Das Objekt dieser Familienpolitik bleibt das heterosexuelle Paar mitsamt einer traditionellen Verteilung weiblicher Reproduktionsarbeit sowie männlicher Erwerbsarbeit und Macht über familiäre Verhältnisse; homosexuelle Partnerschaften werden an keiner Stelle auch nur erwähnt. Agens geriert sich als Verfechter eines heteronormativen Gemeinwohls, was u.a. in seinem grobschlächtigen Namensslogan »Mann und Frau miteinander« hervortritt. So wird Homosexualität des Öfteren mit dem Thema Pädophilie[4] verbunden und der Entfremdung von »natürlichen Grundlagen« bezichtigt: »Der Angriff der homosexuellen Szene auf die Familie. Kein Wunder, die homosexuelle Lebensweise kann ›Normalität‹ nur erlangen über die Ideologie einer freien Geschlechtswahl. Das bedeutet die Möglichkeit, neben Mann und Frau, auch andere ›Identitäten‹ wie Homosexualität zu ›wählen‹.«[5] Somit bilden die stets heterosexuell gedachten Kategorien Mann und Frau die Basis maskulistischer Ideologie und strukturieren ihre innere Ordnung.

Jedoch sorgt die Existenz homosexueller Männer regelmäßig für kontroverse Diskussionen innerhalb der maskulistischen Community. Diese betreffen vorrangig die Partizipation schwuler Männer am Maskulismus. »Forumsuser« OpiWahnGanovi ergeht sich beispielsweise in folgendem homophoben Bedrohungsszenario: »Wenn ich weiß, dass mein Kollege rumschwuchtelt, dann werde ich ihn meiden, um mich nicht der Gefahr einer Infektion auszusetzen und nicht angegrapscht, vielleicht gar vergewaltigt zu werden.«[6] In der Verbindung von Homosexualität als sexuell deviantem Verhalten mit Krankheit und sexueller Gewalt expliziert sich die Selbstkonstruktion als gesund und wohltätig. Zudem ist der Angst, als Mann passives Objekt männlich-sexuellen Begehrens zu werden, die Abwehr von Verweiblichung immanent. Die Konstruktion des homosexuellen Mannes verortet diesen außerhalb der maskulistischen Gemeinschaft.

1| Der Spiegel agitiert seit mehreren Jahren gegen Gender Mainstreaming und Feminismus. Der Artikel »Der neue Mensch« von René Pfister 2007 stellte diesbezüglich einen traurigen Höhepunkt dar: www.spiegel.de/spiegel/a-457053.html.

2| Wgvdl ist die Abkürzung für »Wieviel Gleichberechtigung braucht das Land?« – die Website mit der aktivsten maskulistischen Forumscommunity von über 220 registrierten UserInnen.

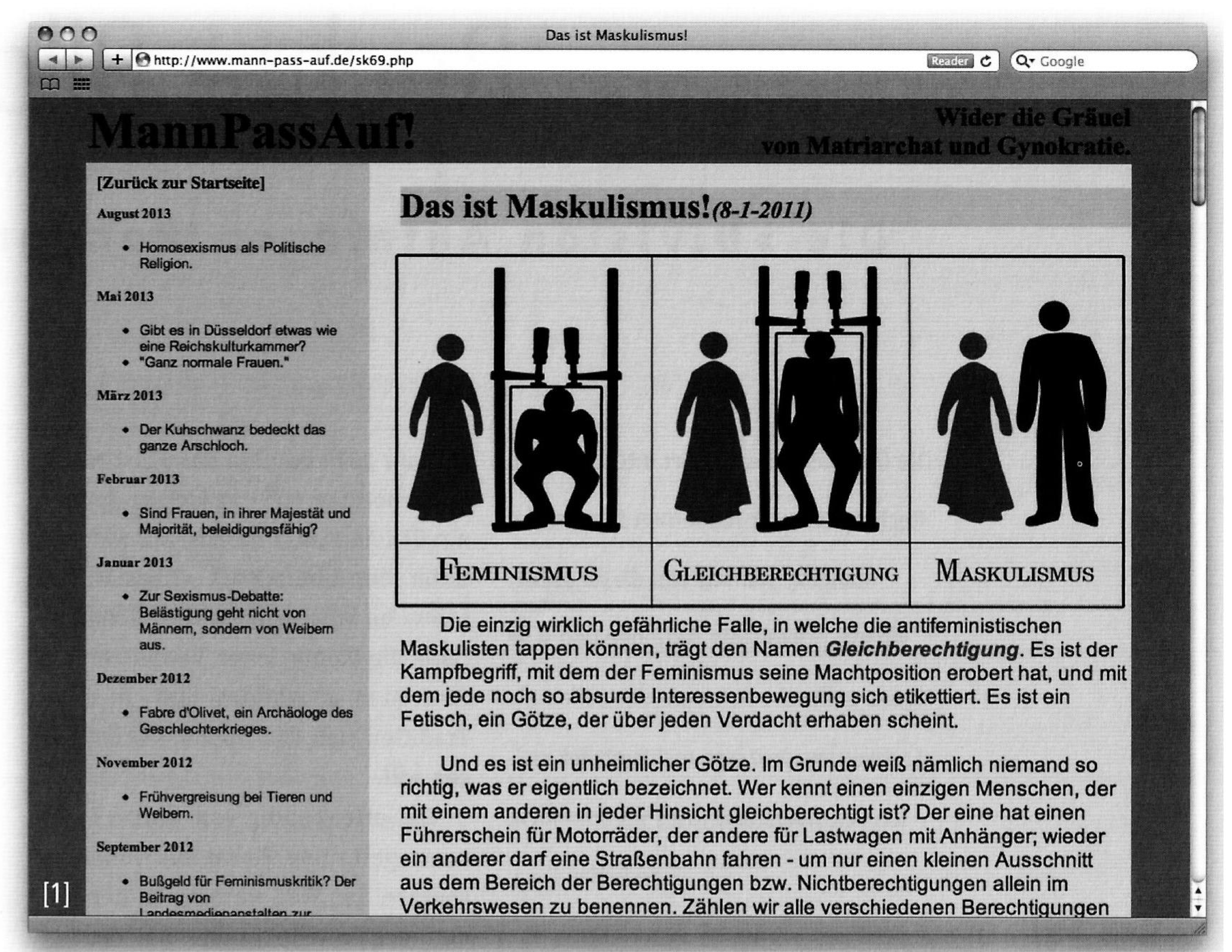
3| www.agensev.de/meldungen/agens-wahlpruf-steine-die-antworten-der-parteien

4| www.agensev.de/texte/die-buchse-der-pandora-der-grunen-ist-leck-geschlagen

5| www.agensev.de/meldungen/papst-kritisiert-gendertheorie

6| UserIn OpiWahnGanovi am 21.07.2011, abrufbar unter www.wgvdl.com/forum/forum_entry.php?id=192825

7| UserIn Roslinfan am 22.07.2011, abrufbar unter: www.wgvdl.com/forum/forum_entry.php?id=192968, Hervorhebungen im Original.



[1] Das ist Maskulismus: Frauenfeindliche Inhalte und Darstellungen im web. (Screenshot: mann-pass-auf.de)

Doch erfährt dies Widerspruch: »Schwule sind die aufrichtigsten Maskulisten, die es gibt, da sie nie einer V**** in Aussicht auf einen Fick hinterherhecheln werden.«[7] Der »Forumsuser« Roslinfan erörtert Unabhängigkeit von Frauen als gemeinsamen Nenner zwischen maskulistischen und homosexuellen Männern. Homosexuelle Männer erfahren somit keine Zuschreibungen der Verweiblichung und sexuellen Devianz, sondern werden als mögliches Subjekt des Maskulismus integriert sowie quasi als Minderheit im männlichen Hierarchiegefüge toleriert, da sie keine Konkurrenz innerhalb heterosexueller Beziehungskonstellationen darstellen. Anhand der in diesem Forum geführten Diskussionen und ihrer Ambivalenzen bleibt erstere Position im Maskulismus dennoch dominant und Homosexualität erfährt eine Marginalisierung auf biologistischen Grundlagen. Sie wird als Bedrohung für die Fortpflanzung von Familien und die Schwulenbewegung als Weggefährte lesbischer Emanzipation wahrgenommen[8].

Eine weitere, äußert kontrovers diskutierte Spielart maskulistischer Politik präsentierte Arne Hoffmann, der u.a. in der rechten Zeitschrift »Jungen Freiheit« publiziert, lange Jahre in der »Freien Welt« eine Kolumne unter dem Titel »Feminismus oder Freiheit« unterhielt und das Buch »Männerbeben. Das starke Geschlecht kehrt zurück« veröffentlichte. In seiner Konzeption eines »linken Maskulismus«[9] versucht er das Verhältnis des Maskulismus zu schwulen Männern zu verändern: »Linke Männerpolitik solidarisiert sich mit sexuellen Minderheiten wie den Schwulen, Transgendern und SMern.« (Hervorhebung im Original). Doch bleibt der homophobiekritische Schritt auf halbem Wege stecken. Denn eine Gruppe zählt Hoffmann offenbar nicht dazu: Lesben. Diese gelten im Maskulismus als Strippenzieherinnen des Feminismus, in dessen Folge Männer generell unter Unterdrückung litten. Insofern verbirgt sich der antifeministische und frauenverachtende Impetus nur schlechterdings hinter dem selbstgesteckten Anspruch, zu einem Emanzipationsprozess für Männer beizutragen und muss nicht nur deshalb äußerst kritisch betrachtet werden. Denn zugleich erfuhren Hoffmanns Ausführungen reichlich Gegenwind unter maskulistischen AktivistInnen und brachten ihm den Vorwurf des Bewegungsverrats ein. Repräsentativ für den Maskulismus ist er an dieser Stelle keineswegs.

Letztlich birgt das Thema Homosexualität enorme Sprengkraft für den Maskulismus, der gefangen ist im Spannungsfeld zwischen heteronormativ-biologistischen Standpunkten und bewegungsstrategisch-inkludierenden Positionen. So ist abzuwarten, ob der Bezug auf Homosexuelle (Männer) die Szenerie tiefer zu spalten vermag.

Ohnehin sollte eine an Geschlechteremanzipation interessierte Perspektive den Maskulismus nicht aus den Augen verlieren. Er bleibt ein Gradmesser für gesellschaftliche Geschlechterverhältnisse und die Bedrohung jeglicher Emanzipationsbestrebungen durch Modernisierung und Resouveränisierung patriarchaler Männlichkeitskonzepte. Darüber hinaus liegt genau hier die Verbindung zu rechtsextremer Geschlechterpolitik, denn die Feindbilder ›lesbischer Feministinnen‹ und Bedrohungsszenarien ›zerstörter Familien‹ sowie ›entwerteter Männer‹ ähneln sich bis in die Haarspitze. So kann eine Kritik am Maskulismus aufgrund seines antifeministischen Gehalts auch gut ohne den direkten Verweis auf rechtsextremes Gedankengut auskommen. Doch die Gefahr, die sich aus dem breiten Schulterschluss von bürgerlichen und rechtsextremen Kräften gegen Feminismus und zur Stärkung patriarchaler Geschlechterverhältnisse ergibt, ist jede Achtsamkeit wert. ■

8| Forumsuser Manifold unterhält eine eigene Website: www.sonsofperseus.blogspot.de/2011/03/schwule-antifeministen.html
9| www.spiegelfechter.com/wordpress/8167/eckpfeiler-einer-linken-mannerpolitik

Rechte Bilderwelten

Die »Division Antaios«: Ikonographie und Code

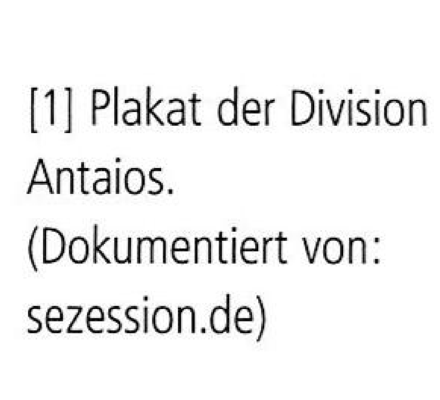
Die Diagnose, dass es der intellektuellen Rechten an einer modernen Bildsprache mangelt, stammt von dieser selbst. Videos, provokante Aktionen und eine eigene politische Ikonographie sollen die Formierungsprozesse rechtsintellektuellen Selbstverständnisses vorantreiben. Eine Bildanalyse.

Im Jahr 2010 brachte das »Institut für Staatspolitik« (IfS) in kleiner Auflage ein DIN A4 Plakat heraus, auf welchem unter der Überschrift »Division Antaios« im Stile mehrfarbiger Schattenrisse die Köpfe jener Vordenker und Aktivisten abgebildet sind, in deren Tradition sich das IfS verstanden wissen will.

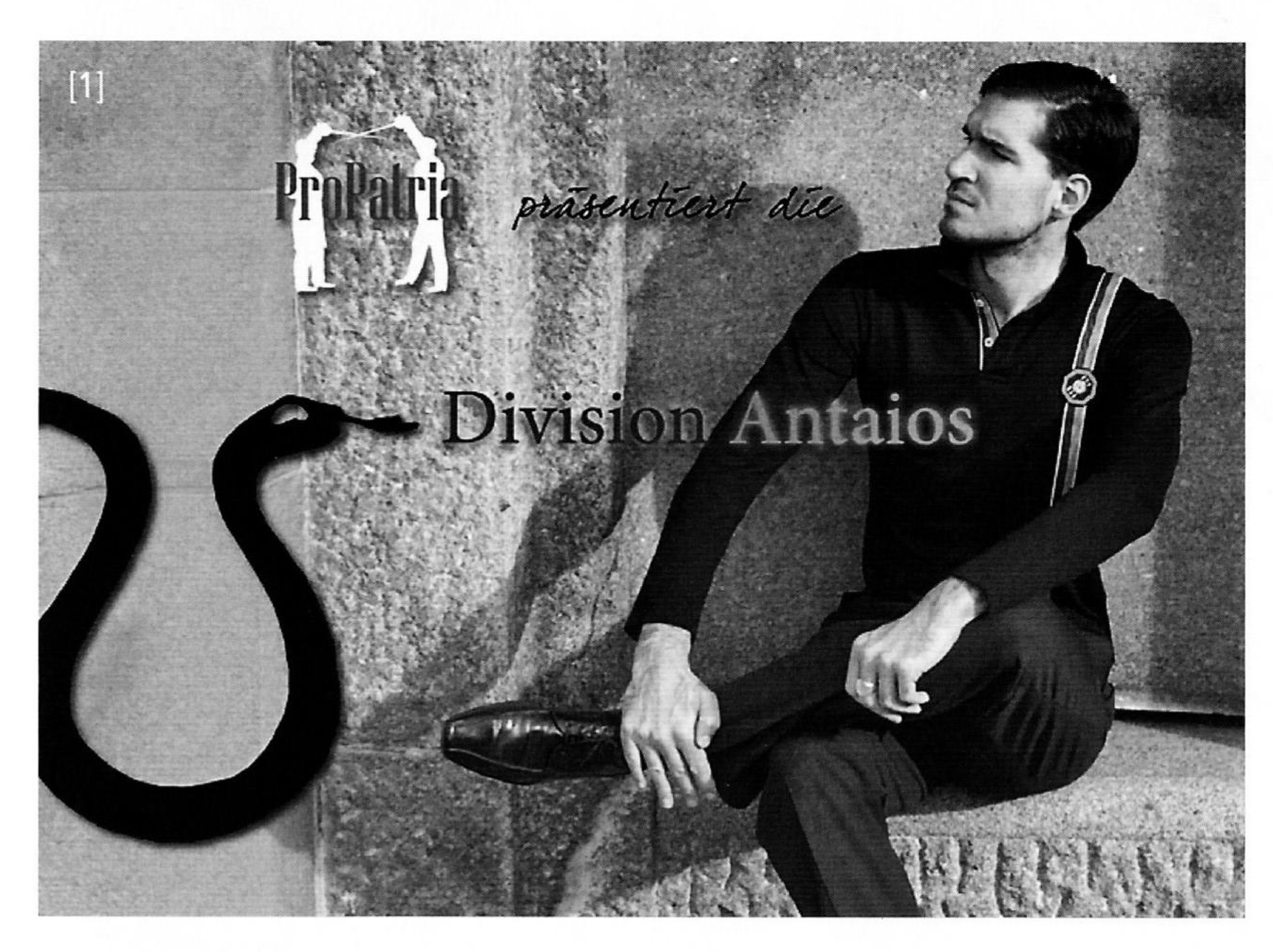
Das offenkundig von Martin Lichtmesz[1] gestaltete Plakat soll »uneingeweihten den Weg weisen« zu den Pfaden rechtsintellektuellen Denkens.

Die abgebildeten oder im »Zwischentag«[2] Video aufgeführten Personen variieren. Ausgewechselt finden sich etwa mehrfach Rudi Dutschke und Ernst von Salomon. Carl Schmitt, Ernst Jünger und Gottfried Benn, aber auch Stefan George und Julius Evola sind hingegen in allen Varianten des Plakats aufgeführt. Die vorgestellten Personen sind also in der Hierarchie der Zugehörigkeit zum Glutkern rechtsintellektuellen Selbstverständnisses angeordnet, sodass sie sich zu diesem (Schmitt, Jünger, Evola) in einem Verhältnis von Nähe und Distanz wiederfinden. Der imaginierte gemeinsame Nenner aller aufgeführten Personen aus Kunst, Literatur, Philosophie und Zeitgeschichte ist ihr Selbstverständnis als Elite und Avantgarde, welches von den IfS-Akteuren aufgegriffen und durchaus wörtlich aus dem lateinisch übersetzt genommen wird für »Vorhut« d.h. im Sinne Jüngers »Stoßtrupp einer neuen Zeit«. Somit ist es unerheblich, dass die hier durch Männerköpfe symbolisierten Strömungen aus Kunst, Literatur und Philosophie ideengeschichtlich divergieren. Entscheidend für ihre deutende Aneignung als Bilderbogen des rechtsintellektuellen Selbstverständnisses ist ihr Zusammenspiel als Bildaltar rechter Ideenwelten. Zum analytischen Verständnis der Personen »in der Reihenfolge ihres Auftretens« (Kubitschek) kann man, diese wie die Ikonographie eines mittelalterlichen Dreiseitenaltars anzusehen, nämlich als Darstellungen von Ikonen des Politischen, die auf einander bezogen erst durch ihre Anordnung ein Narrativ der »Heilsgeschichte«, nämlich der einer Sezession, Sonderung von den Strömungen ihrer Zeit ergeben. Ein weiterer gemeinsamer Nenner, auf welchen die Personen durch das IfS erst gebracht werden, ist ihre Einordnung in die Vorstellung der Existenz einer »Galerie der politischen Romantik«,





[1] Plakat der Division Antaios. (Dokumentiert von: sezession.de)



[1] Kleidung der »Division Antaios« bei »Pro Patria« (Dokumentiert von propatria.de).

die durch die kategorale Zuschreibung von Adjektiven zu den Personen geschieht. Bei manchen nimmt sich dies auf den ersten Blick hin nur formal aus, ist jedoch im Wortsinne gemeint.

Etwa: Ernst von Salomon, Feme, Nietzsche, Ecce etc. Eine historische Gestalt auf einen Begriff bringen, ist der Versuch einer Kanonisierung rechtsintellektuellen Denkens.

Die Logik des Plakats ist jedoch nicht nur die einer intellektuellen Anordnung, wie sie in den als Lexika niedergelegten Bänden aus dem IfS Hausverlag Edition Antaios vorliegt. Vielmehr geht es um einen politisierten »emotional-identitären« Code der Wiedererkennbarkeit und Selbstvergewisserung.

Die Idee, dass die intellektuelle Rechte einer eigenen Ikonographie und eines emotional-identitären Codes bedürfe, hatte der Blaue Narzisse-Herausgeber Felix Menzel vor Jahren in einem »Kaplaken« Band im Hinblick auf die erfolgreiche strategische Kommunikation linker Ikonen formuliert. Ohne Nennung jedoch unter Bezug auf Walter Benjamins Ausführungen zur Ästhetik reflektiert Menzel, zunächst gelte es rechte Leitikonen zu schaffen, deren Identifizierbarkeit durch Ereignisse zunächst geschaffen und sodann durch Bildwiedergabe gefestigt werden müsse. Die Ikonographie einer imaginären »Division Antaios« wendet sich an jene, die bereit sind, einer solchen »Division« geistig beizutreten. Und so stehen Karlheinz Weissmann und Erik Lehnert nicht als Epigonen Benns und Jüngers da, sondern als Gleiche unter hierarchisch ungleichen historischen Personen. Die Aufforderung, Klamotten aus der »Pro Patria« Serie »Division Antaios« zu kaufen, erging dann in einer Werbeschrift auch unter der Überschrift: »Division Antaios – Rekrutieren Sie sich«. Der Akt der Selbstrekrutierung zur Division Antaios lässt diese als geistiges Freicorps erscheinen, geistige Söldner in einem Kampf der Ideenwelten um die Zukunft von Nation und Volk.

Formierungsprozesse

In gewisser Weise spiegelt die Anordnung der Personen auf dem Plakat die Suche nach einem Formierungsprozess des rechtsintellektuellen Milieus. Dieser beginnt mit der intellektuellen Abgrenzung gegenüber liberalen und linken Ideenwelten und der proklamierten Wiederaneignung oder Neuerfindung dessen, was ihnen als kategoral »rechtes« Denken erscheint. Das man sich dabei gern der Arsenale der Linken bedient, zeigen Lichtmesz und Kubitschek dort, wo es ihnen um die Rezeption von Strategien geht, Meinungen oder noch besser Haltungen als moralisch nicht hintergehbar darzustellen. Der Habitus des angeblichen Non-Konformismus, den man jener abwegigen Personenkonstellation des Plakats entnimmt, ist die Brechstange mit welcher die Verkrustungen der Moral der Diktatur der Political Correctness aufgebrochen werden sollen. Es geht nicht mehr darum (wie noch zu Beginn der 1990er Jahre) den Radius des Sagbaren zu erweitern. Das haben andere wie Sarrazin u.a. längst erfolgreich getan. Es geht um den Versuch zu einem Formierungsprozess als RECHTE gegenüber einer als »links« angenommenen Hegemonie in der Gesellschaft zu gelangen. Es geht um die Erweiterung des Handlungsspielraumes. ■

1| Nach Recherchen der antifaschistischen Zeitschrift Gamma ist Martin Lichtmesz der Autorenname von Martin Semlitsch.

2| Der »Zwischentag« des IfS ist ein Treffen deutscher & österreichischer extrem Rechter. (vgl. AIB 98).



Blockadekonzept etabliert

Foto: Po-Ming Cheung

Im niedersächsischen Bad Nenndorf wurde in diesem Jahr der jährliche neonazistische »Traueraufmarsch« verhindert. Zum ersten Mal seit 2006 gab es eine Massenblockade direkt auf der Demonstrationsstrecke, welche dafür sorgte, dass die Neonazis ihr Ziel, das Winklerbad[1] nicht erreichen konnten. Die Initiative »Kein Naziaufmarsch in Bad Nenndorf« und einzelne umtriebige Kleingruppen hatten bereits im Vorfeld offensiv zu Massenblockaden aufgerufen und konnten auch viele Menschen aus Bad Nenndorf motivieren, sich an den Blockaden zu beteiligen. Wir sprachen mit einigen Protagonist_innen dieser Blockaden.

AIB: Der zuletzt drittgrößte bundesrepublikanische Neonaziaufmarsch ist passé, von den ehemals knapp 1000 Neonazis sind nur noch knapp 250 übrig geblieben. Wie war der geschichtsverdrehende Opfermythos aufgebaut worden?

Über den Zweck von Traueraufmärschen, die Inszenierung von Opfermythen und deren Bedeutung für neonazistische Lebenswelten könnt ihr sicher mehr erzählen.

Wie auch immer. Wie hat sich der antifaschistische Widerstand und der zivilgesellschaftliche Protest über die Jahre entwickelt und was gab es an konkreten Aktionen? Wie ist es euch in diesem Jahr gelungen den Neonazis ihren symbolträchtigen Ort zu nehmen?

In den ersten Jahren war ausschließlich das Antifaspektrum, die jüdische Gemeinde und einige Einzelpersonen aus Bad Nenndorf und dem Umland beteiligt. Das bürgerliche Bündnis »Bad Nenndorf ist Bunt« gründete sich aus dieser Initiative heraus im dritten Jahr, teils aus antifaschistischen Strukturen, in erster Linie aber aus dem Gewerkschaftsumfeld. Nachdem von Seiten des Antifaspektrums z.B. ein Streichorchester in den Widerstand integriert wurde, welches an einem jüdischen Gedenkstein ein Konzert gab, war es dem bürgerlichen Spektrum kaum möglich, diese Akteure außen vor zu lassen. Teile der Antifastrukturen waren in diesem Bündnis, aber etwa auch der lokale Polizeichef. Im darauffolgenden Jahr gab es eine Demonstration, die von allen Akteur_innen dieses Bündnisses getragen wurde. Damit war der erste Schritt geschafft.

In den darauffolgenden Jahren konzentrierte sich die antifaschistische Szene darauf, die Aufmarschroute der Neonazis zu blockieren. Erstmalig wurde das Blockadekonzept mit einer Betonpyramide[2] unterstützt. Das Bündnis reagierte darauf gespalten, der Polizeichef verließ unter Protest das Bündnis und es gab kontroverse Diskussionen. Parallel dazu entwickelte sich aus dem Antifaspektrum ein Blockadebündnis. Insbesondere das Konzept der Blockade mittels einer Pyramide hatte in der bürgerlichen Presse und bei den Anwohnern großen Anklang gefunden. Auch im nachfolgenden Jahr wurde eine solche auf die Strecke gebracht und erstmals

solidarisierten sich Anwohner, die sich neben die Pyramide setzten und erst nach mehrmaliger Aufforderung die Straße räumten. Die Aktionsform wurde bundesweit in den Medien thematisiert und als kreativer, friedlicher Protest bewertet.

2010 organisierte das Bündnis »Bad Nenndorf ist Bunt« an der Aufmarschstrecke eine Partymeile. Die Bündnisdemonstration fand nach einer Verbotsverfügung unter massiven polizeilichen Auflagen statt, was das Bündnis in seiner ganzen Breite sehr verärgerte. Daher wurden Gaststätten, die an der Strecke lagen von Einzelpersonen angemietet, die dort private Feiern organisierten, welche nicht dem Demonstrationsrecht unterlagen. Der Neonaziaufmarsch wurde mit dieser Beschallung in seiner Außenwirkung merklich eingeschränkt. Diese »Partymeile« wurde auch in den Folgejahren eine kontinuierliche Protestform, genauso wie Blockaden mit Stahlbeton/Luftdruck Pyramiden, welche die Polizei nicht in der nötigen Zeit vorher entfernen konnte und welche die Neonazis in ihrem zeitlichen Ablauf und ihrer Route einschränkten.

Im letzten Jahr gründete sich die Initiative »Kein Naziaufmarsch in Bad Nenndorf« (»I love to block«). Sie wird von verschiedenen Organisationen, Gruppen und Parteien mit der Absicht unterstützt, den Aufmarsch durch Blockaden zu verhindern. Mit welchen politischen, juristischen und organisatorischen Schwierigkeiten hatten die verschiedenen Organisator_innen der Proteste zu kämpfen?

Das Bündnis »I love to block« vertrat aus antifaschistischen Strukturen heraus das Massenblockadekonzept. 2012 gelang es den Bahnhof in Bad Nenndorf mit einer Fahrradschlossankettaktion für die Alt- und Neonazis zu blockieren. 2013 wurden aufgrund eines Gerichtsurteils, die bürgerliche Kundgebung und die Neonazi-Kundgebung zeitversetzt vor dem Winklerbad erlaubt. Es bestand somit die Chance, das bürgerliche Spektrum zu animieren, sich zu den Blockadeaktionen solidarisch zu verhalten. Die Blockaden bestanden aus Menschen, die sich mit Fahhrradschlössern anketteten und – das versteht sich von selbst – einer Pyramide. Bereits bei der Anreise mit der Bahn konnten sich zwei Blockierer_innen zwischen Zug und Bahngleis mit Hilfe einer betongefüllten Tonne anketten. Das bürgerliche Bündnis rief im Vorfeld nicht zur Blockade auf, beteiligte sich jedoch mit Einzelpersonen. Herausgehoben werden sollte dabei etwa der Sportverein VFL Bad Nenndorf. Erstmalig sind einige Anwohner_innen auch nach der dritten polizeilichen Aufforderung, die Straße zu räumen, sitzen geblieben. Die Polizei räumte zwar die Sitzblockade von 300 Menschen und löste auch die mit Fahrradschloss verbundenen Blockierer_innen. Sie scheiterte jedoch an einer Stahl-Fingerpyramide, die sie nicht in dem Zeitrahmen räumen konnte, in welchem die Neonazis ihre Kundgebung durchführen durften. Dank des Blockadebündnisses und den verschiedenen Aktionsformen, die von einem breiten Spektrum mitgetragen wurden, konnte die Abschlusskundgebung der Neonazis in eine Seitenstraße verbannt werden.

Die Pyramidenaktionen wurden seitens der Polizei jedes Jahr aufs Neue zu kriminalisieren versucht, was jedoch nicht gelang. Im Gegenteil: Es wurde vom Oberlandesgericht (OLG) Celle festgestellt, dass die Polizeimaßnahmen gegen die Angeketteten illegal waren. Das OLG Celle verwies zudem darauf, dass es sich bei den Ankettaktionen um eine Versammlung handelt, die durch das Grundgesetz abgesichert ist (vgl. AIB 93). Es könnte sich höchstens um eine Ordnungswidrigkeit handeln, was jedoch nie gerichtlich festgestellt wurde. Somit kam es bis heute zu keinerlei Verurteilungen oder Ordnungsstrafen. 2012 musste die Pyramide, die 22 Stunden vor dem Winklerbad stand und den Abschlusskundgebungsort der Nazis beschränkte, den Aktivist_innen wieder ausgehändigt werden.

Ihr habt die Blockade eines Neonaziaufmarsches durch Pyramidenkonstruktionen als probates Widerstandsmittel etabliert und juristisch durchgestanden. Wie verlief die Zusammenarbeit mit anderen politischen Akteuren an diesem Punkt?

Die Pyramidenaktionen liefen immer als Einzelaktionen ab. Es ist nicht möglich, sie in einem Konzept im Vorfeld zu diskutieren, da man davon ausgehen kann, dass solche Aktionen zu großes Interesse bei den staatlichen Behörden auslösen und die Aktion durchsickern würde.

Welche Erfahrungen gebt ihr unseren Leser_innen mit auf den Weg?

Betonpyramiden und andere Ankettaktionen sind gerade das effizienteste Mittel, um auf einen martialischen Polizeiapparat zu reagieren, der Neonazis durch die Städte geleitet. Mit wenig Aufwand und Leuten ist es möglich, einen hochgerüsteten Polizeiapparat ins Lächerliche zu ziehen und dabei auch im bürgerlichen Lager Blockadekonzepte zu verankern. Wir danken natürlich den Wendländern, bei denen wir uns diese Aktionsform bei den Protesten gegen Castor-Transporte abgeschaut haben. In einschlägigen Foren kann man nachlesen, wie Pyramidenkonstruktionen optimiert werden müssen, um Jahr für Jahr der technischen Einheit der Polizei Stand zu halten und die Blockadezeit zu überbrücken. Jedes System funktioniert nur einmal. Wir freuen uns, dass auch in anderen Städten diese Aktionsform gewählt wurde, die auch, trotz eines martialisch auftretenden Polizeiapparates, ihre politische Wirkung hat. Seid kreativ und konzentriert. ■

Wessen Görli?

Verdrängung und Rassismus im öffentlichen Raum

Mediale »Sommerlöcher« werden traditionell mit Bedrohungsszenarien gefüllt, die nach repressiver Ordnungspolitik verlangen. Regelmäßig in den Fokus geraten dabei durch die Polizei als »kriminalitätsbelastet« eingestufte Orte. In diesem Zusammenhang wird immer wieder auch der Görlitzer Park in Berlin-Kreuzberg genannt. In den Jahren 2011 und 2012 wechselten sich Berichte über Roma, die zeitweilig im Park übernachten mussten und Artikel über Drogenverkäufer_innen, die angeblich den Aufenthalt im Grünen verunmöglichten, gegenseitig ab. Einen neuen Höhepunkt erreichte die Debatte um den Park in diesem Sommer.

Ab Mitte Juli veröffentlichte die Berliner Tageszeitung B.Z. fast täglich Artikel zur Situation im Görlitzer Park. Dieser sei »besonders im Sommer ein großer Drogen-Treffpunkt«, wird ein Polizeisprecher zitiert.[1] In gewohnt populistischer Manier beklagte die B.Z. daraufhin die Untätigkeit verantwortlicher Politiker_innen, eine überforderte Polizei und alleingelassene Anwohner_innen. Auch andere lokale Medien sprangen schnell auf den Zug auf, sprachen von »immer dreister«[2] werdenden Dealern und »Besuchern in Angst«[3]. Die Berliner Morgenpost nahm die Angriffe einer Person in der Nähe des Parks zum Anlass, um sich unter der Überschrift »Im Görlitzer Park in Kreuzberg eskaliert die Gewalt« ausführlich dem »Dauerproblem mit den Drogendealern« zu widmen, obwohl weder der Angreifer, noch die Tat oder der Ort einen solchen Zusammenhang hergab.[4] Auch wenn bereits von Januar bis Juni im Schnitt alle 2,8 Tage Polizeirazzien stattfanden, erhielten die polizeilichen Großeinsätze im Juli und August eine ungleich höhere Aufmerksamkeit. Während die Razzien gegen Schwarze Menschen umfassend und wohl auch dem Wahlkampf geschuldet als ineffizient kritisiert wurden, blieben die wenigen Stimmen, die die Kontrollpraxis als rassistisch benannten, umstritten. Wie u.a. auf einer Kundgebung der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt Anfang August deutlich wurde, wiesen einige Anwohner_innen den Vorwurf des polizeilichen Rassismus nicht nur empört zurück, sondern verbuchten Antirassist_innen auch pauschal in die Kategorie »Nicht-Anwohner«. Medial auftretende Einzelpersonen und der konstruierte Gegensatz zwischen »Parknutzern« und »Anwohnern« zeigen: Dieser Modus des bürgerlichen Protests diskreditiert antirassistische Positionen mit dem Verweis auf die eigene Meldeadresse – ganz nach dem Motto »Wohnen Sie überhaupt hier?«[5]

Unser Dorf soll sicher sein

»Allein traue ich mich da nicht mehr hinein« sei vermehrt von Anwohner_innen des Parks zu hören, einige fordern gar die komplette oder wahlweise nächtliche Schließung. Mindestens aber mehr Polizeipräsenz. Mit eigenen Vorstellungen über die Lage im Park trat dann vermehrt auch das Projekt »Unser Görli« in Erscheinung. Um die subjektiven Bedrohungsgefühle greifbarer zu machen, sind Mütter mit Kind ein gern gedrucktes Bildmotiv und Quelle für O-Töne. Nachdem sie sich zur »Problematik« geäußert habe, werde sie nun »als Rassistin beschimpft«, so die Betreiberin des »Cafe Edelweiss«. Dieses Cafe liegt nicht nur mitten im Park, es fiel bereits im letzten Jahr auf, weil sich auch zu diesem Zeitpunkt Angestellte und Betreiber »nur mal« äußerten. In diesen Äußerungen ging es um obdachlos gewordene Roma, die zeitweilig im und am Park unterkommen mussten. Antiziganistische Stereotype bedienend wurde auf die Anhäufung von Müll, den Gebrauch von Toiletten und das Erfragen von Kleingeld verwiesen. Nur zu den im Sommer ebenfalls anfallenden Überresten von täglich im Park grillenden Menschenmassen, den lautstark umherziehenden Feiernden oder dem Blockieren der Gehwege bis spät in den Abend vor einem der angesagten Restaurants nahe des Parks durch finanziell abgesicherte Konsument_innen wurde sich bisher nicht geäußert. Warum sich diese selektive Wahrnehmung auch zukünftig nicht ändern wird, zeigt ein Blick auf die Funktionsweise von Sicherheitsdiskursen und die von ihnen bestimmten Ein- bzw. Ausschlusskri-

1| www.bz-berlin.de/archiv/64-strafverfahren-in-drei-monaten-article1708841.html
2| www.tagesspiegel.de/berlin/drogenumschlagplatz-in-berlin-kreuzberg-die-dealer-im-goerlitzer-park-werden-immer-dreister/8525058.html



terien. Wer diese Diskurse dominiert, kann festlegen, was als »feindlich« gilt und umgekehrt, wer zu den »Bedrohten« zählt. Eine Sicherheitsbedrohung wird in der hier beschriebenen Debatte um den Görlitzer Park in zwei Arten konstruiert. Trotz der bekannten Unterscheidung von Deliktbereichen (Alltags-, Gewalt- und Rauschgiftkriminalität, organisierte Kriminalität) wird ganz allgemein auf »hohe Kriminalität« verwiesen. Gerade bei der Festlegung »kriminalitätsbelasteter Orte«, an denen polizeiliche Kontrollen »verdachtsunabhängig« und im Effekt überwiegend auf Basis rassistischer Kriterien stattfinden können, wird durch die Berliner Polizei unter Verschluss gehalten, welche Kriminalität in welchem Umfang der Einordnung zu Grunde liegt. Auf der einen Seite kann die Bedrohung also durch ihre Unbestimmtheit umso größer erscheinen, auf der anderen Seite wirken im Fall einer Ausdifferenzierung in unterschiedliche Kriminalitätsfelder rassistische Bilder: Plötzlich sind alle Schwarzen Menschen Dealer, alle Weißen »bedroht« vom Drogenverkauf. Um wessen Sicherheit es geht, zeigt sich schon daran, dass rassistische Polizeigewalt als gerechtfertigte »Maßnahme« statt als Sicherheitsrisiko für die Betroffenen erscheint.

Ein Park für Alle?

Auch wenn sich das bereits erwähnte Projekt »Unser Görli« vordergründig durch eine naive Unterschätzung der eigenen Rolle in der medialen Berichterstattung über die Geschehnisse auszeichnet, ist sein Beitrag, das Interesse von Anwohner_innen an einem Parkmanagement, das zwangsläufig auf eine Verdrängung marginalisierter Gruppen aus dem öffentlichen Raum hinausläuft, zu einem allgemeinen Interesse zu erklären – oft versteckt hinter Floskeln wie dem Ziel einer »Stärkung der Vielfalt und der Qualitäten des Görlitzer Parks«. Insofern sind die Akteur_innen dieses Bürgerbeteiligungsprojekts keinesfalls eine »Projektionsfläche für gesellschaftliche Konflikte und Veränderungsprozesse«[6], sondern mit ihren Problemdefinitionen (»die Dauerbrenner ›Hunde im Park‹ und ›Müll‹«, »das Thema Drogen«[7]) und Aktionen aktiv an Aufwertung und Verdrängung beteiligt. Gleichzeitig ist auch »Unser Görli« daran gelegen zu betonen, dass Akzeptanz und Konsens der Beteiligten Grundvoraussetzungen sind. Hierbei wird lediglich Akzeptanz für eine Umsetzung geschaffen, allerdings kein Konsens darüber erzeugt, was verhandelt werden soll. Denn die Einsicht, dass Rassismus zu den Begleiterscheinungen von Aufwertung gehört, und es Menschen gibt, die den Abbau von Unterdrückungsverhältnissen über den Zustand eines »Naherholungsraums« stellen, kann schon deshalb keinen Platz in solchen Projekten finden, weil das Konzept der partizipativen Stadtpolitik genau diese gesellschaftlichen Bedingungen leugnet. Die Rede von »Synergieeffekten« und »engagierten Bürgern« kann nicht verdecken, dass Sozial- und Ordnungspolitik sich beim Erreichen des gemeinsamen Ziels, Armut, Verelendung und nicht-konformes Verhalten aus dem öffentlichen Raum zu drängen, ergänzen. ■

3| www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article117819571/1000-Straftaten-im-Goerlitzer-Park-Besucher-in-Angst.html
4| www.morgenpost.de/bezirke/friedrichshain-kreuzberg/article118399116/Im-Goerlitzer-Park-in-Kreuzberg-eskaliert-die-Gewalt.html
5| www.tagesspiegel.de/meinung/drogendealer-im-goerlitzer-park-kiez-in-angst-unsinn/8555164.html
6| http://unsergörli.de/so-nicht-stellungnahme-von-anwohnerinnen-einrichtungen-verwaltung-und-politik/#more-2414
7| http://unsergörli.de/mach-mit-im-goerli-2013-projekte-und-themen/#more-2203

Eine deutsche Wutbürger-initiative und ihr Tanz mit den Neonazis

Eine erfolgreiche rassistische Mobilmachung einer »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« (BMH) gegen eine Unterkunft für Asylsuchende in dem Berliner Bezirk Hellersdorf sorgte bundesweit für Aufsehen.

Rechechekombinat Oprema

Anfang Juli 2013 tauchten Flugblätter der BMH auf, die einer Veröffentlichung der NPD glichen. Passend dazu stellte sich Thomas Crull, früherer Kandidat der NPD im Bezirk, als presserechtlich Verantwortlicher hinter diese Flugblätter. Gleichzeitig wurde auf Facebook eine Fanseite der BMH gegründet, die in wenigen Tagen über 1.000 »Gefällt mir«-Angaben erhielt. Flugblatt und Facebook-Seite mobilisierten am 9. Juli 2013 zu einer Informationsveranstaltung des Bezirks, zu der knapp 800 Besucher kamen, darunter etwa 50 Berliner Neonazis. Die von Neonazis und Anwohner_innen vorgetragene Hetze sowie die frenetische Zustimmung der Mehrheit rief bei Antifaschist_innen Assoziationen zum Deutschland der frühen 1990er Jahre hervor.

Durch die Bürgerinitiative wurde ein niedrigschwelliges Angebot geschaffen, das die rassistischen Anwohner_innen dankend annahmen. Für sie bot sich die Möglichkeit, ihre als Ängste und Sorgen getarnten Ressentiments in kollektive Aktionen und Organisierung umzusetzen, ohne ihre eigene Einordnung als unpolitisch oder politische Mitte aufzugeben. Über Facebook wurde eine Plattform geschaffen, in der sich scheinbar hierarchiefrei und mit unpolitischer Ehrlichkeit über die als Problem empfundene Einrichtung der Unterkunft ausgetauscht werden konnte. Die Betreiber_innen moderierten nur wenig, was zur Folge hatte, dass Gewaltphantasien gegenüber Geflüchteten und Aufrufe zum Abbrennen der Unterkunft über längere Zeit verfügbar blieben. Schnell entwickelte sich die Seite zum Sammelbecken rassistischer Hetze. Gleichzeitig versuchten die Betreiber_innen krampfhaft, das bürgerliche Image aufrecht zu erhalten.

Nach Recherchen örtlicher Antifaschist_innen fanden in der BMH Akteure aus der Berliner Neonazi-Szene und zuvor politisch nicht organisierte Rassist_innen zusammen. Deutlich machen das Berichte über eine vermeintlich spontane Demonstration am 9. August 2013 von rund 100 Personen: Angemeldet wurde die Demonstration von André Kiebis, der zu dieser Zeit die Inhalte der Facebook-Seite gepflegt haben soll. Als Moderatorin betätigte sich Daniela F., frühere Aktivistin der Berliner Neonazi-Szene. Mehrere bekannte Neonazis beteiligten sich an der Demonstration. Zeitgleich hingen die Neonazi-Funktionäre Maria Fank[1] und David Gudra[2] NPD-Wahlplakate in dem Wohngebiet auf und sorgten später für den Abtransport des Transparentes.

Die beständige antifaschistische Arbeit und der Druck der Medien schien die BMH in eine Position zu treiben, in der sie weniger den Fokus auf die Wahrung der bürgerlichen Maske legte, sondern vielmehr ihren inzwischen gefestigten Umkreis der Anwohner_innen und Facebook-Fans darauf einschwor, nicht der Presse zu glauben. Interviewanfragen wurden kategorisch abgelehnt, nur der rassistische Blog »PI News« erhielt das Privileg für ein Interview mit BMH-Aktivist_innen.

Nach dem Tag des Einzugs der Geflüchteten und damit dem faktischen Scheitern der BMH, gab es erneut einen Kurswechsel. Nachdem linke Aktivist_innen erreichten, dass die BMH-Facebook-Seite vom Netz genommen werden musste, wurde eine vorbereitete Ersatzseite beworben, die schnell den offen nationalsozialistischen Kurs mit der Parole »Gemeinschaft statt Klassenkampf«[3] fortführte. Mittler-

1| Im Juni 2004 wurde sie von Sicherheitsbehörden als Teilnehmerin der Sommersonnwend-Feier der neonazistischen Artgemeinschaft im Hufhaus in Ilfeld festgestellt. Unter den Anwesenden war demnach auch der angeklagte NSU Unterstützer Andre Eminger.

2| http://infoportal-hellersdorf.blogsport.de/2013/09/03/michael-engel-der-quotennazi-im-bmh-vorstand/

3| http://infoportal-hellersdorf.blogsport.de/2013/08/29/jeden-tag-ein-angriff-nazis-an-der-neuen-unterkunft/

weile kam es zu einer Spaltung: André Kiebis und Michael Engel, letzterer von regionalen Antifaschist_innen als »Lifestyle-Neonazi« bezeichnet, gründeten einen Verein unter dem Namen »Bürgerinitiative für ein lebenswertes Marzahn-Hellersdorf e.V.« und distanzierten sich von der »Bürgerinitiative Marzahn-Hellersdorf« – wobei André Kiebis zugab, dass er in der Vergangenheit ihr Organisator war. Aus der Ersatz-Facebook-Seite ist eine Art Online-Verbund derartiger Berliner Bürgerinitiativen erwachsen. Unter diesem Label versuchen Berliner Neonazis, politische Themenfelder unerkannt ideologisch zu besetzen. Der große Zuspruch über Hellersdorf hinaus blieb bisher aus. Gleichzeitig muss beobachtet werden, ob die Spaltung der BMH in die »alte BMH« und den Verein eine tatsächliche oder eine vorgeschobene ist.

Der NPD gelang es durch die BMH ihre Positionen der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Zuletzt phantasierte sie über die Einrichtung einer Bürgerwehr. Tatsächlich gibt es fast täglich Angriffe von Neonazis und Anwohner_innen auf Geflüchtete oder linke Aktivist_innen. Jedoch ist nach dem anfänglichen Erfolg die Organisierung in der Bürgerinitiative in sich zusammengebrochen. Durch kontinuierliche antifaschistische Recherche wurde die Organisationsstruktur enthüllt und die engen Verknüpfungen in die Neonazi-Szene aufgezeigt. Gleichzeitig wurden die Anwohner_innen im Kiez durch die über Wochen ständige Präsenz solidarischer Aktivist_innen in Form einer antifaschistischen Mahnwache auseinander dividiert. Solidarische Anwohner_innen waren nicht mehr allein gegenüber den rechten Einschüchterungen, vielmehr erhielten sie durch die Mahnwache ein Forum. Der Anspruch der BMH, eine Interessenvertretung für die Mehrheit der Hellersdorfer Bürger_innen zu sein, hat sich nicht erfüllt und damit ist ein zentrales Definitionselement für viele BMH-Aktivist_innen, die nicht der organisierten Neonazi-Szene entsprangen, nicht mehr vorhanden. Dass sich die BMH – ob Verein oder Facebook-Seite – von dieser Entwicklung erholen kann, bleibt nicht zu hoffen.

Wie sich die Situation für die untergebrachten Asylsuchenden entwickeln wird, muss abgewartet werden. Dass die linken Interventionen und die bundesweite Aufmerksamkeit die rassistische Hegemonie beenden konnten, ist unwahrscheinlich. Langfristige antirassistische Arbeit und antifaschistische Aufmerksamkeit sind der einzige Garant die Geflüchteten zu schützen und ihnen eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. ■



[1] Kurz nach dem Einzug der Geflüchteten versammelten sich vor der Unterkunft für Asylsuchende rechte AnwohnerInnen.



[2] Rechte Lebenswelten bei den »Bürgerprotesten«. Michael Engel (links) im »So sind wir« T-Shirt der Rechts-Rock-Band »Kategorie C«.


Bürgermeister Stefan Komoß (SPD) musste sich hasserfüllte Kommentare anhören und in hasserfüllte Gesichter sehen. Es ging um ein Flüchtlingsheim in einer leeren Schule (links), das noch im Juli in Betrieb geht.

Asylheim von Hellersdorf

Rechter Mob

[3] Die frühere Neonazi-Aktivistin Daniela F. (Bildmitte) trat auf der Informationsveranstaltung in Berlin-Hellersdorf an die Medienöffentlichkeit. (Bild: Faksimile »Berliner Kurier«).

Rassismus und Widerstand in Eisenhüttenstadt

Immer mehr Flüchtlinge wehren sich auf verschiedenste Art und Weise gegen die repressive Asylpolitik Deutschlands. Mit dem Protestmarsch im Herbst 2012 erreichte der Widerstand eine neue Dimension. Seitdem gab und gibt es auch regional immer wieder Aktionen gegen Abschiebung, Arbeitsverbot oder Residenzpflicht – wie zum Beispiel in Bitterfeld, Nürnberg, München, Würzburg, Hamburg, Berlin, Stuttgart oder Wien. Auch in der brandenburgischen Kleinstadt Eisenhüttenstadt gab es in den letzten Monaten verschiedene Protestaktionen gegen die »Abschiebefabrik«.

Max Ringo für das »Netzwerk gegen Lager und Abschiebung in Eisenhüttenstadt«

Ein ausführlicher Pressespiegel, eine Chronik sowie weiterführende Informationen zu den Eisenhüttenstädter Zuständen unter: www.lagerwatcheisen.blogsport.eu

Die einstige DDR-Vorzeigestadt im Osten Brandenburgs steht seit einigen Monaten in den Schlagzeilen. Ein Suizid in der Zentralen Aufnahmestelle (ZAST), dubiose Urteile am Amtsgericht und fragwürdige Abschiebepraxen sind nur die Spitze der skandalösen Verhältnisse. Dem Schock und der Trauer über den Suizid des 21-jährigen Djamaa Isu folgten Proteste und Unterstützungsaktionen, die den Fokus der Öffentlichkeit auf das rassistische Tagesgeschäft der Eisenhüttenstädter Behörden lenkten. Die Aktion gegen den Abschiebeknast während der Demonstration am 3. Juni, der Hungerstreik von bis zu zehn inhaftierten Geflüchteten Mitte Juli und die Errichtung eines Support-Camps direkt vor der ZAST haben gezeigt, dass auch hier antirassistischer Widerstand und direkte Solidarität möglich ist.

Am Mittwoch, dem 28. Mai, nahm sich der 21-Jährige Djamaa Isu in der Eisenhüttenstädter ZAST das Leben. Der aus dem Tschad Geflüchtete nahm noch am Samstag davor an der Großdemonstration zum 20. Jahrestag der Abschaffung des Asylrechts in Berlin teil. Ihm, der nach Angaben des Flüchtlingsrates in Dresden-Opfer eines rassistischen Übergriffs wurde, drohte im Rahmen der Dublin-II-Verordnung die Abschiebung nach Italien. Nach dem Suizid demonstrierten am 3. Juni 250 Menschen in Eisenhüttenstadt. Vor Beginn der eigentlichen Demonstration verschafften sich Protestierende Zugang zu dem Gelände der ZAST, solidarisierten sich mit den Bewohner*innen und hielten eine Trauerfeier ab. Zur Überraschung der Polizei und des Sicherheitsdienstes versuchten einige Protestierende später die Zäune zum Abschiebegefängnis zu überwinden. Außerdem wurde das Eingangstor stark beschädigt, was für Jubelszenen unter den inhaftierten Flüchtlingen sorgte.

Der richterliche nationale Widerstand

Unter dem Titel »Justiz gnadenlos« veröffentlichte am 2. Juli das ARD Politmagazin Report Mainz einen siebenminütigen Beitrag über die Urteile der am Amtsgericht Eisenhüttenstadt tätigen Richterin Heidemarie Petzoldt. Von ihr wird Geflüchteten in ausfallender Art und Weise ihr Grundrecht auf Asyl abgesprochen. Teilweise werden angeklagte Flüchtlinge innerhalb von zehn Minuten verurteilt. Weiter unterstellt sie Asylsuchenden, dass »deren Lebensunterhalt in der Regel durch Straftaten verdient wird.[...] meist Schwarzarbeit« und bezeichnet Asylsuchende u.a. als »Asyltouristen« und als ein »Heer der Illegalen«. Zwischenzeitlich beschäftigte sich die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) mit den umstrittenen Urteilen und der Art der Rechtssprechung. Die Ermittlungen wegen Rechtsbeugung wurden jedoch nach wenigen Tagen eingestellt. Die Bezeichnung »Asyltouristen« sei keine Beleidigung, die Richterin habe aus ihren »beruflichen Erfahrungen heraus« agiert, so die Begründung der Staatsanwaltschaft. Die Erkenntnis, dass derartige Begriffe üblicherweise aus rassistischen Motiven benutzt werden, hat die Staatsanwaltschaft offensichtlich noch nicht erreicht. Eine XL-Version der Report-Mainz Reportage offenbarte weiter, dass die offensichtlich politisch motivierten Urteile in Eisenhüttenstadt schon seit Jahrzehnten Gang und Gebe sind. In einem 1999 aufgezeichneten Interview mit dem inzwischen pensionierten Richter Werner Ruppert begründet dieser seine Urteile mit der Angst vor einer »Vermi-

schung der Kulturen«. Der Republikanische Anwältinnen- und Anwaltsverein sowie der Rechtsanwalt Volker Gerloff bezeichnen die Urteilsbegründungen treffend: »als eine Art richterlichen nationalen Widerstand«. Daraufhin stellte der ehemalige Präsident des Landgerichts Frankfurt (Oder) Strafantrag wegen Beleidigung gegen Rechtsanwalt Gerloff.



Foto: Ney Sommerfeld

Hungerstreik in der Abschiebefabrik

Aufgrund der Vorkommnisse und Negativberichte der vorhergehenden Wochen errichteten am 16. Juli ca. 30 Refugees und Aktivist*Innen für zehn Tage ein Informations-, Kommunikations- und Solidaritätszelt vor dem Eingang der ZAST in Eisenhüttenstadt. Politisch motivierte Aufhebung der Gewaltenteilung, Hungerstreik im Abschiebeknast, Abschiebungen, sowie der Suizid von Djamaa Isu und weitere Suizidversuche waren die Hauptgründe dafür. Vier Tage vorher traten zehn von damals 13 Inhaftierten in einen Hungerstreik. Ihre Forderungen waren unter anderem die Aufhebung der Haft und aller Abschiebebescheide sowie ein freier und kostenloser Zugang zu Rechtsschutz und Dolmetscher*Innen. Die Eisenhüttenstädter Behörden und das Brandenburgische Innenministerium ignorierten die Forderungen. Trotz teilweisem Hausverbot konnte während der knapp zweiwöchigen Aktion vor der ZAST der Kontakt zu den Hungerstreikenden und Bewohner*innen des völlig überfüllten Lagers intensiviert werden. Anwält*innen und Dolmetscher*innen wurden organisiert. Im Falle von Usman M. führte dies zu dessen Freilassung. Er befand sich zuvor fast 50 Tage in Haft, ohne eine Möglichkeit einen Asylantrag zu stellen. Eine geplante Abschiebung vom Flughafen Tegel vier Wochen zuvor konnte durch Aufklärungsarbeit von Aktivist*innen vor Ort und einem engagierten Mitpassagier verhindert werden. Jedoch wurde ein aus Georgien Geflüchteter, der sich neben Usman M. und drei weiteren Inhaftierten für mehrere Tage im trockenen Hungerstreik befand, in einer Nacht- und Nebelaktion von der Bundespolizei aus dem Eisenhüttenstädter Krankenhaus heraus abgeschoben, obwohl er trotz Zwangsernährung völlig entkräftet war. Der aus Georgien Geflüchtete hatte Unterstützer*innen und einem Seelsorger zuvor geschildert, dass eine Abschiebung einem Todesurteil gleichkäme, da er vor seiner Ermordung geflohen sei. Der Vorfall zeigte eindrücklich, worum es sich bei der »Abschiebefabrik« handelt: ein nahezu perfekt eingespieltes Team, bestehend aus Bundesministerium, Ausländerbehörde, Sicherheitsdienst, Amtsärzt*innen und Bundespolizei.

Prügelnde Nazis und schweigende Mehrheit

Bei all dem Rummel um die Zustände in Eisenhüttenstadt versuchte auch die NPD zwei Wochen nach dem Protest-Camp die Stimmung für sich zu nutzen. Knapp 30 Neonazis samt NPD-Laster planten eine Kundgebung in direkter Nähe zur ZAST. Als 20 Antifas ihnen den Weg zu ihrem Kundgebungsort versperrten, griffen einige der märkischen Neonazis mit Pfefferspray und Fahnenstöcken bewaffnet die Antifaschist*innen an. Ihre Kundgebung wurde daraufhin untersagt. Unter den angreifenden Neonazis befanden sich u.a. der NPD-Stadtverordnete Markus Noack aus Guben sowie der JN-Landesvorsitzende Pierre Dornbrach sowie weitere Neonazis aus Storkow und Fürstenwalde. Zuvor störten sich weniger die lokalen Neonazis an der Protestaktion vor der ZAST, vielmehr schickanierten Anwohner*Innen die Aktivist*Innen, zeigten die Versammlungsleiterin wegen angeblicher Ruhestörung an und riefen rassistische Beleidigungen. Dies ging bis zu Morddrohungen. Solidarität mit den protestierenden Refugees und den Unterstützer*Innen gab es kaum. Auch von Seiten der Stadt gab es weder zum Hungerstreik und zum Protest-Camp, noch zur NPD-Aktion eine offizielle Stellungnahme. Obwohl die Bürgermeisterin der Linkspartei angehört, hat sie offensichtlich Angst das vorhandene rechte Wähler*innenklientel abzuschrecken. Doch zumindest die Stadt wird sich in näherer Zukunft positionieren müssen, denn auf der Internetseite des NPD-Kreisverbandes Oderland kündigten die Neonazis nach ihrer missglückten Kundgebung noch für dieses Jahr eine Demonstration durch Eisenhüttenstadt an. Der genaue Termin ist bislang nicht bekannt. Für die Aktivist*innen ist jedoch klar, dass der Kampf gegen die rassistischen Zustände in Eisenhüttenstadt weitergehen muss. ■

1| http://inforiot.de/artikel/rassismus-widerstand-eisenhuettenstadt
2| www.rav.de/publikationen/mitteilungen/mitteilung/justiz-darf-nicht-kritisiert-werden-br-landgericht-ffo-schuetzt-entgleisungen-am-amtsgericht-eisenhuettenstadt-306/
3| http://inforiot.de/artikel/erneuter-skandal-eisenhuettenstadt
4| http://kein-ort-fuer-nazis.org/2013/08/05/proteste-in-eisenhutten-stadt-npd-mitglieder-greifen-gegendemonstrant_innen-an/

Rechts in der Mitte

Fünf aktuelle Tendenzen zu (Standort-) Nationalismus und Ausgrenzung im Krisen-Europa

Sebastian Friedrich und Patrick Schreiner

In Zeiten der in Europa grassierenden Krise wird einmal mehr deutlich, dass Nationalismus und Ausgrenzung vom Kapitalismus nicht zu trennen sind. Vielfach thematisiert wurde das am Beispiel Griechenlands, wo die extreme Rechte im Zuge der Krise klar im Aufwind ist (AIB 95, AIB 97). Darüber hinaus ist zu vermuten, dass durch die aktuelle Finanzkrise samt ihrer Austeritätspolitik europaweit sowohl das rechtspopulistische als auch das neonazistische Spektrum gestärkt werden dürfte (AIB 98). Aktuelle Analysen zum Zusammenhang von Nationalismus, Ausgrenzung und Krise verdeutlichen aber auch, dass Nationalismus und Ausgrenzung keineswegs auf die extremen Rechte zu beschränken sind (siehe Buchempfehlung). Sie lassen sich vielmehr bis weit in die so genannte politische Mitte hinein feststellen. Davon zeugen fünf aktuelle Tendenzen.



Foto: Flickr.com – uair01 (CC BY 2.0)

Erstens werden im Zuge der Krise in nationalistischer Weise EU-Staaten und ihre Bevölkerungen diffamiert. So fährt in Deutschland die BILD seit 2010 eine dauerhafte Kampagne gegen die Bevölkerung Griechenlands, wenn etwa mit kolonialistischen Argumentationsmustern die vermeintliche Faulheit von Griech_innen zur Erklärung für die wirtschaftliche und soziale Situation Griechenlands herangezogen wird, während die Situation Deutschlands mit dem angeblichen Fleiß der Deutschen begründet wird. Auch viele andere Medien und Politiker_innen stimmen in diesen Reigen regelmäßig ein – und machen damit bewusst Politik. Ähnliche Muster sind auch in anderen europäischen, eher privilegierten Ländern festzustellen. So war der Parlamentswahlkampf in Finnland vor zwei Jahren durch die rechtspopulistischen »Wahren Finnen« geprägt, die ihr Wahlergebnis von 4,1 Prozent auf 19,1 Prozent verbessern konnten. Hauptthema der europafeindlichen »Wahren Finnen« war die Ablehnung von »Hilfskrediten«.

Zweitens wird europaweit zunehmend gegen Migrant_innen und Geflüchtete gehetzt. Dabei ist häufig die Rede von »Wirtschafts-« oder »Armutsflüchtlingen«. Diese Bezeichnungen drücken die Delegitimierung von bestimmten Migrationsbewegungen aus, welche durch Gesetzesinitiativen, den Ausbau von Sicherheits- und Kontrolltechnologien sowie der engeren Zusammenarbeit der EU-Staaten an den europäischen Außengrenzen reguliert und unter Kontrolle gebracht werden sollen. Insbesondere in Bezug auf die Situation von Geflüchteten in den stark von der Krise betroffenen Staaten Italien und Griechenland wird seit etwa zwei Jahren verstärkt über rassistische Gewalt und institutionelle Diskriminierung berichtet. Menschenrechtsorganisationen machen immer wieder auf die durch fehlende staatliche Unterstützung unsicheren und durch Armut geprägten Lebenssituationen von Geflüchteten aufmerksam. So wurden in Griechenland direkt nach Amtsantritt der aktuellen Regierung etwa 25.000 Migrant_innen verhaftet und zeitweise in lagerähnliche Einrichtungen verschleppt. Auch die zuvor durch Sozialdemokrat_innen geleitete Regierung machte mit der Errichtung eines 13 Kilometer langen »Schutzzauns« im Norden des Landes Politik gegen Migrant_innen. In Deutschland sind es insbesondere Migrant_innen aus Bulgarien, Serbien und Rumänien, denen etwa von Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) vorgeworfen wird, sie kämen, um »unsere Sozialsysteme« auszunutzen.

Drittens verschärfen sich auch innerhalb der Nationalstaaten die Ausgrenzung und der Ausschluss von



Menschen, wobei hier auch auf unterschiedliche rassistische Traditionen und Kontinuitäten zurückgegriffen wird. Vor allem in den westeuropäischen Staaten ist im Laufe der letzten Jahre ein Zuwachs an antimuslimischem Rassismus zu verzeichnen, der sich nicht nur auf eine mögliche terroristische Gefahr von außen bezieht, sondern auch in den jeweiligen Staaten lebende Muslime als »Gefahr im Inneren« markiert. Außerdem nahmen im Zuge der letzten Jahre Antiromaismus und Antisemitismus insbesondere in Mittel- und Osteuropa zu. Aber auch der Klassenkampf von oben spitzt sich zu, wofür in Deutschland die medialen Interventionen um Thilo Sarrazin und Peter Sloterdijk (AIB 87) beispielhaft sind. In Großbritannien verschärft sich die Ausgrenzung von pejorativ als »Chavs« bezeichneten Menschen – insbesondere Arbeitslose und prekär Beschäftigte. Armut wird auf zugeschriebene negative Eigenschaften einer ökonomisch, sozial und politisch abgehängten Unterklasse zurückgeführt.

Viertens nehmen nicht nur nationalistische und rassistische Ausgrenzung zu, sondern auch auf Nationalismus und Rassismus basierender partieller Einschluss wird deutlicher. Während etwa in Deutschland täglich Hetze gegen »Armutsmigranten« zu vernehmen ist, wird andererseits um »gut ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland« geworben. Neben Hochqualifizierten werden (meist weibliche) migrantische Haushaltshilfen und Pflegekräfte mit prekärem Aufenthaltsstatus geduldet. Nützlichkeit ist hier ebenso bestimmend, wie wenn es um »Integration« derjenigen geht, deren Eltern oder Großeltern migriert sind. Es findet eine Spaltung in »Nützliche« und »Nutzlose« statt. Die als »nützlich« Angesehenen haben sich gewissermaßen durch ihre »Leistung« und dem daraus resultierenden gesellschaftlichen Beitrag das »In-Deutschland-leben-Dürfen« verdient. Diese Form des Migrations- und Integrationsmanagements zielt nicht auf eine absolute Ausgrenzung von Migrant_innen ab, sondern versucht vielmehr, Teile der als nützlich Begriffenen im Sinne der Verwertung vorübergehend mit einzubeziehen. Ökonomische Nützlichkeit bleibt hier auch zentrale Kategorie zur Bewertung von Menschen.

Die hier angedeuteten aktuellen Erscheinungsformen von Nationalismus und (rassistischer) Aus- und Eingrenzung können nicht auf einen Nenner gebracht werden, da sie von unterschiedlichen historischen, sozialen und politischen Kontexten abhängen.

Übergreifend ist allerdings **fünftens** festzustellen, dass Nationalismus und Ausgrenzung für neoliberale Kürzungs- und Austeritätspolitik unmittelbar anschlussfähig sind. So ist Standortnationalismus ein zentrales Element des aktuellen neoliberalen Kapitalismus. Die scharfe zwischenstaatliche Konkurrenz um Kapital, Märkte, Investitionen ist seine Grundlage. Ihretwegen werden Löhne und Steuern gesenkt, Arbeitsverhältnisse prekarisiert, Gewerkschaften geschwächt und Märkte dereguliert. Diese Ideologie geht mit der Vorstellung einher, in der internationalen Wirtschaft gebe es notwendig und richtigerweise Gewinner und Verlierer. Die deutschen Überlegenheitsgefühle im Zuge der Eurokrise sind Konsequenz nicht nur, aber auch standortnationalistischer Vorstellungen von »Wir« und »Sie«. Im Neoliberalismus ist ebenso wie im Nationalismus und in verschiedenen Ausgrenzungsformen – wie etwa Rassismus – die Vorstellung vorherrschend, dass Ungleichheit natürlich oder legitim ist. Seien es unterschiedliche (Miss-)Erfolge in der Standortkonkurrenz zwischen Staaten oder Erwerbslosigkeit, soziale Verelendung und Klassenstrukturen innerhalb der Staaten: Rivalität wird als Motor immer ungleicherer Gesellschaften, Reichtum bzw. Wohlstand als Verdienst und Armut bzw. Elend als eigene Schuld interpretiert. ■

Zum Zusammenhang von Nationalismus, Ausgrenzung und der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa erschien jüngst ein Sammelband:



Sebastian Friedrich / Patrick Schreiner (Hg.), **Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa**, Münster: edition assemblage 2013, ISBN 978-3942885362. Die meisten der in diesem Artikel aufgegriffenen Überlegungen und Feststellungen gehen auf verschiedene Texte dieses Buches zurück.

»Es steckt viel Hitler in Wagner«

Anmerkungen zum »Richard-Wagner-Jahr«

Mit dem aus Anlass des 200. Geburtstags des Komponisten ausgerufenen »Wagner-Jahr« 2013 erreichte ein medialer Hype seinen Höhepunkt, der zugleich als Prozess der zunehmenden Rehabilitierung des »größten Antisemiten unter den Komponisten« (Jüdische Allgemeine) betrachtet werden kann.

Im Zeichen eines nach Events hechelnden Medienbetriebs sind Wagner-Opern heutzutage zum multimedialen Ereignis geworden. Es gibt einen regelrechten Wettbewerb zwischen den führenden internationalen Opernhäusern um die aufwändigste Neuinszenierung von Wagners monumentalem Ring des Nibelungen. Dass Wagner ein fanatischer Antisemit und glühender Nationalist gewesen ist, ein Vorläufer der NS-Ideologie und -propaganda, Impulsgeber nationalsozialistischer Masseninszenierungen und Reichsparteitagschoreographien und überdies eine wichtige Inspirationsquelle für Hitlers Selbstverständnis als Führer und Erlöser des deutschen Volkes – das gerät dabei gerne zur Nebensache.

Im Kern geht es beim Streit um die Causa Wagner um die Frage nach dem Verhältnis von Person und Werk und dem Maß an Verantwortung, das man Wagner für seine spätere Inanspruchnahme durch die Nationalsozialisten zuschreiben kann. In der Geschichte des deutschen Antisemitismus spielt Richard Wagner eine nicht unwichtige Rolle. Mit seinen theoretischen Schriften hat er den Vordenkern der nationalsozialistischen Rassentheorie, allen voran Houston Steward Chamberlain und Alfred Rosenberg – und schließlich auch Adolf Hitler, wichtige Impulse gegeben. Was jedoch seine Bühnenwerke betrifft, ist der Fall komplizierter. Kann und darf man die Opern unabhängig von ihrem Schöpfer und seiner Gesinnung betrachten? Und wie steht es um die Musik? Kann Musik als Vehikel politischer Gesinnung gelten – oder steht sie außerhalb gesellschaftlicher und historischer Diskurse?

Zentraler Manifestationspunkt des Wagnerschen Antisemitismus ist der 1850 entstandene Text »Über das Judentum in der Musik«, den Wagner zu Lebzeiten in mehreren Auflagen verbreiten ließ. Es handelt sich bei diesem Text im Wesentlichen um eine krude Aneinanderreihung antijüdischer Ressentiments. Der Schlussabsatz des Textes gilt als zentrale Belegstelle für ein exterminatorisches Moment des Wagnerschen Antisemitismus. Wagner verwirft hier die Emanzipation als Mittel einer gesellschaftlichen Integration der Juden – um anschließend »Erlösung« als einzig möglichen Ausweg zu proklamieren. Erlösung freilich qua Untergang: »Gemeinschaftlich mit uns Mensch werden, heißt für den Juden aber zu allernächst soviel als: aufhören, Jude zu sein. [...] Aber bedenkt, dass nur eines eure Erlösung von dem auf euch lastenden Fluche sein kann: die Erlösung Ahasvers – der Untergang!«

Adorno erläutert die Passage folgendermaßen: »Ungeschieden liegen darin beisammen der Marxsche Gedanke von der gesellschaftlichen Emanzipation der Juden als der Emanzipation der Gesellschaft vom Profitmotiv, für das sie symbolisch einstehen, und der von der Vernichtung der Juden selber.« Der Akzent liegt dabei unzweideutig auf dem Motiv der Vernichtung. In diesem Punkt berührt sich Wagners Denken unmittelbar mit der nationalsozialistischen Rassenideologie und ihren furchtbaren Konsequenzen: »Der Wagnersche Antisemitismus versammelt alle Ingredienzien des späteren in sich. [...] Selbst den Gedanken von der Vernichtung der Juden hat er bereits konzipiert. Von seinen ideologischen Nachfahren unterscheidet er sich dabei nur, indem er die Vernichtung der Rettung gleichsetzt.« Oder, mit Thomas Mann auf den Punkt gebracht: »Es steckt viel ›Hitler‹ in Wagner.« Wer von einem Missbrauch Wagners durch den Nationalsozialismus spricht, muss diesen Akt ideologischer Wegbereitung ausblenden.

Wie steht es aber um die Werke Wagners? Man kann feststellen, dass

sich in einzelnen Opern Versatzstücke antisemitischen Denkens ausmachen lassen, etwa in der Gestalt der Zwerge Mime und Alberich aus dem Ring, die dem zeitgenössischen Klischeebild des raffgierigen und krummbeinigen Juden nachempfunden sind. Nimmt man aber das Gesamtkorpus von Wagners Opern in den Blick, so scheint angesichts des marginalen Bestands an Referenzstellen eine antisemitische Haltung nicht so einfach belegbar.

Stärker ins Gewicht fällt das in praktisch allen Opern Wagners zentrale Motiv der Erlösung qua Untergang, das sich als ein roter Faden nicht nur durch die Bühnenwerke zieht. Erlösung als Schlüsselmotiv des Wagnerschen Denkens kulminiert in seiner letzten Oper Parsifal. 1975 löste der Germanist Hartmut Zelinsky in Fachkreisen und Wagnerzirkeln einen veritablen Skandal aus, als er das im Parsifal verherrlichte Gralsritual als protofaschistischen Blutskultus decouvrierte, in dem die auf Reinheit des Blutes abhebende nationalsozialistische Rassenlehre ihren bildlichen Anknüpfungspunkt fand.

Die Oper Parsifal ist das letzte Mosaikstück im Prozess der Selbstüberhöhung Wagners und der von ihm und seinen Epigonen betriebenen Etablierung einer protofaschistischen Kunstreligion, in deren Mittelpunkt der »Grüne Hügel« in Bayreuth steht – als Weihestätte und Pilgerort des Wagner-Kultes. In der Auratisierung des Ortes Bayreuth und der damit einhergehenden messianischen Selbstinszenierung des Komponisten fand schließlich Hitler das Modell der eigenen Stilisierung als Führer und Heilsbringer des deutschen Volkes. Schon in den frühen zwanziger Jahren gehörte Hitler zu den Besuchern Bayreuths, und Bayreuth, das sich unter dem Regiment von Wagners Witwe Cosima mehr und mehr zu einer Keimzelle antisemitischer Propaganda entwickelt hatte, empfing den Führer der »Bewegung« mit offenen Armen. Nicht nur die greise Cosima, die selbst eine glühende Antisemitin war – auch Houston Stewart Chamberlain war, nachdem er im Jahre 1908 Cosimas Tochter Eva geheiratet hatte, Bewohner der Hauses »Wahnfried«. Mit dem Buch »Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts« hatte Chamberlain einen Schlüsseltext des deutschen Antisemitismus geschaffen, auf den sich sowohl Rosenberg als auch Hitler berufen haben. Die Wagners waren also nicht nur ideologisch, sondern auch dynastisch mit den Wegbereitern des NS verbunden.

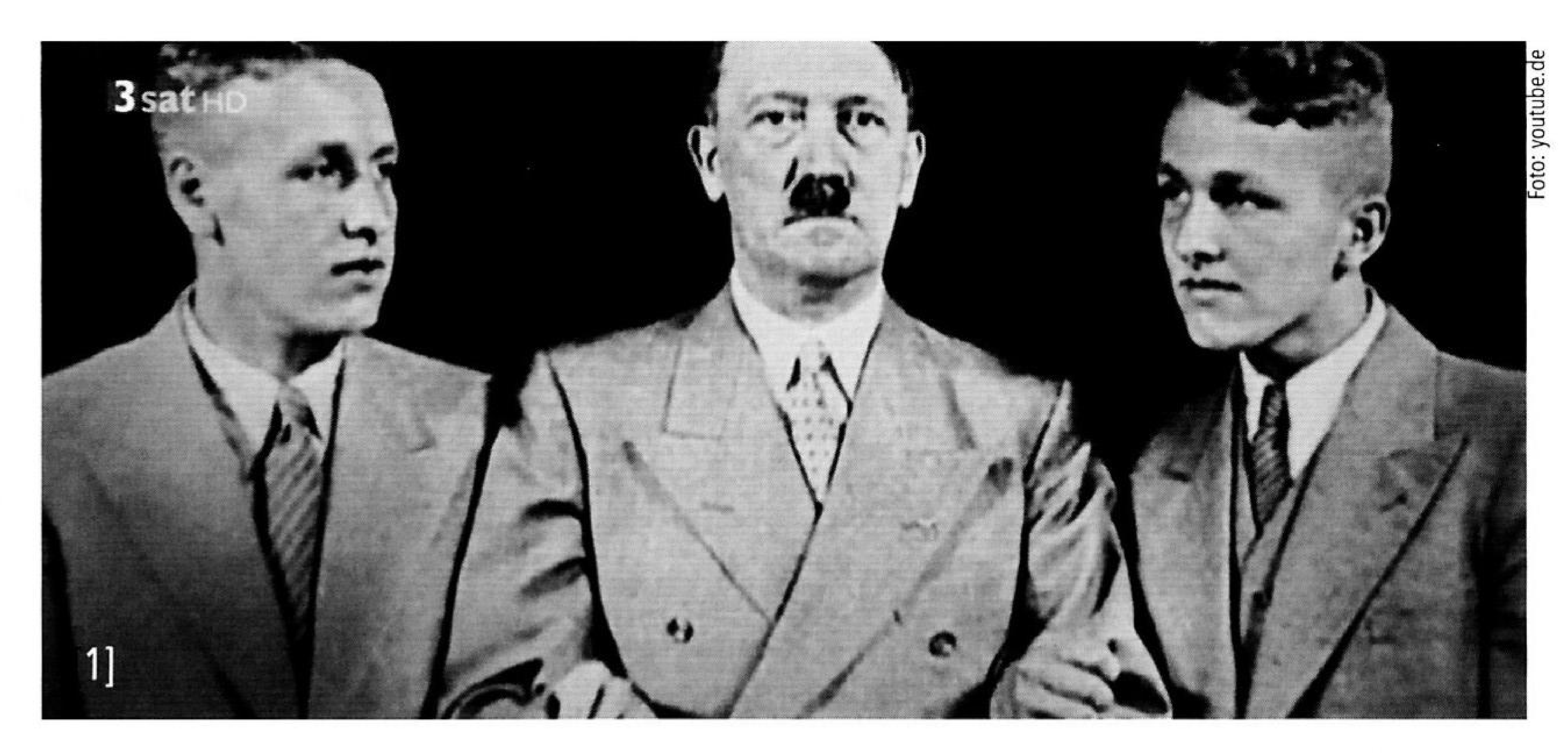


Foto: youtube.de

[1] Der Wagner-Clan mit »Onkel Wolf« als Hausfreund. V.l.n.r. Wieland Wagner, Adolf Hitler, Wolfgang Wagner.

Mit dem politischen Aufstieg Hitlers und der Übernahme der Festspielleitung durch Winifred, der Ehefrau von Richards Sohn Siegfried, intensivierte sich die Verbindung des Wagner-Clans mit den nationalsozialistischen Eliten in jeder Hinsicht. Winifred war eine glühende Verehrerin Hitlers, so wie Hitler ein glühender Verehrer des Komponisten war. Diese Verbindung zahlte sich auch finanziell aus. Hitler rettete den Festspielbetrieb, der seit seiner Gründung ein Minusgeschäft war, vor dem Ruin und sorgte fortan für eine solide finanzielle Ausstattung. Hitler war weit mehr als bloßer Gast der Wagner-Familie, er wurde zum Hausfreund und Vertrauten, den man auf Wahnfried für gewöhnlich »Onkel Wolf« nannte.

Hitler blieb in der Bayreuther Welt auch nach 1945 allgegenwärtig. Was sich änderte, war lediglich die Sprachregelung. Statt familiär-freundschaftlich von »Onkel Wolf« zu sprechen, bediente sich Winifred fortan eines Akronyms, wenn die Rede auf Hitler kam: USA – das stand in Winifred Diktion für »Unser Seliger Adolf«.[1]

Eine »Stunde Null« hat es in Bayreuth ebenso wenig gegeben wie in der BRD. Zwar proklamierte Wieland Wagner die Neugeburt Bayreuths als »Neo-Bayreuth« und ersetzte den herkömmlich-altväterlichen Inszenierungsstil mit Flügelhelm und Bärenfell durch eine abstrakt-symbolistische Ästhetik. Für den, der es sehen wollte, blieb der historische Kontext dennoch präsent, denn Wielands mit abstrakten Lichteffekten arbeitenden Inszenierungen wiesen eine frappante Nähe zu der von Albert Speer entwickelten Ästhetik von »Licht-Domen« auf.

Wie soll man unter diesen Voraussetzungen mit Wagners künstlerischem Erbe umgehen? Die Forderung nach einem generellen Aufführungsverbot erscheint unangemessen. Selbst in Israel, wo ein solches Verbot gesetzlich verankert wurde, ist es umstritten. Sinnvoller wäre eine diskursivere Aufführungspraxis, also Inszenierungen, die den historisch-politischen Kontext kenntlich machen. Wie jüngst das Beispiel der Tannhäuser-Inszenierung an der Düsseldorfer Rheinoper zeigte, erscheint eine solche Forderung angesichts des Wettlaufs der Opernhäuser um den größtmöglichen medialen Hype jedoch illusorisch.[2] Und solange die deutsche »Eliten« es opportun finden, sich jährlich an der Bayreuther Aura zu berauschen, wird auch die Forderung nach einer Einstellung der öffentlichen Finanzierung des Festspielbetriebes eine unrealistische Forderung bleiben. ■

1| Vgl. dazu den fünfstündigen Interviewfilm von Hans Jürgen Syberberg »Winifred Wagner und die Geschichte des Hauses Wahnfried 1914–1975«, BRD 1975, sowie die autobiographischen Aufzeichnungen von Wielands Sohn Gottfried: Gottfried Wagner: Wer nicht mit dem Wolf heult. Autobiographische Aufzeichnungen eines Wagner-Urenkel, Köln 1997

2| In seiner Inszenierung wählte Regisseur Burkhard C. Kosminski drastische Bilder, um auf die Verbindung zwischen Wagnerschem Antisemitismus und der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik anzuspielen. Teile der Handlung ließ er in einem KZ spielen, Erschießungen und sogar der Tod in den Gaskammern wurden auf der Bühne nachgestellt – unter Einsatz von reichlich Kunstnebel. Nicht nur die jüdische Gemeinde protestierte energisch gegen die effekthascherische Zurschaustellung der Shoah, so dass sich die Rheinoper schließlich genötigt sah, die Inszenierung abzusetzen. Vgl. www.zeit.de/kultur/musik/2013-05/tannhauser-duesseldorf-wird-angesetzt

»Wild Bill« setzte auch auf Kommunisten

Das Nationalkomittee »Freies Deutschland« (NKFD) wurde am 12./13. Juli 1943 in Krasnogorsk bei Moskau gegründet. In ihm befanden sich sowohl Militärs der deutschen Wehrmacht, die sich in russischer Kriegsgefangenschaft offen gegen Nazideutschland positionierten, als auch deutsche kommunistische Emmigrant_innen.

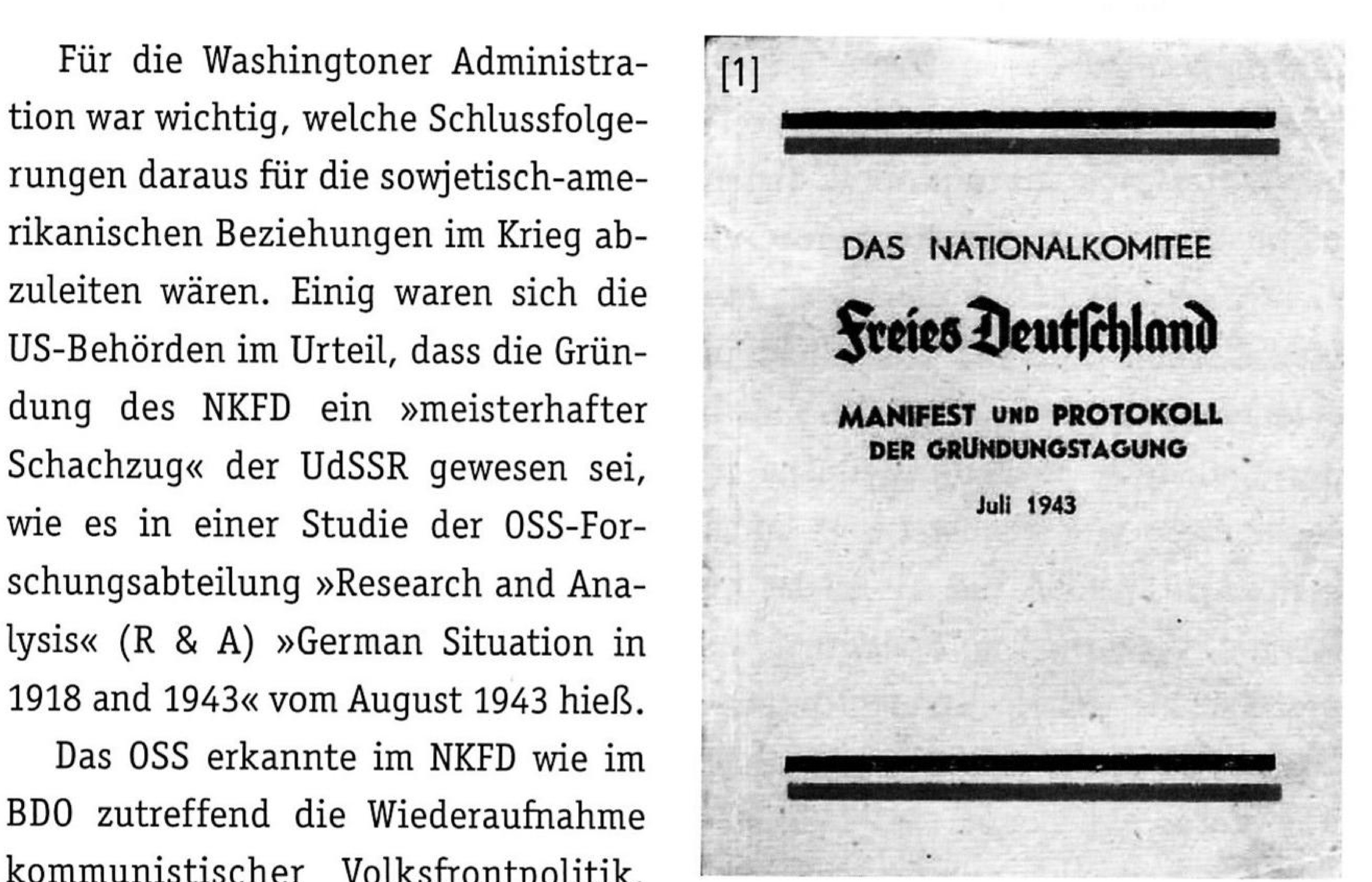
Peter Fisch

Nachdruck aus »Neues Deutschland« vom 13./14. Juli 2013. Mit freundlicher Zustimmung der »Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH«.

Bereits wenige Tage nach der Konstituierung des NKFD stellte der Leiter der Planungsgruppe des US-Geheimdienstes »Office of Strategic Services« (OSS), James Rogers, fest, dies sei einer »der weitreichendsten Schritte, den die sowjetischen Regierungsstellen bis jetzt mit Auswirkungen auf ihre zukünftigen Beziehungen zu den Vereinten Nationen unternommen haben«. Auch die Gründung des Bundes Deutscher Offiziere (BDO) am 21./22.September 1943 in einem Gefangenenlager in Lunjowo, ebenfalls bei Moskau, sowie die Entstehung analoger Bewegungen »Freies Deutschland« in den westlichen Ländern (Frankreich, England, Mexiko u. a.) wurden in den USA aufmerksam und zugleich argwöhnisch beobachtet.

Für die Washingtoner Administration war wichtig, welche Schlussfolgerungen daraus für die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen im Krieg abzuleiten wären. Einig waren sich die US-Behörden im Urteil, dass die Gründung des NKFD ein »meisterhafter Schachzug« der UdSSR gewesen sei, wie es in einer Studie der OSS-Forschungsabteilung »Research and Analysis« (R & A) »German Situation in 1918 and 1943« vom August 1943 hieß.

Das OSS erkannte im NKFD wie im BDO zutreffend die Wiederaufnahme kommunistischer Volksfrontpolitik. Von allen 33 Personen, Wehrmachtsoffizieren wie Zivilisten, die das Manifest des NKFD unterzeichnet hatten, wurden Psychogramme erarbeitet. Das erste OSS-Fazit lautete: Das NKFD ist kommunistisch dominiert, wird von der sowjetischen Führung unterstützt und strebt eine breite Front aller Hitler-Gegner an, bei gleichzeitigem Verzicht auf eine revolutionäre Strategie. Im Fokus des Interesses des OSS standen die Programme des NKFD und BDO. Erkannt wurde die vorrangige Absicht psychologischer Einwirkung auf die Wehrmachtssoldaten sowie deren Angehörige in Deutschland. Man vermutete, das deutsche Heer solle zum Rückzug nach Deutschland, zum Sturz des Hitler-Regimes sowie zur Bildung einer »nationalen Regierung« bewogen werden. Dies würde freilich mit dem alliierten Grundsatz der bedingungslosen Kapitulation Nazideutschlands (Casablanca-Formel) kollidieren. Einige OSS-Analysten hegten die Befürchtung eines deutsch-sowjetischen Separatfriedens bzw. die Nutzung des NKFD als Trumpfkarte in den Verhandlungen zwischen den Alliierten.


DAS NATIONALKOMITEE
Freies Deutschland
MANIFEST UND PROTOKOLL
DER GRÜNDUNGSTAGUNG
Juli 1943

[1] Manifest der Gründungsversammlung des »Nationalkomitees Freies Deutschland«

Noch während die Schlachten in Ost und West tobten, sah das OSS bereits die »Gefahr der Sowjetisierung Ost- und Mitteleuropas« nach dem Krieg. Lange Zeit hielt sich im US-Geheimdienst die Auffassung, Stalin beabsichtige aus dem NKFD die deutsche Nachkriegsregierung zu formieren. Aus diesem Grund war das OSS sehr daran interessiert, ein konkretes Stimmungsbild der Deutschen im »Reich« und deren Meinungen zum NKFD und BDO zu ermitteln. Diese analytische Arbeit erbrachten Emigranten, die vor Hitlers Machtantritt der Frankfurter Schule angehört hatten. Die Resultate waren ernüchternd: Eine übergroße Mehrheit der Deut-



[1] Sitzung des NKFD, sitzend rechts: Erich Weinert, Präsident des Komitees, links daneben: General von Seydlitz.

schen sei nicht bereit, mit dem Regime zu brechen, obwohl dessen Agonie 1944/Anfang 1945 längst offensichtlich war.

Etwa Mitte 1944 entwickelte das OSS neue Denkansätze zur Paralysierung des NKFD: Erwogen wurden amerikanische Gegen- oder Komplementärmaßnahmen (u. a. Etablierung eines ähnlichen Komitees oder einer »Generalsgruppe« analog des BDO bzw. einer deutschen Exilregierung), zweitens Verbesserung der eigenen psychologischen Kriegsführung und drittens Festigung der Beziehungen zur UdSSR. Die Gründung von Gegen-Komitees scheiterte an Zerwürfnissen innerhalb der deutschen Emigration in den USA sowie an divergierenden Auffassungen zwischen dem State Department, dem OSS, der R & A-Abteilung und dem Berner OSS-Residenten John Foster Dulles.

Entscheidend war letztlich, dass US-Präsident Franklin D. Roosevelt ohne Einschränkung am Bündnis mit Stalin festhielt, auch um zu verhindern, dass Deutschland die Alliierten gegeneinander ausspielte.

Maxime der USA war Ende 1944 /Anfang 1945, die eigene militärische Präsenz in Europa auszubauen. Ergänzend dazu sollten deutsche Kriegsgefangene in der Kriegspropaganda stärker eingespannt sowie deutsche Emigranten aus dem Umkreis der auch in Amerika gegründeten Bewegungen »Freies Deutschland« für einen geheimdienstlichen Einsatz in Deutschland rekrutiert werden. Nach Genehmigung durch das Alliierte Oberkommando im November 1944 verwies OSS-Direktor William Joseph (»Wild Bill«) Donovan explizit darauf, hierfür auch linksorientierte Emigranten zu gewinnen, Kommunisten eingeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt hatten Briten und Amerikaner bereits 25 sowjetische Kundschafter nach Europa eingeschleust.

Insgesamt organisierte das OSS zwischen September 1944 und Mai 1945 den Einsatz von 55 Gruppen in Deutschland; dazu kamen noch 76 kurzfristige Sonderkommandos. Für die OSS-Aktion »Hammer« unter dem Kommando des 29-jährigen US-Leutnant Joseph Gould im März 1945 war zwecks fähiger Einsatzkandidaten Kontakt zum deutschen Kommunisten und US-Oberstleutnant Jürgen Kuczynski in London aufgenommen worden, der dort im »Strategic Bombing Survey« tätig war. Der spätere Nestor der DDR-Wirtschaftswissenschaften sorgte zugleich dafür, dass der Nachrichtendienst der Roten Armee (GRU) und die Moskauer KPD-Führung entsprechend informiert wurden. Besonders enge Kontakte, vermittelt durch den US-Diplomaten und Gründer einer Hilfsorganisation Noel H. Field, unterhielt der OOS zum kommunistisch dominierten »Comité ›Allemagne libre‹ pourl'Ouest« (CALPO) in Frankreich.

So widersprüchlich sich die Beziehungen zwischen dem US-Geheimdienst OSS und den Bewegungen »Freies Deutschland« gemäß der divergierenden Interessenlage der Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition gestalteten, so widerspiegelten sie doch auch einigende Momente. Die US-Behörden waren bereit, ihr Misstrauen gegenüber dem NKFD im Interesse des Sieges über Hitlerdeutschland zurückzustellen. Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erhielten zwei deutsche Kommunisten, Anton Ruh und Paul Lindner, den Silver Star, eine hohe militärische Auszeichnung der USA. Sie waren mit Hilfe Kuczynskis im Umfeld des britischen Komitees »Freies Deutschland« für die Gould-Mission gewonnen worden und wurden in den letzten Kriegswochen 1945 bei Berlin mit dem Fallschirm abgesetzt, um für den OSS Informationen aus der Reichshauptstadt zu liefern. Die Ehrung nahmen 2006 posthum deren Kinder entgegen. ■

Ambivalentes Strafen

»Die Privatisierung im Strafvollzug erweist sich als großer wirtschaftlicher und qualitativer Erfolg«, sagte der damalige hessische Justizminister Christean Wagner (CDU) 2004 nach der Vertragsunterzeichnung. Gerade hatte er mit der Firma Serco GmbH & Co. KG aus Bonn einen Betreibervertrag für die erste teilprivatisierte Justizvollzugsanstalt (JVA) der Bundesrepublik in Hünfeld unterzeichnet. Doch dieser Optimismus ist mittlerweile einer gewissen Zurückhaltung gewichen.

Johannes Spohr

Johannes Spohr ist freier Journalist und Autor, lebt in Berlin und publiziert unter anderem auf www.preposition.de

PPP-Projekte im deutschen Strafvollzug

Eine vollständige Privatisierung des Strafvollzuges ist in Deutschland unmöglich, da er eine klassisch »hoheitliche« Staatsaufgabe ist, die unter dem Schutz des Rechtsstaatsprinzips steht.[1] Bei einer Teilprivatisierung im Rahmen einer sogenannten Public Private Partnership (PPP) werden bestimmte Aufgabenbereiche privaten Firmen übertragen. Dazu gehört beispielsweise die Reinigung, Wartung und Instandhaltung der Gebäude und technischen Anlagen, Videoüberwachung, Verpflegung der Gefangenen, Stellung des Anstaltsarztes und des Pflegepersonals in der Krankenstation, psychosoziale Betreuung, Betrieb der Werkstätten für Aufträge von Unternehmen, schulische und berufliche Bildung der Gefangenen, Sport- und Freizeitangebote sowie kaufmännische und sonstige Verwaltungstätigkeiten. In der Hessischen JVA Hünfeld umfasst dies etwa 45 Prozent der notwendigen Arbeiten. Justizbeamte bleiben hingegen weiterhin für Aufnahme und Entlassung, Vollzugsplanung, Lockerungsentscheidungen, Disziplinarmaßnahmen, Kontrolle der Außenkontakte und der gesamten Organisationshoheit verantwortlich, also für jene Bereiche, bei denen es um »Eingriffsbefugnisse« gegenüber den Häftlingen geht.

Von der Teilprivatisierung wird sich vor allem eine Minderung der Kosten erhofft. In Hessen priesen die beteiligten Firmen einen Vorteil von 15 Prozent für das Land an, die Firma Bilfinger versprach dem Land Sachsen einen Effizienzvorteil von 12,5 Prozent. Kosten werden unter anderem beim Personal eingespart: Privat Angestellte erhalten meist prekäre und befristete Verträge.

In teilprivatisierte JVAs können meist nur bestimmte, privilegierte Häftlinge kommen. In Hessen sind es beispielsweise nur »Erstverbüßer« mit einer Vollzugsdauer zwischen 25 und 60 Monaten.

Nach der JVA Hünfeld wurden zunächst 2009 die JVAs Offenburg (Baden-Württemberg) und Burg (Sachsen-Anhalt), 2013 die JVA Bremervörde (Niedersachsen) in einem teilprivatisierten Betrieb eröffnet. Das Bundesverfassungsgericht hat Anfang 2012 entschieden, dass auch der teilprivatisierte Betrieb des Maßregelvollzuges[2] grundsätzlich zulässig ist.

In den verschiedenen teilprivatisierten JVAs sind eine ganze Reihe von Firmen involviert. Für die im Januar 2013 eröffnete JVA Bremervörde erfolgte beispielsweise schon die Planung und der Bau durch einen privaten Partner, die BAM Deutschland AG aus Stuttgart, die als Auftragnehmer fungierte und ihrerseits weitere Firmen beauftragte. Das Unternehmen investierte bislang rund 66 Millionen Euro und hat mit dem Land Niedersachsen einen Vertrag geschlossen der über 25 Jahre läuft. Das Unternehmen ist künftig für den »technischen und sicherheitsrelevanten Bereich« der JVA verantwortlich. Mit dem »infrastrukturellen Objektmanagement« dagegen ist die Hectas Gebäudedienste Stiftung & Co. KG betraut. Das Unternehmen mit Hauptsitz in Wuppertal kümmert sich um die Gebäudereinigung, Hausmeister- und Winterdienste, die Pflege der Außenanlagen, die Ausstattung und »Beschäftigung« der Gefangenen, sowie um Verwaltungsdienste. Die Verpflegung der Gefangenen übernimmt die Berliner Firma Dussmann Service GmbH Deutschland, die ihr Geld unter anderem damit verdient Essenspakete in Abschiebeknäste zu liefern. Den Firmen, die die Arbeiten von Gefangenen in Anspruch nehmen, kommt zugute, dass diese in Deutschland zur Arbeit verpflichtet sind. Wer sich weigert, dem drohen der Entzug von Vergünstigungen oder Disziplinarmaßnahmen.

Kritik

Das Model teilprivatisierter Knäste ist inzwischen häufig in die Kritik gera-



ten. Dabei geht es in der Regel vor allem um ihre mangelnde wirtschaftliche Rentabilität. Der hessische Landesrechnungshof bemängelte 2012 im Zuge der geplanten Verlängerungen der Verträge für die JVA Hünfeld, zwischen 2006 und 2010 habe es vermeidbare Mehrkosten von rund 1,5 Millionen Euro gegeben. Auch der Bund der Strafvollzugsbeamten Deutschlands (BSBD) forderte eine Rückverstaatlichung. Trotz allem beschloss die hessische Landesregierung im Juli 2012 die Fortführung des teilprivatisierten Betriebs. Anders sieht es in Offenburg aus: Das PPP-Verfahren soll dort bis 2014 vollständig in die öffentliche Hand zurückgeführt werden. In Sachsen-Anhalt hat der Landtag inzwischen beschlossen, die Privatisierung der Justizvollzugsanstalt Burg teilweise rückgängig zu machen. Zum 30. April wurden drei Dienstleistungsverträge (Verpflegung, Reinigung, EDV-Systembetreuung) mit dem Betreiber gekündigt werden. In Bayern wurde ein PPP-Projekt wegen »Unwirtschaftlichkeit« aufgegeben (JVA Gablingen bei Augsburg). Bei der neu entstandenen JVA Heidering in Großbeeren bei Berlin wurde bewusst auf die Teilprivatisierung verzichtet. Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) brach die Verhandlungen mit privaten Sicherheitsunternehmen im Oktober 2012 ab. Eine Einigung sei aufgrund unterschiedlicher finanzieller Vorstellungen nicht möglich gewesen. Für den Gefangeneneinkauf, also den monopolisierten Verkauf von Gebrauchsgütern an die Gefängnisinsassen, soll jedoch ein Anbieter gesucht werden, ob Küche und Kantine selbst betrieben werden, sei noch unklar.

Die Tendenzen im deutschen Strafvollzug sind also ambivalent. Über die veränderten Bedingungen für die Gefangenen wird jedoch in den Debatten kaum ein Wort verloren. Aus den betroffenen Gefängnissen gibt es Berichte über zusätzliche Kosten für Gefangene für Strom und Medikamente. Die Hamburger Firma Telio verdient bundesweit viel Geld mit speziell für Gefängnisse konzipierten Telefonapparaten, auf die die Gefangenen angewiesen sind, weil ihnen nichts anderes gestattet ist. Auch die bayerische Logistikfirma Massak, die in über 50 Gefängnissen den Gefangeneneinkauf betreibt, verdient mit hohen Preisen an deren Abhängigkeit und ist deswegen bereits mehrfach kritisiert worden. Auf dem Internetportal knast.net wird über die teilprivatisierte JVA Offenburg in Baden-Württemberg berichtet, dass es dort kaum Freizeitangebote gebe, Fernsehanschluss und Einkauf seien zu teuer, der Arbeitslohn sei miserabel und der Hof zu klein. In der JVA Burg kam es seit 2009 sogar zu mehreren Hungerstreiks und Protestaktionen durch Inhaftierte und Sicherungsverwahrte.

Besonders teilprivatisierte Haftanstalten birgen eine weitere Gefahr: Wenn mit Gefängnissen Geld verdient werden soll, muss es auch genügend Gefangene geben. Langfristig könnte es zu einer Rückwirkung auch auf die Rechtsprechung der Gerichte kommen. Dem öffentlichen Willen zum Strafen würde das nur entgegenkommen. ■

1| Artikel 20 Abs. 3 GG. Gemäß Artikel 79 Abs. 3 GG können die in Artikel 20 GG niedergelegten Grundsätze – also auch das Rechtsstaatsprinzip – nicht durch eine Änderung des Grundgesetzes außer Kraft gesetzt werden.

2| Im Maßregelvollzug (Forensik) werden Menschen untergebracht, die als »psychisch krank« oder drogenabhängig und damit als schuldunfähig oder vermindert schuldfähig angesehen werden.

Schwimmbadverbot für Asylbewerber_innen in der Schweiz

1| www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/schweiz-badeverbot-fuer-asylbewerber-12452738.html.
2| www.tagesanzeiger.ch/schweiz/Nicht-fuenfzig-Asylbewerber-gleichzeitig-in-die-Badi/story/19103730
3| www.aargauerzeitung.ch/aargau/kanton-aargau/bund-und-stadt-rechtfertigen-das-rayonverbot-fuer-asylbewerber-127003109.

Am 5. August 2013 bezogen 23 Personen, darunter zwei Kinder, die neu eingerichtete Asylunterkunft in Bremgarten, Kanton Aargau in der Schweiz. Das Bundesamt für Migration (BfM) und die Gemeinde Bremgarten hatten bereits im April über den temporären Betrieb der Unterkunft einen Vertrag abgeschlossen. Teil dessen war eine Vereinbarung in der 32 Zonen innerhalb der 6000 Einwohner_innen-Gemeinde festgelegt wurden, in denen sich Asylsuchende nach dem Wunsch der Gemeinde nicht aufhalten sollen. In einer der offiziellen Vereinbarung beigefügten Karte sind die »sensiblen Zonen« rot markiert. Darunter fallen beträchtliche Teile der Innenstadt inkl. Bibliothek, Altersheim, Kirchvorplatz, Schule und Sportanlagen. Diese Bereiche dürfen von Asylsuchenden nur nach Einladung oder behördlicher Genehmigung in Begleitung von Betreuungspersonen betreten werden. »Wenn Asylsuchende in die Schweiz kommen, sollte man ihnen nicht den roten Teppich auslegen«, rechtfertigt die Aargauer Sozialministerin Susanne Hochuli (Grüne) die Einschränkung der Rechte von Asylsuchenden.[1]

Seit Änderung der Asylgesetze im Juni 2012 ist die Festlegung von Verbotszonen, in Absprache mit dem BfM, gängige Praxis und wird vielerorts entsprechend umgesetzt. Während bisher, trotz medialer Berichterstattung und Protesten der Menschenrechtsgruppe Augenauf, die breite Empörung ausblieb, regt sich langsam Widerstand.

Jurist_innen bewerten die kollektive und präventive Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden als nicht mit dem Schweizer Recht vereinbar. Das BfM und die Gemeinde geraten langsam in Bedrängnis und möchten die Zonen nicht mehr als Verbotszonen verstanden wissen. Sie seien vielmehr eine Empfehlung und bei Nichtbeachtung keinesfalls mit Sanktionen belegt. Weitere Schikanen wie die Ausgangssperre zwischen 17 und 9 Uhr sowie der Ausschluss der Kinder vom regulären Schulunterricht bleiben bestehen. Bei der Vereinbarung über solche Zonen sei lediglich auf in der Bevölkerung vorhandene Ängste reagiert worden, so der Chef des BfM Mario Gattiker: »Zu konkreten Zwischenfällen kommt es zwar selten. Aber es geht nicht zuletzt darum, dem gewachsenen subjektiven Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung Rechnung zu tragen.«[2]

Dass trotz der Skandalisierung und des Medienrummels die Kritik beim Gemeindepräsidenten Raymond Tellenbach (FDP) noch immer nicht angekommen zu sein scheint, verdeutlicht nichts besser als der zynische Kommentar, dass das Badeverbot im Freibad ausgesprochen wurde, weil es sein könne, dass Asylsuchende nicht schwimmen könnten. Abhilfe verspricht das BfM: »Wir schauen nun, ob es möglich ist, im Innenhof des Zentrums Duschen anzubringen, wo sich die Bewohner abkühlen können.«[3] ■

Verurteilung nach rassistischer Mordserie in Ungarn

Es ist eine rassistische Mordserie, die in der jüngeren Geschichte Ungarns ihres Gleichen sucht: Eine Gruppe von Neonazis zündet von Roma bewohnte Häuser an und schießten anschließend auf die Flüchtenden. In den Jahren 2008 und 2009 verübten sie mindestens neun Anschläge, sechs Roma-Angehörige wurden dabei ermordet. Fünf weitere lebensgefährlich verletzt wurden. Laut Anklage wollten die Täter gewaltsame Reaktionen in der Roma-Gemeinde hervorrufen, um eine antiziganistische Stimmung zu schüren. Es ging ihnen um die »Lösung des Zigeunerproblems«.

Die Serie begann am 21. Juli 2008, als die Täter auf ein von Roma bewohntes Haus in Galgagyörk schossen. Bei diesem und drei weiteren Anschlägen nach dem gleichen Muster wurden noch keine Menschen getroffen und so änderten die Täter ihr Vorgehen: Am 3. November 2008 zündeten sie in Nagycsécs ein Haus mit Molotow-Cocktails an und schossen auf die Flüchtenden. Die 40-jährige Romni Eva Nagy sowie ihr Schwager Jozsef Nagy wurden getötet. Der Ehemann Tibor Nagy wurde schwer verletzt.

Bei einem weiteren Anschlag mit gleichem Vorgehen in Tatarszentgyörgy, feuerten die Täter 78 Gewehrschüsse ab. Der 5-jährige Robika und sein Vater Robert Csorba starben. Die Mutter und eine Tochter wurden zum Teil schwer verletzt. Zwei Monate später, am 22. April 2009, wurde der 54-jährigen Jenö Koka vor seinem Haus durch einen Schuss aus einem Gewehr mit Zielfernrohr getötet.

Am 2. August desselben Jahres starb die 45-jährige Maria Balogh in Kisleta in ihrem Bett – ebenfalls hingerichtet mit einem durch das Fenster abgegebenen Kopfschuss. Ihre 13-jährige Tochter wurde lebensgefährlich verletzt.

Am 6. August 2013 sprach das Bezirksgericht von Pest ein Urteil. Die drei Haupttäter, Zsolt Petö sowie die Brüder Arpad und Istvan Kiss, wurden erstinstanzlich zu lebenslanger Haft verurteilt. Ihr Komplize, Istvan Csontos, bekam eine Haftstrafe von 13 Jahren. Von den Angeklagten wurde Berufung eingelegt. Laut dem Informationsdienst »Blick nach Rechts« gehörten zwei der verurteilten Täter der inzwischen verbotenen neonazistischen »Ungarischen Garde« an. Alle Vier sollen aus dem Fan-Umfeld des Fußballclubs von Debrecen stammen. Zwei von ihnen seien vom ungarischen Geheimdienst beobachtet worden. Kurz vor Beginn der Mordserie sei die Überwachung jedoch abgebrochen worden. Ein weiterer Täter soll noch während der Anschläge Informant des Militärgeheimdienstes gewesen sein. Auch geht die Staatsanwaltschaft von einem weiteren Täter aus, der laut ungarischen Medien von ungarischen Geheimdiensten gedeckt werde. ■

Jagd auf nicht-legale Migrant_innen in Moskau

Ulrich Heyden, Moskau

Pünktlich zum Bürgermeister-Wahlkampf starteten in Moskau Massenfestnahmen gegen nicht-legale Migranten und es wurde ein Internierungslager errichtet. Die Massenfestnahmen, bei denen nach Medienberichten in Moskau sowie im Umland etwa 3.000 Menschen festgenommen wurden, bezeichnete die Innenbehörde als Maßnahme zur »Entkriminalisierung« der Freiluft-Märkte. Gleichzeitig wollte die Stadtverwaltung den Bürgern demonstrieren, dass man etwas gegen die ungeliebten, nicht-legalen Arbeits-Migranten aus dem Kaukasus und Zentralasien unternimmt. Die Fernsehbilder der Razzien waren erschreckend. Die auf den Märkten meist wahllos Festgenommenen mussten sich in langen Reihen hinhocken und die Hände hinter dem Kopf verschränken. „Anlass der Razzien und Festnahmen war der Versuch von Markthändlern aus Dagestan, die Festnahme eines Mannes zu verhindern. Der 25 jährige soll versucht haben, eine Russin zu vergewaltigen. Während einige Händler vor dem Matwejewski-Markt im Südwesten von Moskau auf eine Zivilstreife einprügelten, schauten andere Polizisten in Uniform zu. Das liess die »Volksseele« hochkochen. Die Medien der Hauptstadt, die seit Jahren meist negativ über Arbeits-Migranten berichten, empörten sich über die Kaukasier, die sich jetzt auch schon »an unseren Polizisten« vergreifen.

Der wiedergewählte Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin erklärte, ohne die Kriminalität der Zugereisten wäre Moskau »die sicherste Stadt der Welt«. Der oppositionelle Bürgermeisterkandidat und Blogger Aleksej Nawalny fordert die visafreie Einreise für Migranten aus den ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien abzuschaffen. Wladimir Putin wies zwar daraufhin, dass viele Polizisten auf Märkten Schutzgelder kassieren, doch die von den Medien geschürte öffentliche Empörung konzentriert sich allein auf die zugereisten Gastarbeiter und Händler.

Anfang August, wenige Tage nach Beginn der Razzien wurde im Nordosten Moskaus, im Bezirk Goljanowo, das erste Internierungs-Zeltlager für nicht legale Arbeits-Migranten unter freiem Himmel errichtet. Unter den 584 Insassen waren vor allem Näher und Näherinnen aus Vietnam, die in einer unterirdischen Fabrik, nicht weit vom Lager entfernt, gefälschte Markenartikel hergestellt hatten. Die Pässe hatte der Chef der Fabrik den Vietnamesen abgenommen. Das Lager wurde Ende August aufgelöst. Die Insassen wurden nach Vietnam deportiert oder in ein Lager im Moskauer Umland überführt. Die Innenbehörde plant jetzt in einer ehemaligen Militärsiedlung im Jegorewsk-Bezirk im Moskauer Umland ein Lager für 2.000 Migranten, die ohne legale Dokumente in Moskau aufgegriffen werden. ■

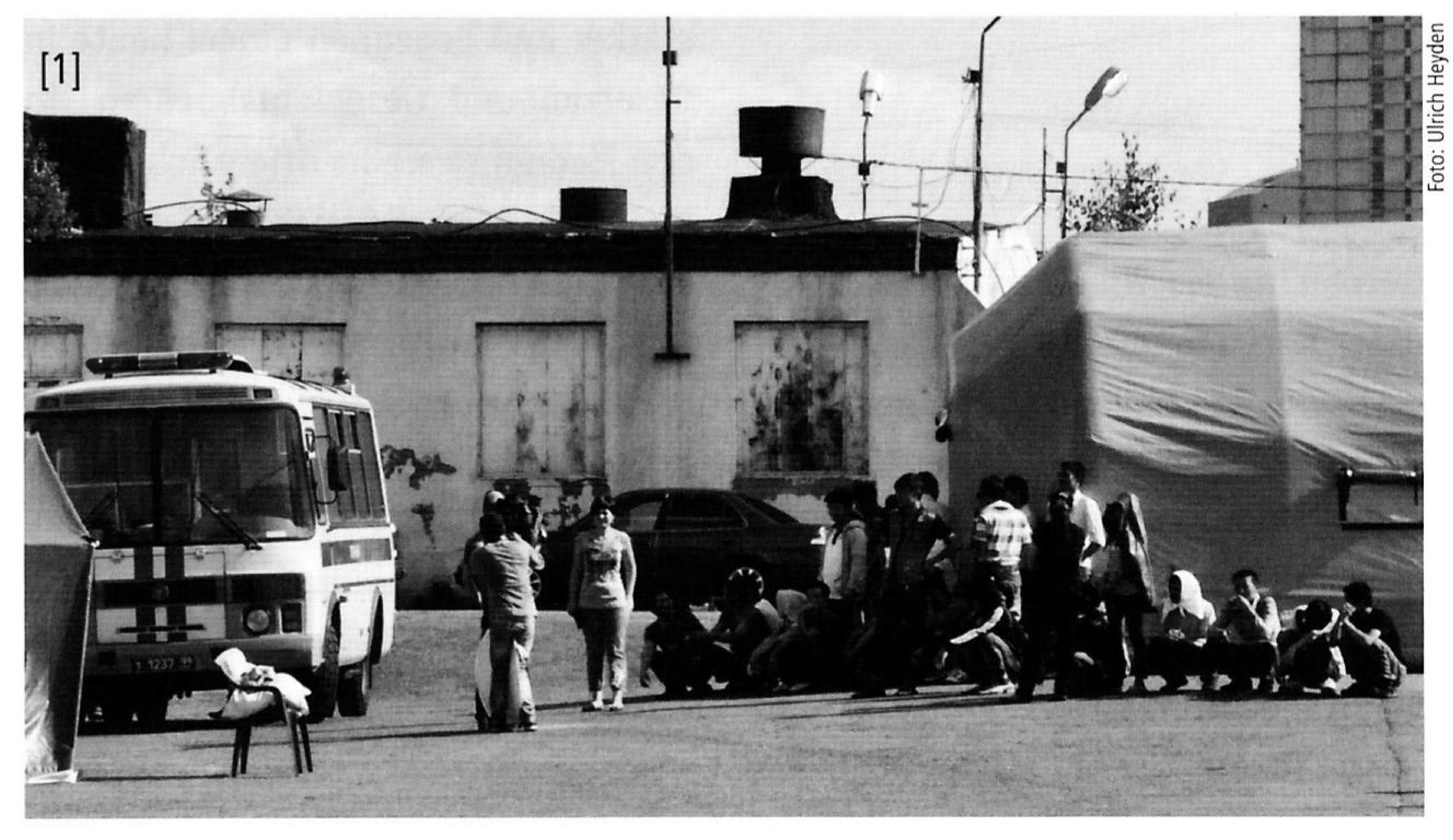


Foto: Ulrich Heyden

[1] Festgenommene Migrant_innen auf einem Markt in Moskau.

Verdacht auf Attentatsplanung

Der Norwegischer Ex-Black-Metal-Musiker Varg Vikernes wurde Mitte Juli 2013 in Frankreich verhaftet. Er steht im Verdacht, ein »Massaker« geplant zu haben. Nach Informationen von »RTL France« sei Vikernes auf seiner Farm in der Nähe der Stadt Salon-la Tour im Départment Corrèze von der Polizei festgenommen worden. Der inländische Geheimdienst hätte zu ermitteln begonnen, da Vikernes von dem norwegischen politischen Massenmörder Anders Behring Breivik ein Manifest erhalten habe. Seine Ehefrau Marie Cachet soll laut französischen Medienberichten kürzlich vier Schusswaffen (Gewehre) legal erworben haben. Vikernes hat eine brisante politische Vorgeschichte: Er wurde Anfang der 1990er Jahre in Norwegen zu 21 Jahren Haft für den Mord an seinem Mitmusiker Øystein Aarseth (»Euronymous«) und mehrerer Kirchenbrandstiftungen verurteilt. Auf seinem Blog Thulean Perspective verbreitet er weiterhin antisemitische Ansichten. In Vikernes' Äußerungen fällt Beobachter_innen eine Uneinsichtigkeit und selbstgefällige Rechtfertigung seiner Taten in einem größeren Kontext des »Kulturkampfes« auf. Nach der Verhaftung von Vikernes wurden in Norwegen Vergleiche zwischen ihm und dem Utøya-Attentäter Anders Behring Breivik gezogen. Auf der Homepage von Vikernes' Musikprojekt Burzum fand sich eine Einlassung auf das Massaker von Breivik. Vikernes wittert in Breivik jedoch einen Zuarbeiter zur freimaurerischen-jüdischen Weltverschwörung gegen die letzten Menschen, die sich zum heidnischen Erbe Europas bekennen. ■

Von Kollaboration und Rehabilitierung

»Wer die Vergangenheit kontrolliert,
kontrolliert die Zukunft:
wer die Gegenwart kontrolliert,
kontrolliert die Vergangenheit.«
George Orwell

Jelena Đurčinović,
Übersetzung: Ulysses

Geschichte als Wissenschaft ist ständiger Revision ausgesetzt, die revisionistische Geschichtsschreibung ist dagegen konstant von politisch motivierter Neuschreibung der Geschichte geprägt. In ehemals sozialistischen Ländern wird der Sozialismus stets revisionistisch neuinterpretiert und stigmatisiert. Zudem findet eine Rehabilitierung der Menschen und Werte statt, von denen man dachte, sie durch den Kommunismus überwunden zu haben. Diese Menschen setzen praktisch, ihrer »alten« Ideologie entsprechend, in der Kontinuität jener Werte an. Dies geschieht zeitgleich mit der Ablehnung des Antifaschismus als Wert sowie dem Herunterspielen der Wichtigkeit der Roten Armee und der jugoslawischen Partisanen im Kampf gegen den Faschismus. In Jugoslawien wurde der Nationale Befreiungskrieg glorifiziert, der Antifaschismus war Staatsräson. Nach Titos Tod begannen sich nationalistische Gesinnung und Bestrebungen auszubreiten, was das Zerbröckeln des Staates sowie den Untergang antifaschistischer Erinnerung zur Folge hatte. Der Anspruch einer nicht »kommunistischen« Vergangenheit verwirklichte sich durch den Wegfall der offiziellen Ehrung der Partisanen. Der Anti-Antifaschismus sowie der Antikommunismus nahmen ihren Lauf, wurden stärker und begegnen einem heute in Gesetzen und Geschichtsbüchern, in den Medien sowie im öffentlichen Diskurs in Serbien. Bezeichnend dafür ist die Rehabilitierung von Dragoljub Draža Mihailović, Anführer der serbischen nationalistisch-monarchistischen Cetnik-Bewegung, der nach dem Zweiten Weltkrieg wegen Verrates und Kollaboration mit den Okkupationsmächten zum Tode verurteilt wurde.

Kollaborateure werden gegenwärtig jedoch als Antifaschisten bezeichnet, da der kommunistische Antifaschismus als durch die kommunistischen Parteien sowie die Komintern aufgezwungen, verleumdet wird. Daraus wird geschlossen, dass der wahre Antifaschismus nationalisiert sein muss. In Serbien begründet sich daraus die Rehabilitierung der Cetnik-Bewegung und ihrer Anführer. Eine weit verbreitete Meinung ist, dass die Aktionen der jugoslawischen Partisanen nicht das Ziel der militärischen Auseinandersetzung und Befreiung von den Besatzern hatte, sondern vielmehr die Bekämpfung politischer Opponenten. Tatsächlich aber gab es eine antifaschistische Bewegung im serbischen Gebiet während des Zweiten Weltkrieges, nämlich die Volksbefreiungsarmee. Außer der Befreiung des Landes war es nötig, zwei Kollaborateursbewegungen daran zu hindern, ihren Einflussbereich zu erweitern bzw. überhaupt erst an die Macht zu gelangen und Nationalstaaten zu gründen: Die kroatischen Ustaša[1] und die »Jugoslawische Armee im Heimatland« (Cetniks). Die Cetniks gaben ihr Bestreben, die Besatzer zu bekämpfen bald auf und verbündeten sich mit den Deutschen, um den Aufstieg der Partisanen, die durch die Kommunistische Partei angeführt wurden, zu verhindern. Hauptziel war es, einen großserbischen Staat zu gründen, der aus den Landesteilen Serbien sowie zu zwei Dritteln aus Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und Makedonien bestehen sollte. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens und die während des Volksbefreiungskampfes entstandenen Pläne für den föderalistischen Umbau Jugoslawiens bedrohten dieses Vorhaben. Der Konflikt der Partisanen mit den Cetniks gipfelte 1944 in der Schlacht um Serbien, als sich Mihailovićs Armee auf die Seite der Besatzer schlug. Die Cetnikbewegung war schlicht und ergreifend nicht antifaschistisch. Genauso verhält es sich mit den faschistischen Ustaša in Kroatien, die durch die systematische Ermordung von Juden, Serben, Roma, Kommunisten und anderer »unerwünschter« ethnischer oder religiöser Gruppen sowie durch die Kollaboration mit den Besatzern um je-

1| Sie gründeten 1941 den unabhängigen Staat Kroatien »NDH«, einen Marionettenstaat unter deutschem und italienischem Protektorat.

2| Kriegsverbrechen während des Bosnienkrieges im Juli 1995, bei dem rund 8000 bosnische Zivilist_innen von serbischer Seite ermordet wurden.



den Preis einen größeren Nationalstaat errichten wollten. Die Cetniks unterstützten die Besatzer in vielen Gebieten, in denen sie organisiert waren. Mihailović erklärte in seiner Strafverhandlung, dass er Partisanen in deutsche Konzentrationslager schicken ließ. Nicht zu vergessen die Schlacht von Neretva, bei der ca. 20. 000 Cetniks die deutschen und italienischen Divisionen im Kampf gegen die Partisanen unterstützten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Jugoslawien gegründet und bald begannen die Strafverfahren gegen Kollaborateure. Mihailović wurde 1946 verurteilt und eingesperrt, seine Armeen wurden auch Jahrzehnte später als Verräter und Kollaborateure betrachtet.

2004 verabschiedete das serbische Parlament jedoch eine Gesetzesänderung des Grundrechts für Veteranen, nach der sowohl Partisanen wie auch Cetniks als serbische antifaschistische Bewegungen im Zweiten Weltkrieg bezeichnet werden. Dadurch haben Cetnik-Veteranen denselben Status wie Mitglieder der Volksbefreiungsarmee. Ein weiteres revisionistisches Gesetz, das Rehabilitierungsgesetz von 2006, beinhaltet die »Rehabilitierung von Menschen, die ohne Rechtsgrundlage und nur aufgrund von politischen oder ideologischen Gründen, mit oder ohne administrativen Beschluss, nach dem 6. Dezember 1941 getötet oder gefangen genommen wurden« und machte damit die Rehabilitierung derer möglich, die mit den Faschisten kollaborierten und deshalb von den Partisanen exekutiert oder inhaftiert wurden. Der Antrag zur Rehabilitierung von Mihailović folgte, wie zu erwarten, nur wenige Zeit später. Die ersten Rehabilitierten waren die zwei kollaborierenden Offiziere Bogdan Lončar und Milenko Braković, die von dem Partisan und Freiwilligem im Spanischen Bürgerkrieg, Zikica Jovanović Spanac am 7. Juli 1941 getötet wurden. Dieses Datum wurde später als Tag des Aufstandes des serbischen Volkes gefeiert, 2001 jedoch als offizieller Feiertag gestrichen und im Dunste des Revisionismus und Antikommunismus inzwischen als der Tag betrachtet, an dem die Serben einen Bürgerkrieg gegen ihre eigene Nation begannen. Folgende Feiertage haben in Serbien ebenfalls keinen offiziellen Status mehr: Der Tag des Sieges über den Faschismus, der Tag der Befreiung Belgrads und der Tag des Aufstandes (in Serbien). Daneben wurden Denkmäler, die der Nationalen Befreiungsfront gewidmet waren, zerstört und/oder entfernt.

Der Antrag auf Rehabilitierung von Mihailović fordert die Annullierung des Gerichtsentscheids von 1946. Das Hauptargument lautet, dass das Strafverfahren durch das kommunistische Regime inszeniert worden sei und Mihailović keine Möglichkeit einer fairen Verteidigung und eines neutralen Gerichtes gehabt habe. Trotz aller Proteste in Serbien und anderen Ländern in denen die Cetniks Völkermord begingen, ist es ziemlich wahrscheinlich, dass er rehabilitiert werden wird. Dies würde nicht nur die Anerkennung einer negativen historischen Figur, sondern auch die offizielle Akzeptanz der Ideologie und Praxis seiner Bewegung bedeuten. Mihailović trug die Führungsverantwortung, weil er über die Aktionen seiner Einheiten, ihre Verbrechen an den Partisanen, deren Anhängern und auch an Zivilisten sowie über Aktionen der Kollaboration der örtlichen Kommandeure täglich unterrichtet wurde. Anstatt Kriegsverbrecher und Verräter zu bestrafen, bestätigte und belohnte Mihailović diese. Somit war er selbst Teil der Kollaboration und nicht Opfer historischer Umstände, wie oft falsch dargestellt wird.

Das Vermächtnis dieser Bewegung zeigte sein hässliches Gesicht in den Kriegen der 1990er Jahre, die stark von Cetniksymbolen, -liedern und -parolen geprägt waren. Die heutigen Bewunderer der Cetniks marschieren weiterhin am Jahrestag des Massakers durch Srebrenica.[2] Sie schänden damit das Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges und der jugoslawischen Kriege in den 1990ern.

Die gerichtliche Rehabilitierung Mihailovićs (sie ist aktuell unterbrochen, um Beweise über seinen Tod zu sammeln) bedeutet die offizielle Rehabilitierung durch die Rechtsprechung. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass er politisch bereits vollkommen rehabilitiert ist.

Das Ganze ist nur ein Teil des Prozesses, der zur offiziellen Rehabilitierung weiterer faschistischer Kollaborateure aus dem Zweiten Weltkrieg führen wird. Die Rehabilitierung stellt Cetniks und Partisanen auf eine Stufe. Die aktuelle serbische Geschichtsschreibung spuckt damit in die Gesichter des jugoslawischen Antifaschismus und der Menschen, die gegen den Faschismus kämpften und heute noch kämpfen. ■

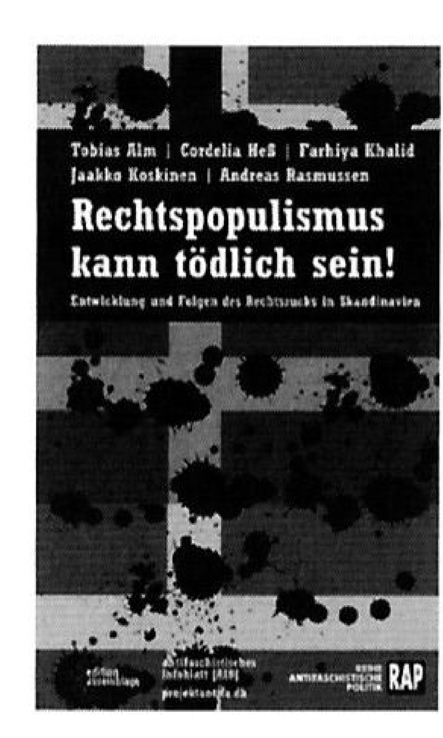


[1] Cetniks mit Soldaten der deutschen Wehrmacht in Serbien

[2] Dragoljub »Draža« Mihailović im Rang eines Oberst (1937)

Wo die Konservativen schwächeln

Rechtspopulismus in Schweden



Tobias Alm, Cordelia Heß (Hg.)
Rechtspopulismus kann tödlich sein! Entwicklung und Folgen des Rechtsrucks in Skandinavien
Reihe Antifaschistische Politik [RAP], 120 Seiten, 9.80 EUR

Herausgegeben in Kooperation von: Antifaschistisches Infoblatt [AIB], Reihe Antifaschistische Politik [RAP] und projektantifa.dk

Wo in Deutschland die CDU und die FAZ stehen, steht in Schweden – nichts. (Rechts-)Konservative Ansichten haben hier weder eine starke parlamentarische Vertretung noch einen intellektuellen Flügel mit entsprechenden Publikationsorganen. Dennoch gibt es natürlich Konservative – und dieses Potential versucht derzeit die rechtspopulistische Partei Sverigedemokraterna (SD) aufzufangen.

Probleme auf dem Weg zum erfolgreich institutionalisierten Rechtskonservatismus sind die nicht allzu ferne Vergangenheit der SD als Sammelbecken für neonazistische Skinheads und Altnazis mit gewalttätiger Straßenpräsenz, aber auch die besondere politische Struktur des Landes: Konservatismus heißt hier in vielen Bereichen nämlich nicht Bewahren eines Status quo, sondern die Rücknahme bereits erreichter und gesetzlich verankerter Freiheiten.

Politische Korrektheit, Queertheorien in der staatlichen Kinderbetreuung, Multikulti, das Verschwinden des Christentums – alle diese Themen platzieren SD als wertkonservative Verfechter eines Segments der Gesellschaft, das zwar finanzpolitisch sozialdemokratische oder liberale Forderungen unterstützt, in Bezug auf sozialpolitische Themen jedoch konservativ eingestellt ist und sich insofern weder bei der Sozialdemokratie noch bei den Neoliberalen der Regierungspartei »Moderaterna« wiederfindet. Ein starker Wohlfahrtsstaat nur für Schwed_innen – mit christlich-religiöser Identität, klaren Geschlechtergrenzen und vor allem ohne Islam, das ist das Ziel.

Abtreibungsrecht und Selbstbestimmung – Der SD-Frauenverband

Gegen die vergleichsweise liberale Regelung zum Abbruch von Schwangerschaften in Schweden protestieren nur wenige gesellschaftliche Gruppierungen – ein Hauptgrund ist die schwache Stellung der katholischen Kirche, die in Schweden kaum mehr als 100.000 Mitglieder zählt. Die christliche Rechte organisiert sich hier, wie in anderen Ländern auch, in Organisationen wie »Ja zum Leben« (Ja till livet), hält sich aber mit klar christlich-religiöser Rhetorik sehr zurück. In diesem Feld versucht sich auch die Frauenorganisation von SD (SD kvinnor) zu positionieren. Sie betont das »Recht des Fötus auf Leben«. Anstelle von christlich-spirituellen Argumenten nennt sie jedoch die Kosten, die Schwangerschaftsabbrüche dem Gesundheitssystem angeblich verursachen. Seit 2008 unfasst die gesetzliche Regelung auch Frauen, die nicht die schwedische Staatsbürgerschaft besitzen, was SD kvinnor besonders anprangern. Über den von ihnen behaupteten »Abtreibungstourismus« nach Schweden gibt es jedoch keine offizielle Statistik.

Da sich SD und vor allem ihr Frauenverband als moderne, emanzipierte und gleichstellungsfreundliche Partei präsentieren möchten, treten sie auch demonstrativ für das Recht auf weibliche Selbstbestimmung ein. Das wird jedoch oft durch Beiträge aus den eigenen Reihen erschwert. Im August 2013 verfasste etwa Anders Östlund, SD-Lokalpolitiker aus Örebro, einen Artikel zur Politik der Kommune, an alle unter 25-Jährigen kostenlos Verhütungsmittel auszugeben. Östlund rekurriert auf die Vorstellung, die Pille fördere eine lose Sexualmoral bei Frauen, und mahnt diese, sich entweder einfach mal zusammenzureißen und keinen Sex zu haben, oder aber, wenn sie dann schon schwanger werden, nicht abzutreiben, da es vermutlich ohnehin einige Jahre dauern würde, bis sie einen richtigen Job fänden. SD kvinnor beeilten sich dagegen, mehr Aufklärung über Verhütungsmittel einzufordern – und zu betonen, dass Östlund keinesfalls die offizielle Parteilinie vertrete. Insgesamt scheint die Anti-Abtreibungskampagne in Schweden keinen Erfolg zu bringen: das gespaltene Verhältnis zum Christentum, die bestehende liberale Gesetzgebung und der Schlingerkurs zwischen weiblicher Selbstbe-



[1] Jimmie Åkesson bei einer Kundgebung der Sverigedemokraterna.

stimmung und Restriktion derselben erschweren die Lage.

Kirchenparlament ohne Christen

Die ehemalige protestantische Staatskirche (Svenska kyrkan) wird auch nach ihrer Trennung vom Staat im Jahr 2000 von einem demokratisch gewählten Parlament aus Vertreter_innen der politischen Parteien geleitet, in dem SD seit 2001 regelmäßig Mandate erlangt hat. Für die Kirchenwahl im September 2013, der ersten nach ihrem Einzug in den Reichstag 2010, erhoffen sich SD Großes. Ihre Hauptargumente wenden sich gegen die behauptete Annäherung der Agenda der Svenska kyrkan an die der radikalen Linken. Der Religionsdialog mit dem Islam soll eingeschränkt werden und damit die »Islamisierung« Schwedens; weiterhin soll die kirchliche Linie in der Asylpolitik radikal verändert werden. Interessanterweise wird keine Kritik an der Praxis der Kirche geäußert, auch gleichgeschlechtliche Paare in religiösen Zeremonien zu trauen. Stattdessen soll sich die Kirche dem widmen, was als »schwedische Identität« angesehen wird: Information über und Pflege der christlichen Traditionen und Feiertage, Betonung der »christlichen Wertegrundlage« Schwedens. Dies soll, laut SD, auch Personen angehen, die sich nicht als gläubige ChristInnen definieren – erneut der Versuch, wertkonservativ zu sein und sich der christlichen Rechten anzunähern, ohne die Religion allzu sehr zu betonen.

Antiislamismus und Abgrenzung zur Linken: SD und Israel

Antisemitismus ist ein wachsendes Problem in Schweden. Im Zuge einer ungemein starken und weit verbreiteten anti-israelischen Stimmung und einer ebenso weit verbreiteten Ignoranz gegenüber den Schnittstellen zwischen Israelkritik, Antizionismus und Antisemitismus besteht hier allgemeine Hilflosigkeit angesichts von Attacken gegen Synagogen, orthodoxe Rabbis und Kinder in jüdischen Schulen. An dieser Stelle setzen SD ein. Sie sehen Antisemitismus als ein Problem, das erst mit der muslimischen Immigration nach Schweden gekommen sei, und leiten daraus u. a. eine außenpolitische Position ab, die Israel als Verbündeten im Kampf gegen die »Islamisierung« sieht. Auch Gedenktage für Holocaust-Opfer werden von SD begangen.

Das bedeutet keinesfalls, dass Antisemitismus innerhalb der SD keine Rolle mehr spielt. Aber trotz heftiger Angriffe aus der eigenen Partei und unterschiedlichen rechten Spektren behalten SD ihren Fokus auf Israelsolidarität bei. Schwedische Medien sehen dieses Thema allein als Erfolg der »Unterwanderung« der Partei durch den Reichstagsabgeordneten Kent Ekeroth und betonen stetig seine »polnisch-jüdischen Wurzeln« – ein Artikel in Dagens Nyheter, der größten Tageszeitung des Landes, reproduzierte hemmungslos das Stereotyp vom Juden, der die Medien und seine Partei kontrolliert, anstatt die strategische Bedeutung der pro-israelischen und anti-muslimischen Haltung in Abgrenzung zur Linken zu analysieren.

SD liegen in Umfragen kontinuierlich zwischen 8 und 12 Prozent und werden mittlerweile regelmäßig als »ExpertInnen« zur Migrationspolitik befragt. Wenn es ihnen gelingen sollte, neben dem rassistischen auch das wertkonservative Wähler_innenpotential aufzufangen, stellt dies eine reale Bedrohung dar – wenn auch der Weg vom Neofaschismus zum »Sozialkonservatismus«, den sie eingeschlagen haben, noch weit ist. ■

Homophober Vorstoß in Frankreich

Die öffentliche Kampagne gegen die Homo-Ehe

Valérie Dubslaff

Kein Gesetz war in letzter Zeit in Frankreich so stark umkämpft wie das zur Homo-Ehe. Die »Ehe für alle« (Mariage pour tous), die nach der französischen Justizministerin Christiane Toubira, unbeirrbare Verfechterin der Gleichberechtigung homosexueller Paare, auch »Loi Taubira« getauft wurde, trat nach hitzigen Debatten, Massenprotesten und zahlreichen Ausschreitungen am 18. Mai 2013 in Kraft. Die »Ehe für alle« fungiert als Ergänzung zum »Zivilen Solidaritätspakt« (Pacte civile de solidarité, PACS), der bei seiner Verabschiedung 1999 schon auf den Widerstand reaktionärer Kreise gestoßen war, weil er sowohl heterosexuellen als auch homosexuellen Paaren eine Alternative zur standesamtlichen Ehe bot. Das neue Gesetz hebt die rechtlichen Einschränkungen des PACS auf, indem es neben der standesamtlichen Trauung auch die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Partner ermöglicht und die Frage der Abstammung neu regelt.

Im Zuge der ab Winter 2012 geführten parlamentarischen Debatten wuchs der Unmut konservativer Kreise über die geplante Öffnung der Ehe, die von jenen als Gefahr für die traditionelle Familiengestaltung gewertet wurde. Als deren Sprachrohr entwickelte sich eine außerparlamentarische Opposition, die zunächst maßgeblich von der »Demo für alle« (Manif pour tous) und deren schillernden Galionsfigur, der Kabarettistin Frigide Barjot, getragen wurde. Diese auf Massenmobilisierung angelegte Vereinigung gab vor, eine lagerübergreifende, apolitische, gewaltfreie und v.a. auf zynische Art und Weise schwulen- und lesbenfreundliche Protestbewegung zu sein, die sich nur aus »historischer Verantwortung der Gesellschaft und Menschheit gegenüber« gegen ein Gesetz wandte, das »auf legaler Weise die sexuelle Andersartigkeit abschaff[t] und somit die Grundlage der menschlichen Identität infrage stellt: die Geschlechtspolarität und die [biologische]Abstammung«. Bezeichnend ist, dass gerade ihre Hauptvertreter katholisch-traditionalistischen Verbänden vor- oder nahestehen, die seit jeher gegen Abtreibung, Sterberechte und Laizismus kämpfen und mit der »Homo-Ehe« eine neue Gelegenheit zur eigenen Profilierung fanden. Die Vorsitzende der »Demo für alle«, Ludovine de la Rochère, ist ein berühmtes Vorstandsmitglied der Opus Dei-nahen Stiftung Jérôme-Lejeune. Frigide Barjot gründete 2012 das Collectif pour l'humanité durable[1] und der für logistische Fragen zuständige Albéric Dumont organisiert jährlich den »Lebensmarsch« der französischen Lebensrechtsbewegung, die in der »Demo für alle« prominent vertreten war. Auch wenn die Übergänge zwischen dem konservativen und extrem rechten Lager fließend waren, vermieden es die Organisatoren dennoch, extreme Rechte in ihre Vereinigung aufzunehmen – der katholisch-fundamentalistische Verein Civitas, der dem extrem rechten Lager zuzuordnen ist, wurde z.B. aus der Bewegung ausgeschlossen. So vermochte es »die Demo für alle« weit über die reaktionären Kreise hinaus, quer durch die Gesellschaft und sozialen Schichten oder Altersgruppen, Franzosen für ihre Zwecke zu mobilisieren.

Den parlamentarischen Prozess begleitend führte die Vereinigung zwischen November 2012 und Mai 2013 fünf Großdemonstrationen durch, an denen sowohl Vereine als auch Parteien, Politiker und öffentliche Vertreter der monotheistischen Religionen teilnahmen und die jedes Mal in vielen Städten mehrere hunderttausend Menschen auf die Straßen lockten. Repräsentanten der konservativen und extrem rechten Parteien nutzten die Proteste als eigene politische Plattform. Sie scheuten sich dabei offenbar nicht, gemeinsam zu demonstrieren: Am 21. April 2013 marschierten die fundamentalistische Christdemokratin Christine Boutin und die Abgeordneten der Front National (FN) Gilbert Collard und Marion Maréchal-Le Pen gemeinsam mit Vertretern der konservativen UMP (Patrick Ollier, Hervé Ma-

1| Kollektiv für eine nachhaltige Humanität.



[1] Unterstützungsdemo der »Ehe für alle«.

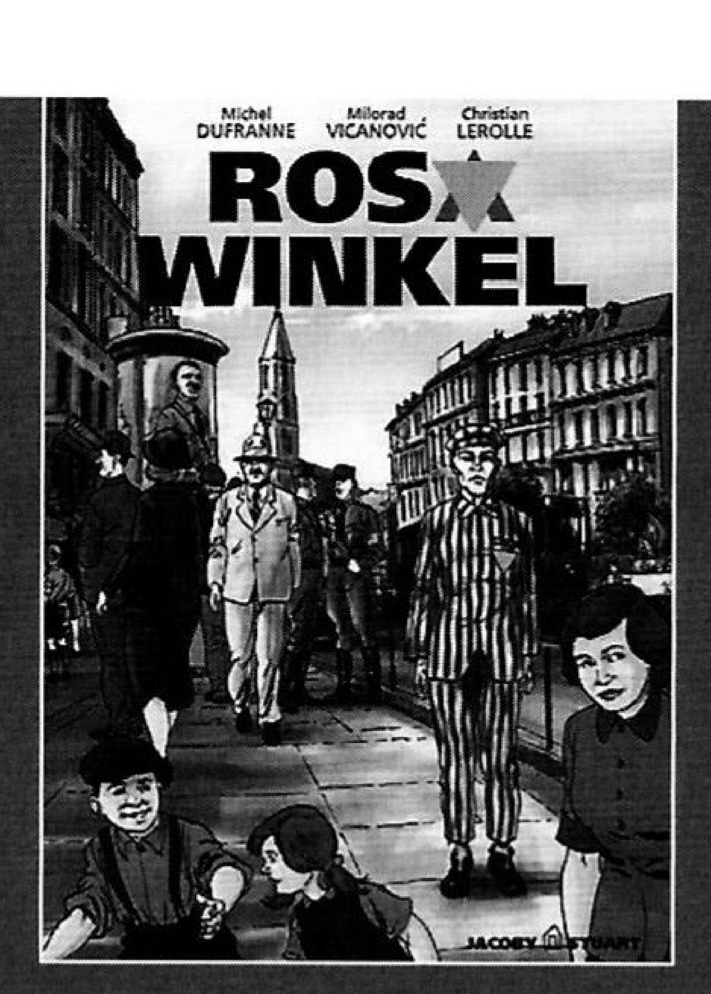
riton, Patrick Balkany usw.) an der Spitze des Demonstrationszuges, was den Konservativen heftige Kritik einbrachte. Die Vorsitzende der FN, Marine Le Pen, die in ihrer Rekrutierungsstrategie bestrebt ist, auch Homosexuelle für ihre Partei zu gewinnen, hielt sich von den Demonstrationen fern, obwohl die Partei und der Großteil ihrer Basis die »Ehe für alle« ablehnen.

Richtungskämpfe innerhalb der von Hardlinern als zu »weichherzig« erachteten »Demo für alle« führten zu Abspaltungen und Neugründungen von Gruppen, die eigene Aktionen initiierten. Dazu zählten u.a. der reaktionäre Printemps français, die Hommen, die in sarkastischer Anlehnung an die Femen mit nacktem Oberkörper demonstrierten, oder die Veilleurs, die sich auf Gandhi beriefen, um »gewaltfreie« Sit-ins zu veranstalten.

In den Auseinandersetzungen, die sowohl auf der Straße, im Parlament, in den Medien als auch in den sozialen Netzwerken geführt wurden, bildeten sich mehrere Hauptargumente heraus, die von den unterschiedlichen »Homo-Ehe-Gegnern« (les anti-mariage-pour-tous) in variierter Form und Ausprägung artikuliert wurden: Die Regierung benutze die Homo-Ehe, um von sozialen Problemen wie der Arbeitslosigkeit abzulenken, sie mache das »schutzlose Kind« zum Gegenstand der Konsumgesellschaft, indem sie ihm das »Recht« auf einen Vater und eine Mutter aberkenne. Hauptangriffspunkte blieben aber – obwohl sie nicht im Gesetz enthalten sind – die künstliche Befruchtung für lesbische Partnerinnen und die Leihmutterschaft für schwule Paare, die einige wie der reaktionäre Bürgermeister von Orange, Jacques Bompard, als »Einfallstor für andere Perversionen« (Inzest, Polygamie, Pädophilie usw.) betrachteten.

Die Übernahme jener Positionen durch offen extrem rechte Gruppierungen – den Bloc identitaire, die Œuvre française oder die Jeunesses nationalistes – die sich im Frühling vermehrt unter die Demonstranten mischten, trug in der Endphase der parlamentarischen Debatte (April-Mai 2013) maßgeblich zur Politisierung des Protestes und zur Radikalisierung der Methoden bei. Militante Rechte, die homophobe Vorurteile mit ultranationalistischen Positionen verknüpften – es ging ihnen vornehmlich um die »Rettung des Abendlandes« – setzten auf aufsehenerregende Aktionen: Brandstiftungen, Sachbeschädigungen, gewalttätige Übergriffe auf Homosexuelle, Einschüchterungsversuche gegen Befürworter des Gesetzes (Minister, Abgeordnete, Intellektuelle) bis hin zu Morddrohungen an den Präsidenten der Nationalversammlung.

Durch die Verabschiedung des Gesetzes wurden die »Homo-Ehe-Gegner« zwar geschwächt, sie setzen jedoch ihre homophobe Kampagne in der Hoffnung fort, das Mobilisierungspotential für spätere politische Schlachten gegen Präsident Hollande instrumentalisieren zu können. Auch wenn sie einer Minderheit angehören – laut einer Ifop-Umfrage von Februar 2013 befürworteten 66% der Franzosen die »Ehe für alle« – so normalisierten sie doch homophobe Auswüchse im öffentlichen Raum und machten reaktionäre Positionen und Protagonisten hoffähig. Was bleibt, sind eine gespaltene Gesellschaft und das Unbehagen vieler Homosexueller in Frankreich. ■



Michel Dufranne, Milorad Vicanovic, Christian Lerolle: Rosa Winkel
Verlagshaus Jacoby & Stuart, Berlin 2012
144 Seiten

Der Comic »Rosa Winkel« erzählt die Geschichte von Andreas. Andreas lebt 1932 in Berlin, ist Werbezeichner und homosexuell. Die Geschichte beginnt jedoch mit seinem Enkel, der ihn mit zwei Klassenkamarad_innen aufsucht, um zu erfahren, was Andreas im Nationalsozialismus erlebt hat. Der schwer zugängliche und auf die Jugendlichen hart wirkende Mann hat wenig gemeinsam mit dem jungen Mann, der uns nun begegnet.

Silvester 1932 in Berlin amüsiert sich Andreas mit seinen Freunden auf einer Feier. Zuvor von seinem Chef in höchsten Tönen als talentierter Werbezeichner gelobt, machen sie Witze über die Nationalsozialisten und zeigen ihre Homosexualität offen. Auch die Wahl Adolf Hitlers zum Kanzler kann den Freundeskreis nicht aus der Ruhe bringen. Andreas entwirft sogar Plakate für die NSDAP. Erst als Ernst Röhm, Anführer der SA, unter dem Vorwand verhaftet wird, dass er homosexuell ist, scheint der Freundeskreis um Andreas sich der Gefahr bewusst zu werden. Die ersten aus seinem Umfeld werden nach § 175 verhaftet. Andreas versucht sich mit seiner lesbischen Freundin und späteren Frau Angela als Pärchen. Zu spät. Andreas wird verhaftet und gefoltert. Nur kurz freigelassen, wird er 1937 erneut verhaftet und ins Konzentrationslager Sachsenhausen deportiert. 1941 wird er in das Konzentrationslager Neuengamme überführt. Andreas überlebt die Schikanen, den Hunger, die Folter. Aber auch nach der Befreiung durch die Alliierten erfährt er keine Gerechtigkeit. Denn der § 175 bleibt bestehen. Und auch 1986 sitzt Andreas in Frankreich vor dem Fernseher und muss sehen, wie eine Erinnerungsfeier für die deportierten Homosexuellen angegriffen wird. In der Gegenwart wollen sein Enkel und dessen Freund_innen die Geschichte, Andreas' Geschichte, nicht hören.

Der Comic erzählt an einem Einzelbeispiel die Geschichte Vieler. Mit dem »Rosa Winkel« markiert wurden tausende Männer aufgrund des § 175 in Konzentrationslager deportiert. Nur wenige überlebten. Während die Rahmenhandlung bunt koloriert ist, sind die Zeichnungen aus dem historischen Teil in schwarz-weiß gehalten. Die klaren Zeichnungen legen den Fokus auf die Gesichter der Figuren und somit auf ihre Emotionen. Durch verschiedene Panelformate blicken die Leser_innen in die unterschiedlichen Szenearien. Während der Boxkampf zwischen Adolf Witt und Gipsy Trollmann in kleinen, engen, dicht aufeinander folgenden Bildern gezeigt wird, um die schnellen Bewegungen deutlich zu machen, erscheinen die Bilder aus den Konzentrationslagern weitflächig. Die Grausamkeit und das Elend wirken so eindrücklich und lang. Eine besonders gelungene Zeichnung zeigt Andreas in mit seinen Mitgefangenen auf einer Pritsche. Das Bild erstreckt sich über die ganze Seite und ist doch durch Rahmen unterteilt, als ob sie die Grenzen zwischen den Gefangenen, aber auch zwischen den Erfahrungen der Figuren und der Leser_innen deutlich machen wollten. Dem Comic gelingt es die Fakten zu nennen, ohne die persönliche Ebene aus den Augen zu verlieren. ■

161 > 88
99 Min.; 2012
mehr Informationen und Bestellmöglichkeit: www.antifa.cz

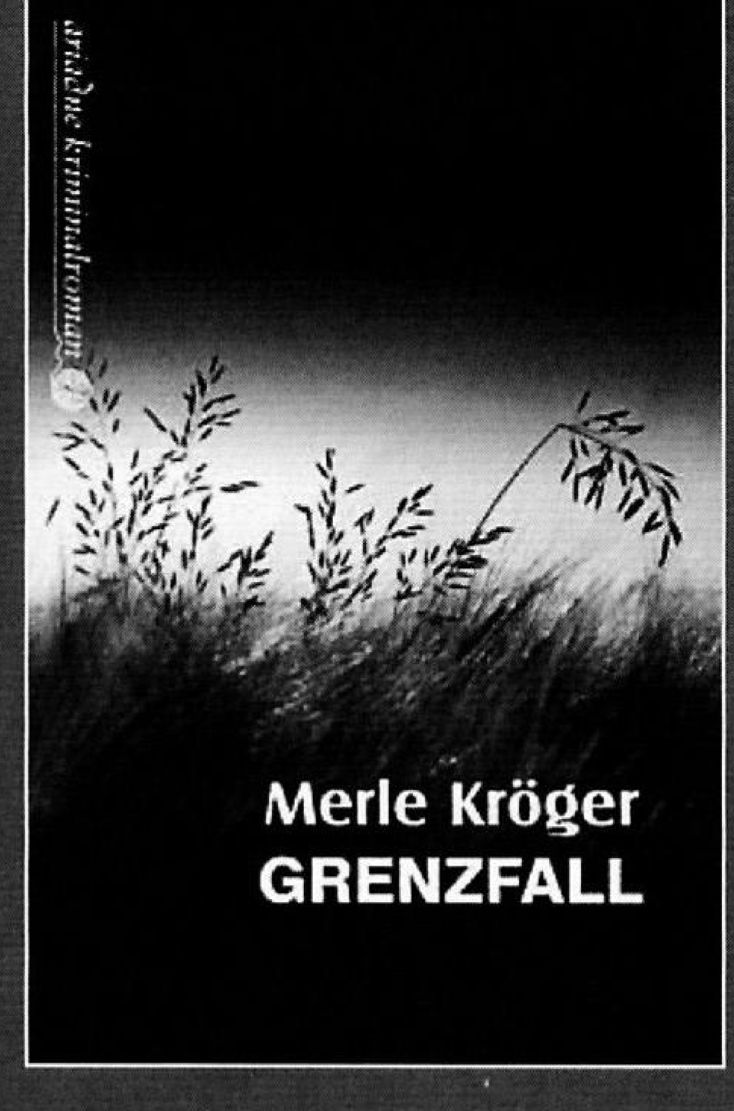
Der Film 161 > 88 dokumentiert mehr als 20 Jahre des antifaschistischen Kampfes in Tschechien. Der Schwerpunkt liegt auf den Entwicklungen in der Hauptstadt Prag, doch werden darüber hinaus landesweite antiziganistische Proteste thematisiert sowie die Entstehung der extremen Rechten nachgezeichnet. Neben eindrucksvollen Momentaufnahmen wird einzelnen Aktivisten die Möglichkeit gegeben, ihre Analyse der gesamtgesellschaftlichen als auch antifaschistischen Entwicklung zu äußern. Dass sich diese Meinungen, insbesondere mit Blick auf die militante antifaschistische Bewegung, sehr differenziert darstellen, ist ein Gewinn für den_die Zuschauer_in. Gerade dadurch wird es möglich, einen Blick auf die weit gefächerten Debatten zu werfen, die der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ausgelöst hat. Gleichzeitig wird deutlich, dass antifaschistische Konzepte dann erfolgreich sind, wenn nicht ein Einzelnes als das einzig »Wahre« verteidigt wird, sondern Aktionsformen und Organisierung diskutiert, erstritten und vor allem ausprobiert werden.

Ihren Ausgangspunkt hat die Dokumentation im November 1989. Im Nachgang der antiautoritären Proteste bekamen auch neonazistische Gruppen immer größeren Zulauf. Die bis dahin häufig gemeinsam agierende Subkultur von Punks und Skins driftete zunehmend auseinander. Letztere dominierten das neonazistische Erscheinungsbild, während insbesondere Punks weiterhin mit antiautoritären und anarchistischen Positionen in der Öffentlichkeit auftraten. Das Eindämmen neonazistischer Straßengewalt wurde

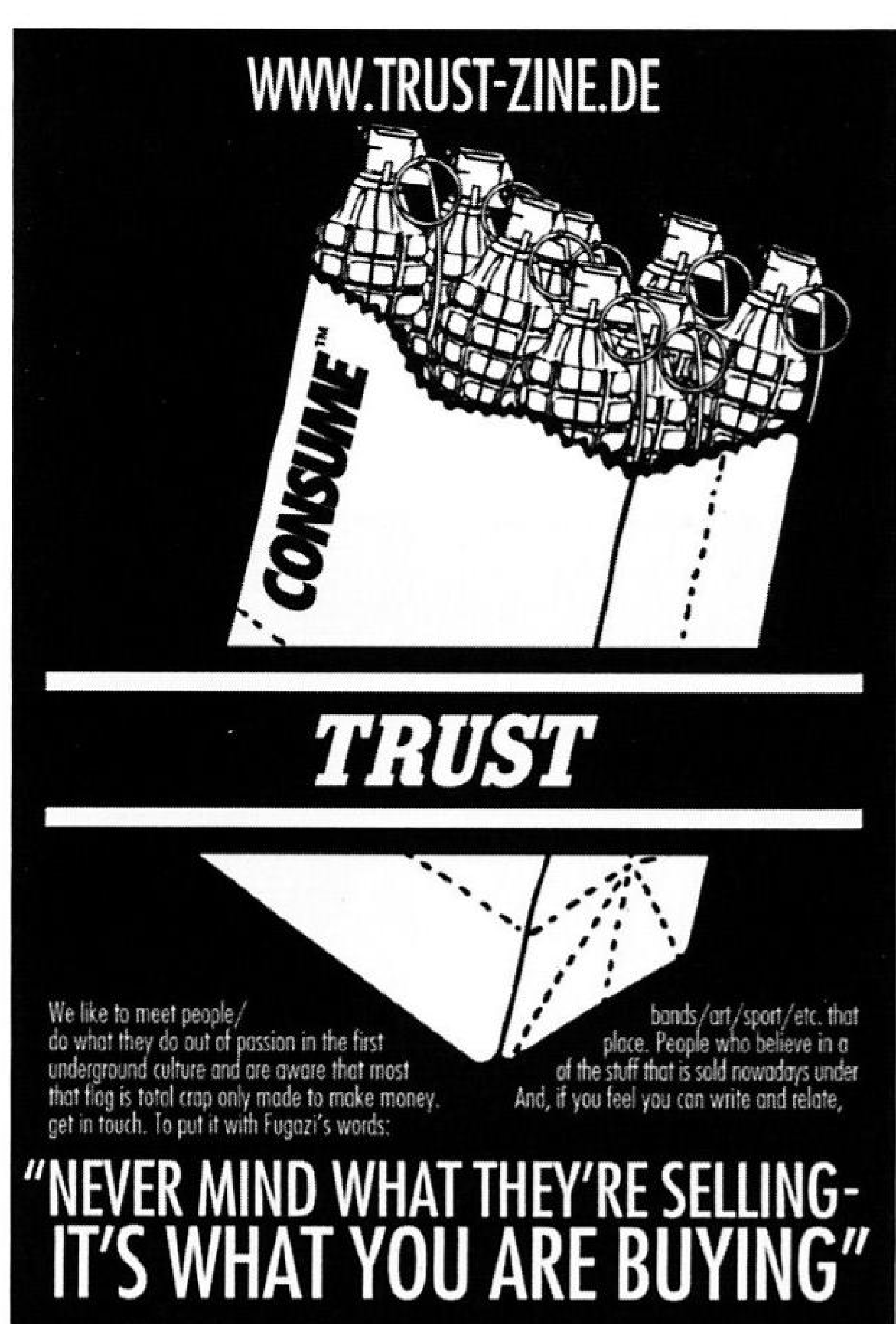


bald zur Notwendigkeit. 1990 kam es zu den ersten rassistischen Morden und auch linke Demonstrationen wurden immer wieder attackiert. Diese Situation änderte sich erst ab 1992 langsam. Erstmals wurden die neonazistischen Angreifer einer linken Demonstration verjagt. Als Neonazis dann am 1. Mai in der Prager Innenstadt aufmarschieren wollten, endete dieser Versuch in einer Straßenschlacht und führte zu einem Rückgang öffentlicher neonazistischer Auftritte. Rassistische Morde und Angriffe hingegen nahmen zu. Dies führte zu einer breiteren gesellschaftlichen Debatte und insbesondere die linken Subkulturen politisierten sich immer stärker. In dieser Situation gründete sich 1996 in Prag die Antifaschistische Aktion (AFA). Schon bald verlagerte die AFA ihre Aktivitäten auf eine umfangreiche Recherche, die ihre praktische Anwendung in direkten Angriffen auf Neonazis fand. So gelang es ihr, zumindest temporär die Neonazi-Szene zu verunsichern. Doch gerade mit Blick auf antiziganistische Demonstrationen und Angriffe in ländlichen Strukturen konnte die Neonazi-Szene in den letzten Jahren wieder verstärkt auftreten. Eben hier endet der Film und macht deutlich, dass diese Entwicklungen die kommenden Auseinandersetzungen – auch der AFA – bestimmen werden. ■

Merle Kröger:
Grenzfall
Argument Verlag, Hamburg 2012
347 Seiten



Merle Kröger gewann für ihren Kriminalroman Grenzfall den Deutschen Krimi Preis 2013. Hoch gelobt wurde ihr Versuch, die deutsche Realität der Nachwendezeit in einem Kriminalroman aufzubereiten.
Ausgangspunkt des Romans ist der Mord an zwei rumänischen Staatsbürgern, welche bei der illegalen Überquerung der polnisch-deutschen Grenze 1992 von Jägern erschossen werden. Diese Ereignisse wurden erst vor wenigen Jahren durch den Dokumentarfilmer Philip Scheffner (Revision 2012/106 min.) recherchiert.
Kröger arbeitete an diesem Film mit und greift in klarer Anlehnung daran die Geschehnisse und die rassistische Mobstimmung der frühen 1990er Jahren auf. Sie folgt den Spuren der Täter und Opfer und setzt den Erzählstrang mittels fiktiver Handlungen und Charaktere ins Jahr 2012 fort: Die Tochter eines der Männer beginnt 20 Jahre nach der Tat auf eigene Faust nach den Mördern ihres Vaters zu suchen und gerät dabei in eine missliche Lage. Die Anwaltsgehilfin Mattie Junghans nimmt sich des Falls an und zeigt anhand der Geschichte der Familien der getöteten Männer, die heutigen Lebensrealitäten von Rom_nija in Rumänien und Deutschland auf.
Die Handlung erscheint vielversprechend, und allein der Umstand der Fiktionalität des Handlungsstrangs lässt sich schwer zu Krögers Ungunsten auslegen. Die Art und Weise der Darstellung sowohl der Charaktere als auch der Handlungsverknüpfungen sprengt allerdings die Grenzen des Lesbaren. Völlig verquer laufende, schlichtweg unrealistische Ereignisse und Entwicklungen überschlagen sich. Die Handlung ist angesiedelt zwischen der Welt der müllverdreckten Roma-Ghettos in Rumänien und der, der Shaolinbewegten-Jogitee-trinkenden Kollektivanwaltskanzlei in Kreuzberg. Der Versuch Stereotype aufzubrechen mündet letztendlich in der gutmenschelnden Umkehrung von negativem in positiven Rassismus. Gemischt mit einer verwirrenden Anzahl an Charakteren, die idealtypischen Charaktermasken ohne Eigenschaften gleichen, wird das Lesen zur Qual. ■




telegraph

ostdeutsche zeitschrift ++

Ausgabe #127|128 ist erschienen!

AUS DEM INHALT:

++ AUFSTIEG UND FALL DES DEUTSCHEN EUROPAS
++ NEOFASCHISTEN-SOZIALCHAUVINISTEN-SARRAZINISTEN
++ KRISE, AUFSTAND UND KONSERVATIVE RENAISSANCE
++ VERFASSUNGSSCHUTZ LIGHT
++ BUNDESWEHR IN SCHULEN
++ LINKE UND REALSOZIALISMUS

BESTELLUNG:

Printversion 96 Seiten 6.00 €
Digitalversion (PDF) 3.00 €
Im Abo (4 Printausgaben) 18.40 €.
Tel.: +49 (0)30 4445622
E-Mail: telegraph@ostbuero.de





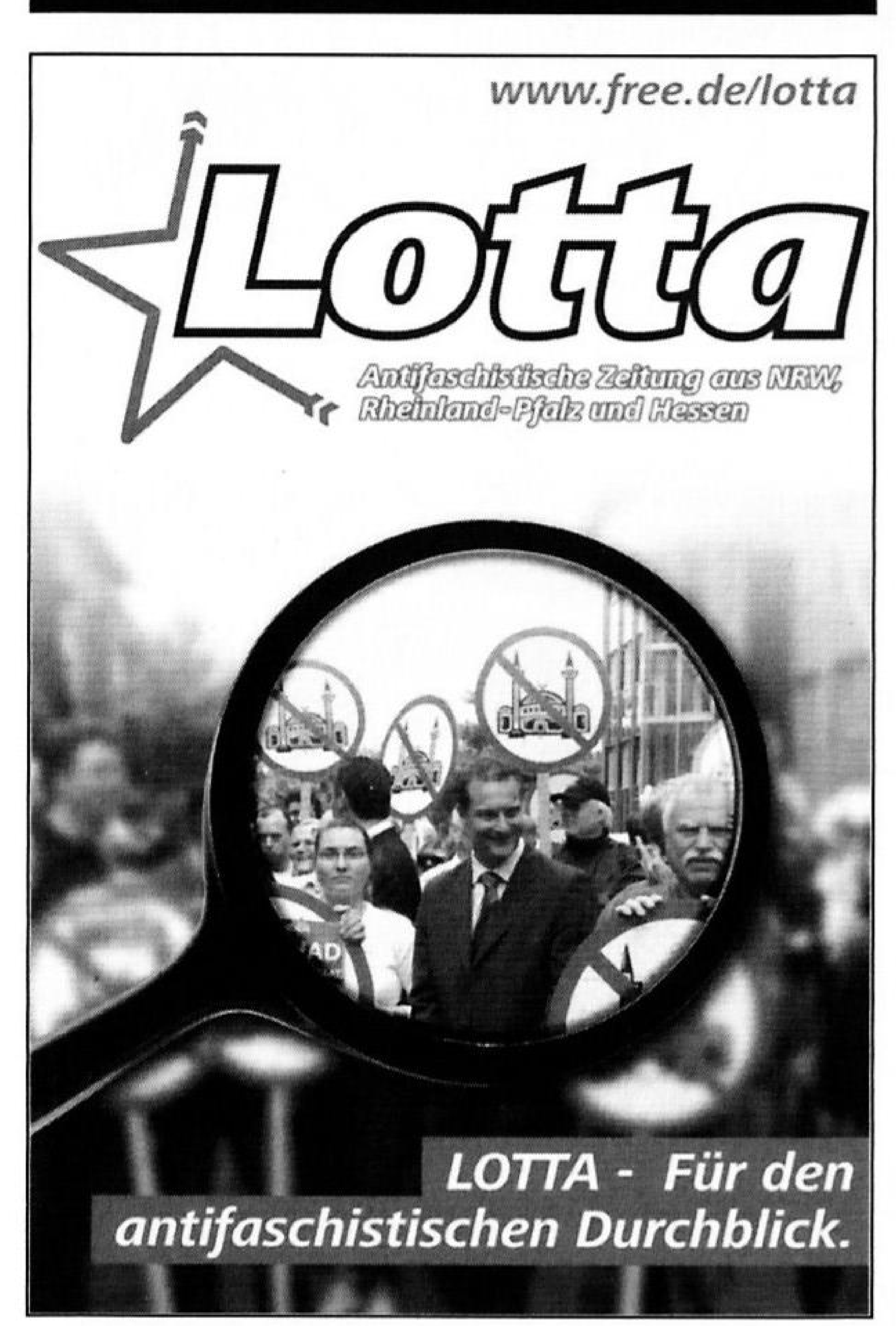


Analysen zu Krieg und Frieden

IMI recherchiert zu Themen aus dem Bereich Krieg und Frieden, publiziert Texte und präsentiert seine Ergebnisse auf Kongressen und in Vorträgen.

IMI unterstützen und Mitglied werden!

Mehr Informationen: www.imi-online.de
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, imi@imi-online.de





DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION



EINGEBUNDEN BLEIBEN...

... IN DER GEMEINSCHAFT:

- Mehrgenerationen-Wohnen in Genossenschaften
- Wie wollen wir zukünftig wohnen?
- Abenteuer Gemeinschaft Senioren(stützende)genossenschaften
- Die moderne Großfamilie

INDIEN

Land zum Leben

SELBSTORGANISATION

Sich gegenseitig unterstützen – Herrschaftsverhältnisse aufkündigen: Das könnte langfristig zu einer Basisdemokratisierung des Alltags führen

MONDRAGÓN

im spanischen Baskenland – Ein selbstverwalteter Konzern?

SELBSTBESTIMMT ARBEITEN

Parecon versus Peerproduktion, Teil 2: „Einkommensgerechtigkeit" meets „Wertkritik" u.v.a.m.

EIN SCHNUPPERABO 3 Monate frei Haus gibt es für nur 5 €!

Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden! Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankeinzug.

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D - 69038 Heidelberg

PROBELESEN: WWW.CONTRASTE.ORG





Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt



Impressum

Antifaschistisches Infoblatt
26. Jahrgang
Nummer 100 | 3.2013

Preis 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

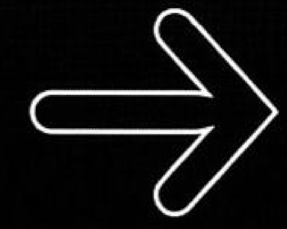
ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin



Abokonditionen

Preise*

- für 5 Ausgaben im Abonnement 17,50 Euro
- für 10 Ausgaben im Abonnement 35,- Euro

Weiterverkauf

- ab 3 Exemplaren je 3,50 Euro
- ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
- ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

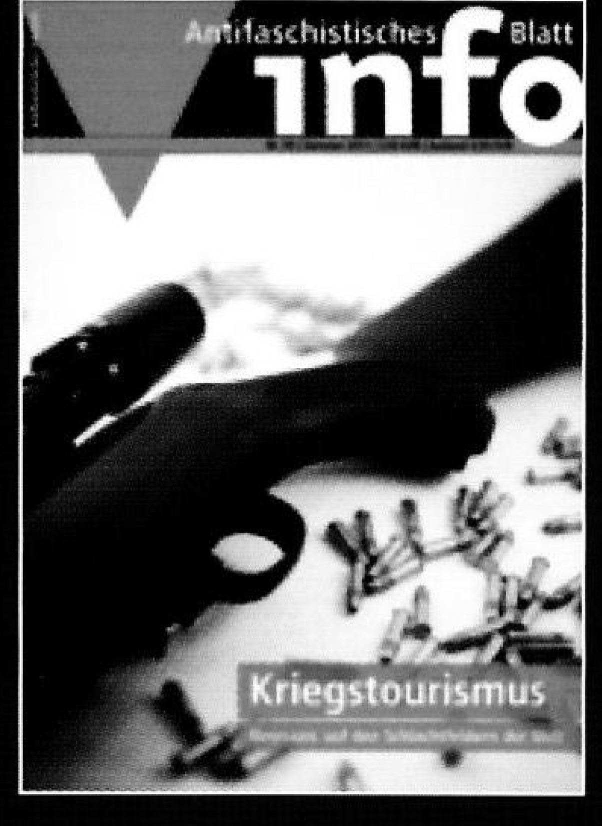
* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

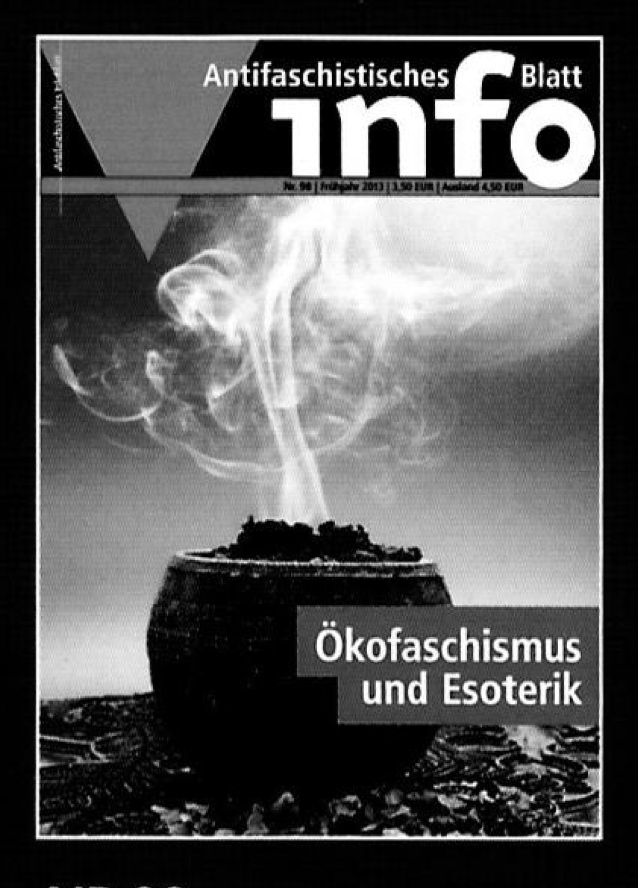
Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 99
Kriegstourismus – Neonazis auf den Schlachtfeldern der Welt; Alternative für Deutschland (AfD); Der 20. Transport



AIB 98
Ökofaschismus und Esoterik; »Die Rechte« in NRW; Europas Rechte ein Jahr vor der Europawahl

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ○ 10 ○ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Empfänger_innen

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Die Rote Hilfe e. V. und das Redaktionskollektiv der RHZ

gratulieren dem AIB zur 100. Ausgabe!

ANTIFASCISTA SIEMPRE!



Solidarität organisieren – Mitglied werden!

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter_innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden.


ROTE HILFE E.V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255
37022 Göttingen
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V.
Konto-Nr.: 56036239
BLZ: 260 500 01, Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

DIE ROTE HILFE

Zeitung der Roten Hilfe e. V. – Zeitung gegen Repression



DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr.
Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen